Braun

Parlaments-Briefe

von

Karl Braun.

Erste Abtheilung.

Friedliche Briefe

über den

sozialen Krieg.



Berlin, 1869.
Verlag von F. A. Herbig.

Parlaments-Briefe

von

Karl Braun.

Erste Abtheilung.

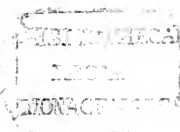
Friedliche Briefe

über den

sozialen Krieg.



Berlin, 1869.
Verlag von F. A. Herbig.



Vorwort.

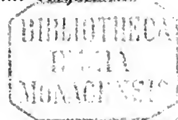
Im Laufe der Jahre Sieben- und Achtundsechzig schrieb ich für eine der gelesensten Zeitungen Deutschlands eine Reihe von Parlaments-Briefen, welche zunächst Fragen der parlamentarischen Taktik, und dann auch andere Gegenstände des politischen, sowie des wirthschaftlichen und des sozialen Lebens besprachen.

Freunde und Mitstrebende sowohl, als auch mehrere Verleger, haben mich schon seit geraumer Zeit gebeten, diese zerstreuten Aufsätze in ein Buch vereinigt herauszugeben. Ich habe mich lange dagegen gesträubt, mache jedoch jetzt endlich den Anfang oder einen Versuch mit einem kleinen Theil jener Briefe, der ein brennendes Thema behandelt.

Ich habe diesen Theil einer umfassenden Revision und Umarbeitung unterzogen, und zwar in materieller sowohl als in formeller Hinsicht.

In ersterer Beziehung bemerke ich:

Ein Zeitungs-Artikel kann uud soll nicht erschöpfend sein. Wenn er Glück hat, giebt er einen Anstoß, der irgendwo zündet und die Anregung bildet zu Thaten oder Gedanken, die sich in endloser Reihe fortpflanzen, ohne daß dabei des anonym gebliebenen Urhebers gedacht wird. An ein Buch macht man andere Ansprüche. Hier darf der Leser eine wenigstens annäherungsweise erschöpfende Arbeit verlangen. Ich habe deshalb Alles umgearbeitet und Vieles neu zugefügt, um Manches mit Beispielen zu illustriren und die Mittelglieder der Deduktion herzustellen und einzuschieben. Freilich kann, trotz Alledem, Niemand besser, als ich, merken, wie mangelhaft das Ganze geblieben ist, und wie unter der neuen Decke das alte Eselsohr der ursprünglichen rhapsodischen Form hervorsieht. Ich bitte deshalb die Kritik um gütige Nachsicht.



In formeller Beziehung habe ich Folgendes auf dem Herzen:

Nicht nur die alexandrinischen Zopfträger und Erb-Beständer des genre ennuyeux, deren es im lieben deutschen Vaterlande leider immer noch so viele giebt, sondern auch manche vernünftige Menschen finden meine Schreibweise etwas zu salopp-burschikos und vor Allem zu streitbar. Ohne damit zugeben zu wollen, daß man, um für unterrichtet zu gelten, nothwendig auch recht gründlich langweilig sein müsse, bin ich doch der Belehrung stets zugänglich und habe daher nach Kräften jenen Fehler zu verbessern gesucht. Wenn dies nicht überall gelungen, wenn hin und wieder etwa neben zahmen Stellen noch eine spitzige Stachel aus Versehen stehen geblieben ist, so mache ich Anspruch auf die Rechtswohlthat der Stachelschweine des großen Böotiers Plutarchos.

Der berühmte Verfasser der Parallel-Biographien hat nämlich auch eine Reihe eben so unterhaltender als belehrender Abhandlungen aus dem Gebiete der Ethik, Moral, Pädagogik und Naturphilosophie geschrieben, welche im Verhältnisse zu jenen Biographieen, weit weniger bekannt sind, als sie es verdienen. In einer derselben erzählt er, wie die alten Stachelschweine ihren Jungen das Futter aus den Weinbergen holen. Sie rütteln nämlich an den Weinstöcken, daß die Trauben herunter fallen, und dann wälzen sie sich auf denselben herum, daß sich die Trauben auf den Stacheln aufspießen. Wenn es dann ganz damit bedeckt ist, so daß es aussieht, wie wandelnde Trauben, begiebt sich das würdige stachelschweinische Eltern-Paar zurück in die Höhle zu den Jungen, welche sich der süßen Trauben erlaben, die auf borstigen Stacheln servirt sind.

Möge man mir daher etwaige Stacheln verzeihen mit Rücksicht auf die süßen Trauben, die ja, wie mir meine Freunde aus der rheinischen Heimath schreiben, dieses Jahr einen Wein liefern, wie er seit Anno Eilf nicht mehr da war.

Damit Gott befohlen.

Berlin, an Schiller's Geburtstage 1868.

Dr. Karl Braun (Wiesbaden).

Inhalt.

Seite



Erster Brief.

Die Schwierigkeiten in der Terminologie und die Verwirrung im Jargon. Die Bourgeoisie. Der dritte und der vierte Stand. Die beiden Bären. Die Arbeiter umworben von den politischen Parteien. Liebesschwüre und Brautwerbung. Der Agitator Lassalle und der Bischof von Ketteler. Am Rhein 1864, an der Spree 1867.

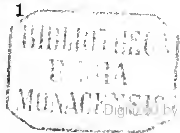
Motto:

„Qui fit, Maecenas, ut nemo, quam sibi sortem
Seu ratio dederit, seu sors objecerit, illa
Contentus vivat, laudet diversa sequentes?"

Horatii. satir. I. 1.

Sie werden mir zugeben, daß es sehr schwer ist, über die soziale „Frage", oder wenn man sich im Jargon des Augenblickes ausdrücken will, über den sozialen „Krieg", über den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zu sprechen oder zu schreiben, ohne sich der Gefahr der Mißdeutung auszusetzen.

Unter uns gesagt, muß ich Ihnen gestehen, daß ich schon in Versuchung war, dem Beispiele der deutschen Philosophen zu folgen, welche die Sprache des gemeinen Lebens verschmähen und sich ein Jeder seine eigene Sprache zurecht zimmern, wobei denn Ausdrücke, wie die „absolute Ichlichkeit" und dergleichen mitunterlaufen. Dieses Verfahren hat manches für sich. Allein ein Grund ist für mich durchschlagend, um mich dagegen zu entscheiden. Ich bin weit entfernt, für meine harmlosen Briefe den Werth himmelstürmender und bahnbrechender Neuerungen zu beanspruchen, sondern strebe vielmehr nur darnach, auf dem Gebiete, welches sie behandeln, eine Verständigung der wirthschaftlich gesunden Parteien herbeizuführen und Differenzen zu beseitigen, welche mir weniger nach der Natur der Dinge vorhanden, als vielmehr künstlich geschaffen zu sein scheinen. Um dieses Ziel, soweit es meine bescheidenen Kräfte gestatten, annäherungsweise zu erreichen, muß ich so schreiben, daß ich gelesen werde,



und zwar nicht sowohl von Denjenigen, die zu lehren, sondern von Jenen, welche zu handeln berufen sind.

Dies würde aber nicht der Fall sein, wenn ich mir eine neue philosophische Terminologie erfände. Man mag sich darüber freuen oder betrüben: Die Philosophie ist nun einmal nicht mehr das Lieblingsfach des Tags, mag sie selbst daran schuld sein oder nicht. Die spekulativen Wissenschaften sind von den exakten, an deren Spitze Naturwissenschaften und Mathematik, und von den historisch-moralischen, an deren Spitze Geschichte und Volkswirthschaft marschiren, verdrängt worden. Diese Thatsache müssen wir respektiren.

Ich werde mich der Ausdrücke des gewöhnlichen Lebens bedienen, obgleich sie oft schief und schielend sind. Denn man entlehnt sie fremdländischen Zuständen, welche mit den unsrigen durchaus nicht congruent sind. So hat man aus England den Ausdruck „Manchester-Partei“ und aus Frankreich das Wort „Bourgeoisie“ entlehnt. Von dem ersteren werde ich später noch sprechen. Was das letztere anbelangt, so existirt in Deutschland das Ding überhaupt gar nicht, das man in Frankreich mit diesem Worte bezeichnet. Das deutsche Bürgerthum, welches auch den Bauernstand mit in sich begreift, bildet gradezu einen Gegensatz zu den regierenden oder privilegirten Klassen. In Frankreich ist die „Bourgeoisie“ der bevorzugte und der mitregierende, ja oft sogar der allein regierende Stand, der alle übrigen durch Schutzzoll und verwandte Staatseinrichtungen egoistisch ausbeutet und von den nach unten gelegenen Ständen durch eine breite Kluft getrennt ist, namentlich von dem Bauernstand, der in Frankreich, oder wenigstens in dem größeren Theile desselben, ein höchst trauriges Dasein führt, nicht lesen und schreiben kann, in fensterlosen Hütten wohnt, die man in Anbetracht der Dunkelheit und des Schmutzes, die darin herrschen, eher Höhlen oder Ställe nennen sollte, und überhaupt an Intelligenz und Sittlichkeit weit hinter den deutschen Bauern zurücksteht. Ebenso verhält es sich mit den Ausdrücken „dritter“ und „vierter Stand“. Auch das sind sehr wandelbare, unbestimmte und in Deutschland nicht heimische, sondern importirte Begriffe. Sind die Bauern, sind die kleinen Handwerker dritter oder vierter Stand? Stehen die Arbeiter über, unter oder neben ihnen?

Ich werde darauf zurückkommen, wäre es auch nur um zu zeigen, daß mit dem bloßen Worte gar nichts ausgerichtet ist.

Es ist nicht lange her, da lebten in Deutschland noch die verschiedenen Berufsklassen in Frieden mit einander. Heute hält ein Jeder sich selbst für außerordentlich unglücklich und beneidet die andern, von welchen

er sich übervortheilt glaubt. Dies ist eine krankhafte Erscheinung, die ihren Grund vielfach darin hat, daß die einzelnen Stände Einer des Andern Interna zwar schon etwas, aber doch noch viel zu wenig kennen.

Der Städter sieht den Rittergutsbesitzer nur, wenn derselbe zum Provinziallandtag, zum Kreistag, zum Wollmarkt und bei dergleichen Gelegenheiten, bei welchen er „etwas darauf gehen läßt“, in die Stadt kommt. Jener beurtheilt diesen nach dem, was er hier sieht, und glaubt, derselbe lebe stets in Saus und Braus und sei allen Aengsten und Nöthen des Lebens entrückt. Allein schon der Nothschrei über den Mangel an ländlichen Kredit könnte ihn eines Besseren belehren.

Der Gutsbesitzer sieht die Fabrikanten seiner Bekanntschaft prosperiren. Allein er kennt eben Diejenigen nicht, die nicht prosperiren. Er glaubt, wenn man nur einen recht hohen Schornstein baue, dann flögen von selbst die gebratenen Tauben hinein. Er weiß nicht, daß von drei neuen Fabriken fast zwei zu Grunde gehen und den Unternehmer zu Grunde richten, und daß selbst die dritte, welche gedeiht, jedesmal Anfangs eine schwere Prüfungszeit zu überstehen hat, während deren es sich um Sein oder Nichtsein handelt.

Ebenso geht es mit den anderen Ständen und ihrem Verhältniß unter einander. Jeder sieht den Anderen nur von der Lichtseite und hält ihn für etwas Anderes, als er ist. Sonst würde er ihn schwerlich beneiden.

Das Ganze erinnert an eine amerikanische Jagdgeschichte, die, wenn ich nicht irre, Friedrich Gerstäcker uns übermittelt hat. In den rocky mountains hatte sich ein Jäger vor dem Sturm in eine Höhle geflüchtet. Bei dem unsicheren Licht der Blitze sieht er in derselben eine unförmliche schwarze Masse, die sich bewegt. Er glaubt, es sei der Bär, der Hausherr der Höhle. Er beschließt, sich dadurch zu retten, daß er brummt, als sei auch er ein Bär. Er brummt also. Der Andere brummt auch. Glücklicher Weise leuchtet ein ungewöhnlich starker Blitz in die Höhle hinein und Beide erkennen gleichzeitig, daß sie keine Bären, sondern Menschen sind, die von verschiedenen Seiten in die Höhle gedrungen waren. Ohne die Aufklärung des Blitzes würden sie es auf die Dauer nicht beim bloßen Brummen haben bewenden lassen, sondern wahrscheinlich auf einander geschossen haben.

Wir haben wahrlich auch schon lange genug gegen einander gebrummt. Es wäre Zeit, daß wir aufgeklärt würden.

Ein großes Hinderniß der Aufklärung aber liegt darin, daß man

von verschiedenen Seiten aus der sozialen Frage politisches Kapital zu schlagen sucht.

Schon früher, aber namentlich seit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts werden die „Arbeiter" von allen Seiten mit den eifrigsten Werbungen und den heißesten Liebesschwüren umzingelt, weniger um ihrer schönen Augen, als um ihrer zahlreichen Stimmen willen. Man wird dabei unwillkürlich an seine akademische Jugend erinnert und an die Art, wie damals die Füchse aus gleich wohlmeinender Absicht für die verschiedenen Corps, Burschen- und Landsmannschaften geworben, oder wie der technische Ausdruck lautete „gekeilt" wurden.

Der Abgeordnete Wagener-Neustettin wirbt für die kleine aber mächtige Partei, Dühring wirbt für die Regierung, Bischof v. Ketteler in Mainz für die Klerikalen, und Ferdinand Lassalle für sein eigenes Ich, das er mehr verehrt, als alles Uebrige im Himmel und auf Erden, selbst die Gräfin Hatzfeld nicht ausgenommen. Der Eine will sie für die Depossedirten, der Andere für die Föderativ-Republik, der Dritte für die Diktatur, der Vierte für die Centralisation, der Fünfte für die Dezentralisation gewinnen; der Sechste will die Gewerbe-Vereine mit bureaukratischer, der Siebente mit kollegialischer Spitze. Tot capita, tot sensus. Jeder ist sehr erstaunt, daß nicht allein er es ist, dem die ganze Arbeiterschaar folgt, wie einem Leithammel, und erläßt Bann, Interdikt und Anathema gegen alle jene verworfenen und nichtswürdigen Ketzer, welche es wagen, ihm Konkurrenz zu machen und sich ebenfalls als Führer aufspielen zu wollen.

Nun scheint es mir doch in der That ein ungerechtfertigtes Verlangen, daß alle Arbeiter zu einer und der nämlichen Partei gehören, daß sie Alle wie ein Mann bei dieser oder jener Fraktion, bei einem Fraktiönchen oder gar bei einem Winkel-Club unterkriechen sollen. Mit gleichem Rechte könnte man prätendiren, daß alle Bauern, oder alle Nachtwächter, oder alle Poeten, oder alle Commerzienräthe, oder alle Menschen, die rothe Haare haben, derselben Partei beitreten. Sind denn die Arbeiter alle in einer Form gebacken? Sind sie nicht Menschen gleich den Andern, verschieden unter einander an Geistes- und Gemüths-Richtung, an Temperament, Erziehung, Lebensschicksalen und Vorfahren, sowie an allen jenen anderen Voraussetzungen, welche die politische Parteistellung des Einzelnen, ohne Rücksicht auf Stand und Geschäft vorzugsweise bestimmen?

Die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen ist niemals das ausschließliche Privileg oder das Arcanum nur irgend einer der verschie-

denen politischen Parteien gewesen, und wird es niemals sein. Sie ist die gemeinsame Aufgabe aller denkenden und wohlmeinenden Menschen und hat mit der Tagespolitik nichts zu schaffen. Es würde den Arbeitern nicht zum Vortheil gereichen, wenn sie sich einer einzigen politischen Partei an den Zopf hängen oder sich als Schweif derselben anfügen wollte. Denn dadurch würden sie es mit allen Andern verderben; ihre Sache würde den wechselnden Schicksalen dieser einen Partei unterworfen und deren Vortheile in geringem, ihre Niederlagen in erhöhtem Maaße theilen.

Auch Lassalle hatte eine prononcirt politische Stellung.

Ueber die Köpfe der von ihm gehaßten Fortschrittspartei hinaus reichte er der altkonservativen und der klerikalen Partei die Hand zum Bunde. Auch in seinen persönlichen Nöthen sucht er Beistand und Hülfe bei jener Seite, bei „dem Baron von Schrenck", Minister des Auswärtigen in München, der ihm seinen ganzen Beistand zusagt und sogar in Heiraths-Angelegenheiten für ihn intervenirt, und bei dem „Baron von Ketteler", Bischof von Mainz. Um sich einen Begriff von der intensiven Stärke dieser Wahlverwandtschaften zu machen, muß man den von Bernhard Becker herausgegebenen Lassalle'schen Briefwechsel lesen, dessen Aechtheit bisher von keiner Seite bestritten worden ist, namentlich die Briefe des Herrn Lassalle über seine allemal mehrere Stunden langen Besuche bei dem großdeutschen Minister, und die Briefe der Frau Gräfin von Hatzfeld über ihre Conferenz mit dem Mainzer Bischof, von welchem sie rühmt, er sei „voll Anerkennung für Lassalle", er habe das volle „Verständniß menschlicher Schwächen" und sei ganz frei von jener Scheinheiligkeit, die immer nur richten will und so abschreckend wirkt." (Becker, Lebensende Lassalle's, S. 60.) Gegen seine Curatgeistlichkeit ist der Herr Bischof bekanntlich sehr strenge. Herr von Ketteler war notorischer Maßen der Generalstabs-Chef in jenem Kriege, welchen die katholischen Bischöfe des südwestlichen Deutschland unter dem Schutze und Beistand des konkordatlichen Oesterreich wider die Regierungen von Würtemberg, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau geführt haben; ein Kampf, in welchem alle die genannten Regierungen sich mehr oder weniger wetterwendisch, schwach und widerstandsunfähig zeigten, während die Bevölkerung, die liberale Partei an der Spitze, auf das Aeußerste dem Konkordate widerstrebte. Namentlich in Mainz erlitt damals, 1863 und 1864, die klerikale Partei, welche das hierarchische Regiment auf weltliche Angelegenheiten übertragen will, (nicht minder wie heut zu Tage — siehe die Wahl des Dr. Ludwig Bamberger in das Zollparlament, trotz Koa-

lition zwischen Schwarz, Roth und Roth-Weiß —), Niederlage auf Niederlage, bald in Communalsachen, bald in Schulangelegenheiten, bald in Sachen des Invalidenhauses und der Jesuiten. Das ist unangenehm an einem Bischofssitze und der Geschlagene sieht sich nach Bundesgenossen um.

Der Herr Bischof schrieb also 1863 ein Buch über die Arbeiterfrage. Er polemisirt darin gegen Schulze-Delitzsch und die Genossenschaften in ähnlicher Weise, wie es Dr. Dühring und Lassalle thun, preist den letzteren und empfiehlt den Arbeitern als unfehlbare Arznei gegen alle Leiden — man höre! — Handwerker- und Gesellen-Vereine unter geistlicher Leitung, Invaliden- und Krankenhäuser unter der Direktion von Mönchen und Nonnen (wie der berühmt gewordenen „Schwester Adolfe" in Mainz) und polizeiliche Erschwerung der Eheschließung.

Zugleich wird gehetzt gegen die Fabrikanten, namentlich gegen die liberalen Fabrikanten, welche von dem österreichischen Konkordate und der Dalwigk-Ketter'schen Konvention nichts wissen wollen.

„Da arbeiten einige hundert Fabrikarbeiter", schreibt der Herr Bischof, „um einem reichen liberalen Fabrikanten, der sie vielleicht um ihren Glauben betrogen hat, alle Genüsse des irdischen Daseins zu verschaffen" u. s. w.; und dabei versichert Freiherr von Ketteler in der Vorrede, er schreibe dieses Buch in seiner Eigenschaft als katholischer Bischof. (Hierin irrt er sich wohl. Denn seine Vorgänger im Amte sind darüber stets anderer Meinung gewesen und haben das Verfassen von Pamphleten nicht als eine heilige Handlung betrachtet).

Man fragt sich unwillkührlich: Ist das Volkswirthschaft oder Kapuzinade? — Wissenschaft oder giftiger Parteihader? — Die heilige Stimme der christlichen Liebe oder der blutige Aufschrei unversöhnlichsten Hasses?

Man fragt sich: Ja, wenn nun aber auch jener Fabrikant seinen Arbeitern alle Genüsse des Daseins nach Möglichkeit zu verschaffen sucht, wenn er für sich allein alle Gefahren des Risico für seine Arbeiter trägt, wenn er sie durchschleppt durch die Zeiten der Geschäftsstockung, der Krankheit und der Arbeitsunfähigkeit, wenn er für die Wittwen und Waisen derselben sorgt, wenn er der Vater, der Freund seiner Arbeiter ist, die ohne ihn verhungern müßten? — thut nichts, thut Alles nichts, der Fabrikant will ja kein Konkordat, er ist ja liberal, er hat ja den Glauben nicht, — da mag er fast sein, wie er will, — „thut nichts, der Jude wird verbrannt", sagte der Patriarch.

Nachdem der Bischof Freiherr Wilhelm Emmanuel von Ketteler so glänzendes Zeugniß für Ferdinand Lassalle abgelegt, läßt es letzterer

an Gegenzeugniß nicht fehlen. Lassalle spricht in einer zu Ronsdorf in einer Arbeiter-Versammlung gehaltenen Rede, welche unter dem Titel: „Die Agitation des Allgemeinen deuschen Arbeiter-Vereins und das Versprechen des Königs von Preußen" (Berlin 1864) im Druck erschienen ist, so zu sagen mit Rührung von der ihm seitens des hochwürdigsten Herrn und „Kirchenfürsten" gezollten Anerkennung, „auf welche er den höchsten Werth legen müsse". Es heißt dort wörtlich: „Vor Kurzem hat sich Niemand anders, als ein Fürst der Kirche, der Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, in seinem Gewissen gedrungen gefühlt, seiner Seits das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen; es ist dies ein Mann, der am Rhein fast für einen Heiligen gilt" u. s. w.

Ich sollte denken, die Arbeitersache ist vielmehr eine zu heilige, als daß sie in der Weise zu einem Gegenstande des Abkommens zwischen Herrn Ferdinand Lassalle einerseits und Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler andererseits, gemacht werden sollte.

Indeß, — manus manum lavat!

Also geschehen 1863 und 1864 an den Ufern des Rhein. — — —

Sehen wir nun, was 1866 und 1867 passirte an den Ufern der Spree. — —

Zweiter Brief.

Der Krieg Dühring wider Wagener. Der Krieg der Herren Wagener und Dühring wider die gegenwärtige Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft und wider Diejenigen, welche deren wirthschaftliche Seite betonen. Der Krieg des Staats wider das Eigenthum. Unfreiheit als Mittel zur Wohlfahrt.

Motto:

„Suadentque cadentia sidera somnos."
Virgil. Aeneid. IV. 81.

Im Jahre 1867 erschien in Berlin ein anonymes Buch unter dem Titel: „Ueber wirthschaftliche Assoziationen und soziale Koalitionen". Es wurde in hochkonservativen Kreisen verbreitet, fand aber sonst damals wenig Beachtung. Nur die Freihandelspartei witterte unter dem Deckmantel der Anonymität einen Gegner, der, wie es schien, sich diesmal nicht an das Publikum schlechtweg, sondern an eine höhere speziellere Adresse gewandt hatte und deshalb möglicher Weise gefährlich werden konnte. Sie widmete dem Buche in der von Faucher und Michaelis herausgegebenen „Volkswirthschaftlichen Vierteljahrschrift" (Jahrgang 1867, Band II., S. 203 u. ff.) eine schon im Oktober 1867 niedergeschriebene Kritik, welche von einem wahrhaft prophetischen Geiste beseelt ist und deshalb auch jetzt noch gelesen zu werden verdient. Im Uebrigen ging die anonyme Broschüre damals klanglos zum Orkus hinab.

Ganz anders gestalteten sich aber die Dinge, als derselbe Text einige Monate später im Verlage eines Leipziger Buchhändlers in einer neuen Auflage erschien, auf deren Titelblatte der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Geh. Rath Wagener (Neustettin), vormals Chef-Redakteur und Mitgründer der Kreuzzeitung, jetzt Geheimer Regierungs-Rath und vortragender Rath im Staatsministerium, als Verfasser genannt war.

Denn nun trat der Berliner Privat-Docent Dr. Dühring auf und behauptete, jene Autorschaft sei die reine Usurpation, er (Dühring) sei der Verfasser. Wagener gab Letzteres zu und versicherte dagegen, er

sei gegen Wissen und Willen als Autor bezeichnet worden. Der Leipziger Verleger intervenirte und erklärte sich, in Ermangelung sonstiger Beweise, bereit, zu schwören, Wagener habe ihn ermächtigt, seinen Namen auf den Titel zu setzen. Wagener klagte deshalb gegen diesen Buchhändler vor den Leipziger Gerichten wegen Verleumdung. Irgend etwas Positives wird in diesem Prozesse schwerlich zu Tage kommen. Denn da weder Zeugen noch Urkunden vorhanden, ist es nicht möglich den wirklichen Sachverhalt zu ermitteln; und Jemanden als Autor zu bezeichnen, ist an sich noch keine Verleumdung. Dr. Dühring klagte daneben gegen Geh. Rath Wagener vor den Berliner Gerichten wegen Verletzung seiner Autorrechte. Mit dieser Klage wurde Dühring in erster Instanz abgewiesen. Der Prozeß schwebt dermalen in zweiter Instanz. Gleichzeitig ist von Dühring ein nationalökonomisch-juristisches Werk über diesen Prozeß publizirt worden.

Diese äußeren persönlichen Hergänge, nicht der sachliche Inhalt des Buches, den nur Wenige kennen, waren es, welche das Publikum und die Presse veranlaßten, diesen Gegenstand lebhaft zu debattiren. Aus der gerichtlichen Verhandlung ergab sich mit ziemlicher Gewißheit Folgendes: Vor der Krisis von 1866, zu einer Zeit, da der preußische Verfassungs-Conflikt in seiner höchsten Blüthe stand, erschien der Geh. Rath Wagener bei dem Privat-Docenten Dühring, welcher sich namentlich durch einige zwar breit, aber lebhaft geschriebene Pamphlete zu Gunsten der Schutzzoll-Theorien Carey's wider die sogenannte „Manchester-Partei" bekannt gemacht hatte, und ersuchte ihn im Auftrage des Minister-Präsidenten Grafen von Bismarck, für letzteren eine Denkschrift über die oben genannten Gegenstände in dem unten näher zu Tage tretenden Sinne zu schreiben; Dühring nahm den Auftrag an; über den Lohn oder den Preis der Arbeit wurde etwas Bestimmtes ausdrücklich nicht stipulirt; wohl aber scheint, wie aus Briefen des Verfassers, welche im Prozesse produzirt wurden, hervorgeht, ein Avancement in der akademischen Carrière in Aussicht gewesen zu sein; — ich sage: gewesen, um es zweifelhaft zu lassen, ob es blos von Dühring in Aussicht genommen oder auch von Wagner in Aussicht gestellt wurde. Dühring schrieb die bestellte Denkschrift und lieferte sie an den Besteller, Wagener, ab, welcher sie im Auftrage des Minister-Präsidenten annahm. Wagener will später die Schrift auf Veranlassung der „konservativen Partei" zum Druck befördert haben. Erst als Wagener auf dem Titel als Verfasser genannt wurde, erhob Dr. Dühring, dessen akademische „Blüthenträume" nicht zur Reife gediehen, seine Reklamation, welche die Angelegenheit vor

das Forum der Gerichte und zugleich vor das Tribunal der öffentlichen Meinung gebracht hat.

Die letztere nahm Anfangs sehr lebhaft Partei für Dr. Dühring. Derselbe hat nämlich das Unglück, blind zu sein, und entfaltet trotzdem eine bewundernswerthe literarische Arbeitskraft. Auch schien er offenbar bei dem Handel sehr zu kurz gekommen zu sein. Geh. Rath Wagener ist als parlamentarischer Führer der altkonservativen Partei bekannt; folglich schloß man daraus, daß er hier als Gegner Dühring's auftrat, darauf, der letztere sei liberal, — ein falscher Schluß, denn sie stritten ja nicht über Politik, sondern über Autorrechte. Und warum sollen nicht auch zwei Konservative unter einander über ein Privatrecht streitig werden können? Der Fall kommt oft vor. Außerdem aber beweist die Denkschrift, daß Dr. Dühring in politischer Beziehung nichts weniger als liberal, und seine übrigen Werke beweisen, daß er in wirthschaftlicher Beziehung ein Carey'scher Schutzzöllner ist. Aber einerlei, das Publikum hielt den Dr. Dühring für unglücklich und für getäuscht (wenn auch nur durch Selbsttäuschung), und das ist genug, um sich für ihn zu enthusiasmiren. Denn das Publikum ist stets großmüthig und folgt dem Rathe des Dichters:

Edel sei der Mensch,
Hülfreich und gut.

Während der vier Monate nun, die seitdem verflossen, ist diese erste Hitze einer aus edlen Motiven entsprungenen Aufwallung fast gänzlich verflogen. Die Sache ist jetzt an die Juristen gerathen, die etwas kälteres Blut besitzen und nicht die Moral, sondern das Autorrecht diskutiren.

„Was will Dühring?" sagen die Einen. „Wo ist sein Autorrecht? Er hat nicht als Autor gearbeitet, sondern auf Bestellung eines Dritten, dem er sein Werk nicht zum Zwecke der Publikation zwar, sondern vielmehr zu jeder beliebigen, dessen diskretionärer Gewalt vollkommen freigestellter Benutzung überlassen hat. Ob er den dafür erwarteten Lohn erhalten, das hat mit dem Autorrechte nichts zu schaffen. War Lohn versprochen, dann mag er darauf klagen. War keiner versprochen, dann hat er irrig spekulirt und muß die Folgen tragen. Hätte wohl die Nymphe Egeria, wenn Numa Pompilius ihre Dictate und Denkschriften veröffentlicht hätte, ihn deshalb wegen Entziehung des Honorars und Verletzung der Autorrechte verklagen können? Wenn Dühring sich für seine Denkschrift nicht ausdrücklich die Autorrechte vorbehalten, dann ist das Recht,

über dieselbe zu disponiren, mit Inbegriff der Befugniß zur Publikation, auf den übergegangen, auf dessen Bestellung er gearbeitet hat."

Ja, aber Dühring ist doch Schriftsteller, sagen die Anderen, und deshalb muß man präsumiren, daß er sich das Autorrecht vorbehalten. Wenigstens hat er nicht darauf verzichtet, folglich hatte er es noch, als Wagener das Buch publizirte.

„Als Schriftsteller hat Dühring hier nicht gehandelt," repliziren Jene, „er schrieb nicht für das Publikum, sondern für einen einzelnen Mann; als er das Buch schrieb, hat er nicht daran gedacht, als Mann der Wissenschaft neue Wahrheiten auf dem Gebiete der Volkswirthschaft zu entdecken oder alte Wahrheiten der großen Masse des lesenden Publikums zugänglich zu machen, sondern vielmehr einem Staatsmanne ein Privatissimum darüber zu lesen, wie man am erfolgreichsten auf dem wirthschaftlichen Gebiete zu politischen Zwecken einen Feldzug gegen die Kredit-Genossenschaften, die Kaufleute, die Fabrikanten, das bewegliche Kapitalvermögen, gegen das sogenannte „Geldkapital", gegen die sogenannte „Manchester-Partei", kurz: gegen das, was Heinrich Leo trotz seiner Gesundheit das scrophulöse Gesindel des Friedens nannte, — einleite." . . .

Doch lassen wir die Juristen streiten. Grammatici certant et adhuc sub judice lis est. Greifen wir dem Urtheile der Gerichte nicht vor. Für uns hat die Sache eine weit wichtigere Seite.

Der von dem Grafen Bismarck dem Geh. Rath Wagener ertheilte Auftrag, welcher ohne Zweifel ein für die moderne Geschichte wichtiges Dokument sein würde, liegt uns in authentischer Form leider nicht vor. Die Erlebnisse der letzten zwei Jahre lehren uns, daß Graf Bismarck von den guten Rathschlägen des Dr. Dühring weder in der Vergangenheit Gebrauch gemacht hat, noch in Zukunft Gebrauch zu machen Willens ist. Dafür giebt uns Alles Garantie, — von der Ernennung von Männern wie Delbrück und Michaelis zum Vorstande und zum Mitgliede der obersten Bundesbehörde bis zur Publikation des aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Schulze-Delitz'schen Genossenschaftsgesetzes, die jüngsthin erfolgt ist.

Allein trotz alledem hat es — das werden Sie zugeben — für uns Anderen, für die Freunde der wirthschaftlichen und bürgerlichen Freiheit, ein nicht geringes Interesse, in dieser „Denkschrift" nachträglich Schwarz auf Weiß zu lesen, welche Rathschläge man von jener Seite unserem ersten Staatsmanne gab, zu einer Zeit, wo man hoffte, die Gespanntheit der politischen Situation mache ihn geneigt, darauf einzugehen, und welche

Mittel man für die geeigneten hielt, ihm solche Vorschläge plausibel zu machen. Dies ist der Grund, warum ich mich verpflichtet fühlte, das Dühring-Wagener'sche Buch mit Andacht zu lesen und Ihnen über dessen Inhalt Bericht zu erstatten.

Wie in der Vergangenheit eine verfahrene und ungesunde politische Situation, welche durch Gründung des Norddeutschen Bundes und Aufrichtung seiner Verfassung Ende und Abschluß gefunden hat, die Versuchung nahe legte, politische Gegner durch soziale Bewegungen lahm zu legen, so kann auch in Zukunft der Versuch eines solchen „Theile und herrsche“ (Divide et impera) wiederkehren, — der Versuch, eine Gesellschaftsklasse gegen die andere, die Arbeit gegen das Kapital, das bewegliche Kapital gegen das unbewegliche, den Grundbesitz gegen den Industrialismus und die besitzlose Arbeit gegen beide in den Kampf zu führen, damit irgend eine dritte Gewalt sich alle jene Faktoren und die wirthschaftliche Gesellschaft, welche sich aus ihnen zusammensetzt, unterwerfe. Hätte der Konflikt noch ein paar Jahre länger gedauert, wer weiß, ob wir dann nicht Gelegenheit gehabt hätten, solche Versuche an uns vollzogen zu sehen oder wenigstens sie praktisch näher kennen zu lernen! Es ist nicht gut, vor solchen Gefahren die Augen zu schließen und deshalb müssen auch wir Anderen, die Anhänger der wirthschaftlichen Freiheit, solche Bücher lesen, obgleich sie nicht für uns bestimmt sind.

Als in Folge einer Injurienklage des Professors Karl Vogt, der damalige Redakteur der Allgemeinen Zeitung, Dr. Orges, in Augsburg vor Gericht stand, erklärte er: „Wir schreiben in unserem Blatte nur für Fürsten und Staatsmänner, aber nicht für die Krapule.“ Der Verleger des Blattes ist ohne Zweifel anderer Meinung. Da es der Fürsten und Staatsmänner doch zu wenige sind, als daß von ihrem Abonnement eine große Zeitung leben könnte, so verkauft er sein Blatt auch an den bekannten „Jedermann aus dem Volke“. Eben so geht es mit dieser „Denkschrift über die wirthschaftlichen Associationen“. Der Verfasser glaubte, für einen Staatsmann zu schreiben, und da dies ein Irrthum war, so verschmähte man doch schließlich auch die große Leserwelt nicht, auf welche die Verleger spekuliren. Hierdurch sind wir denn in den Stand gesetzt, den Feldzugsplan kennen zu lernen, an welchem wir Einiges sogar anerkennen und bewundern müssen, namentlich die große Menschenkenntniß und Schlauheit, mit welcher die damalige, glücklicherweise nur vorübergehende politische Situation ausgebeutet und mit der ein jeder einzelne Stand, vom großen Grundherrn und dem Rittergutsbesitzer herab bis zum armen Tagelöhner, Handarbeiter oder literari-

schen Pfennig=Zeilen=Schreiber, an seiner schwachen oder kranken Seite, d. h. an dem Punkte seiner Weltanschauung, wo er sterblich ist, mit festem und sicherem Griffe gepackt und für die Koalition gepreßt wird, welche sich als Ziel setzt, die moderne wirthschaftliche Kultur zu untergraben oder, um mit den Worten des Verfassers zu reden, diejenigen unschädlich zu machen, welche „den Nachdruck auf die wirthschaftliche Seite der Gesellschaft legen". Zu letzteren wird vor allen Dingen die Groß=Industrie gerechnet; und es wäre in der That zu wünschen, daß die Vertreter derselben nicht noch allzu lange und allzu sehr, lediglich auf den herkömmlichen Staatsschutz vertrauend, in einer kindlichen Hülflosigkeit und Duselei, in einer naiven Gedanken= und Harmlosigkeit, verharrten, anstatt das ganze Maß erlaubter Selbsthülfe anzuwenden gegenüber von Menschen, welche darauf rechnen, gerade die Staatsgewalt selbst zur Untergrabung des Eigenthums und zur Verwandlung der Privat=Industrie in eine kommunistische Staats-Industrie zu vermögen, und die vor nicht allzu langer Zeit glaubten, der Verwirklichung ihrer Pläne sehr nahe zu stehen. Sind letztere auch auf die Dauer völlig unrealisirbar, so kann doch ein Versuch zu ihrer Verwirklichung, wenn er von irgend einer realen Gewalt oder bestehenden Autorität auch nur vorübergehend unterstützt wird, nicht nur unsere Groß=Industrie völlig vernichten, sondern uns in unserer ganzen wirthschaftlichen und politischen Entwickelung in Zustände zurückwerfen, welche mit unserer Verkommenheit in der Zeit unmittelbar nach dem dreißigjährigen Kriege eine verhängnißvolle Aehnlichkeit haben würden.

Dies ist der Grund, warum ich glaube, Aufmerksamkeit heischen zu dürfen für den Inhalt einer solchen, für den ersten Staatsmann Deutschlands bestimmt gewesenen Denkschrift.

Dieselbe zerfällt in zwei Theile. Der erste handelt von den Schulze=Delitz'schen Genossenschaften, die dem Verfasser ein Dorn im Auge sind. Er sucht zu beweisen, daß alle diese Vorschuß=, Consum=, Rohstoff= und Magazin=Vereine und Produktiv=Assoziationen keinen Schuß Pulver werth sind.

Der zweite Theil handelt von den Koalitionen. Er sucht darzuthun, daß in den Arbeiter=Assoziationen, und namentlich in der dem Unternehmer feindseligen Richtung derselben, die wahre Grundlage für einen neuen Staats= und Gesellschaftsbau zu finden, und daß die Regierung berufen sei, diesen Koalitionen die Hand zu reichen, um den Industrialismus, d. h. Handel und Gewerbe der Privaten, dazwischen zu nehmen, ihm den Garaus zu machen und auf seinem Grabe den kommunistischen Industriestaat zu etabliren und zu stabilisiren, wie einen rocher de bronce.

Alles das ist in sehr vorsichtigen und gewählten Worten von hyperkonservativster Färbung vorgetragen, so daß, wenn man versucht, sie zu übersetzen in die Sprache des gewöhnlichen Lebens, welche wir anderen Sterblichen zu reden gewöhnt sind, man sich eben so sehr dem Vorwurfe des Mißverständnisses aussetzt, wie wenn man es unternimmt, Orakelsprüche zu deuten.

Man kann wohl behaupten, daß sich hier die Extreme nicht nur berühren, sondern mit einander völlig verschmelzen. Aeußerste Rechte und äußerste Linke mit einander identifizirt auf dem höchsten Gipfel der extravagantesten Sucht, die Welt von oben herunter par ordre du Moufti zu verbessern und Jedermann, auch wider seinen Willen, klug, brav, glücklich und wohlhabend zu machen, ohne daß er nöthig hätte, zu denken, zu lernen, zu arbeiten und zu sparen.

Die Parole: „Autorität, nicht Majorität", hat sich verwandelt in: „Staat, nicht Eigenthum", und: „Unfreiheit zum Zwecke der Wohlfahrt".

So viel zur Charakteristik der Gesammt-Tendenz. Ueber die Begründung im Einzelnen das nächste Mal.



Dritter Brief.

Die wirthschaftlichen Genossenschaften. Schulze-Delitzsch und Dr. Dühring. Kritik und Vertheidigung der Consum-Vereine. Die Vorschuß-Vereine und die Solidarität. Die Aufforderung an die Staatsgewalt, gegen die Vorschuß-Vereine Krieg zu führen.

Motto:

„Wohl ausgedacht, mein Pater Lamormain.
Wär' der Gedank' nicht so verdammt gescheidt,
Ich wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen."
Schiller.

Zuerst noch ein Wort über die höchst charakteristische Taktik dieser Denkschrift.

Abgesehen von dem kühlen, zurückhaltenden, diplomatisch zugeknöpften, ja fast vornehmen Tone, in welchem sie verfaßt und der sehr gut geeignet ist, die eigentliche Grundströmung zu maskiren, ist sie so klug, mit einigen unbestrittenen und unbestreitbaren Wahrheiten zu beginnen, welche jedoch trotz ihrer Landläufigkeit auf eine solche orakelhafte Weise ausposaunt werden, daß man unwillkürlich an die Worte erinnert wird: „Es war nicht nöthig, daß ein Geist aus dem Grabe zurückkehrt, um uns solche Binsenweisheit zu verkünden."

Um Sie zu überzeugen, daß ich dem Verfasser der viel besprochenen und wenig gelesenen „Denkschrift" nicht Unrecht thue, bitte ich Sie, beispielsweise seine Polemik gegen die Konsum-Vereine zu hören.

„Die Niederlage des Konsum-Vereins muß, wenn sie ihrem Zwecke in allen Beziehungen entsprechen soll, nicht etwa bloß eine Speisekammer im Großen, sondern eine Vereinigung der heterogensten Waaren vorstellen. Sie muß Fleisch, Fleischwaaren, Brod, Mehl, sogenannte Vorkostwaaren (ein Berliner terminus technicus), dann wohl auch Butter und Käse, sowie Zucker, Kaffee, Reiß und andere sogenannte Colonialwaaren, endlich vielleicht auch Tabak und Cigarren bereit halten. Wollte man gegen die Häufung von Artikeln, deren Anzahl durch die angeführten Kategorien sicherlich nur höchst unvollkommen angedeutet ist, den Einwand machen,

daß auch innerhalb der Konsum-Vereine eine Sonderung vorzusehen sei, so würde ein sehr erheblicher Gegeneinwand Platz greifen. Es ist schon eine Last, einem einzigen Konsum-Vereine anzugehören. Die Kontrole des einkaufenden Beauftragten des Vereins, so wie überhaupt die Theilnahme an den General-Versammlungen dürfte sich eher für Leute eignen, die für ihre Mußestunden keine Verwendung zu finden wissen, als für Arbeiter, die mit ihrer Zeit zu geizen haben. Nun denke man sich die Nothwendigkeit, Mitglied eines halben Dutzends verschiedener Konsum-Vereine zu werden und dann vielleicht gar unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten dieser sämmtlichen Vereine zu haften. Es liegt auf der Hand, daß in dieser Richtung keine Gestaltungen denkbar sind, die einer wirklich beschäftigten Klasse Nutzen zu gewähren vermöchten." Hübsche Logik das! „Die Konsum-Vereine helfen nicht gegen Alles, — ergo helfen sie gar nichts, — ergo müssen sie ruinirt werden."

Ist das nicht ein lustiges Gefecht gegen Windmühlen? Wer hat denn jemals behauptet, daß die Konsum-Vereine eine Universal-Arznei gegen alle sozialen Schäden und Mißstände seien, oder daß ein Arbeiter alle seine Bedürfnisse aus Einem Konsum-Vereine beziehen, oder daß er jeden Artikel, möge er heißen, wie er wolle, und möge er herkommen, woher er wolle, bei dem Konsum-Verein, oder bei irgend einem Konsum-Verein kaufen müsse, oder sich denselben, wenn er im Konsum-Verein nicht zu haben sei, gar nicht anschaffen dürfe, oder daß für jeden einzelnen Artikel ein aparter Konsum-Verein bestehen und daß man Mitglied aller dieser tausend und drei Vereine werden müsse?

Kein Mensch in der Welt ist weiter entfernt von solchen Tollheiten, als der verdienstvolle Gründer der Genossenschaften, Schulze-Delitzsch, selbst. Auf dem volkswirthschaftlichen Kongresse in Nürnberg, 1865, erklärte er auf das nachdrücklichste, diese Vereine seien nur da nöthig und nützlich, wo das freie getheilte Geschäft der Einzelnen dem Bedürfnisse der Konsumenten nicht genügen könne oder wolle; wo es aber seiner Aufgabe vollkommen gewachsen sei, da sei für diese Genossenschaften kein Platz. Schulze-Delitzsch also ist weit entfernt, die freie wirthschaftliche Thätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft nnd der Einzelnen negiren und sie durch obligatorische Genossenschafts-Verbände verdrängen zu wollen. Er betrachtet letztere nur als eines der Mittel, durch welche sich im Nothfalle die Konsumenten gegen zu große Vertheuerung oder Verschlechterung der Waaren, sei es durch einen korrumpirten oder durch einen noch nicht zur Genüge entwickelten Detailhandel, zu schützen vermögen. Leistet der individuelle Detailhandel das, was wir von ihm verlangen können, liefert er

so billig, so rasch, so gut, so ehrlich, wie wir es verlangen und wie es möglich ist, wozu Genossenschaften? Thut er es nicht, so löst ihn die Genossenschaft ab. Kann er ihre Konkurrenz nicht ertragen, so widerfährt ihm sein Recht, wenn er zu Grunde geht. Kann er sie bestehen, so liefert er den Beweis, daß man sich mit Unrecht über ihn beschwerte. Aber will man leugnen, daß in vielen Fällen die Beschwerden begründet und die Genossenschaften gerechtfertigt sind, welche letztere doch eigentlich nichts wollen, als die Probe auf das Rechenexempel machen?

Michel Chevalier in seinem Berichte über die 1867er Pariser Ausstellung führt zum Belege dafür, wie sehr sich das Leben für den Einzelnen durch geschäftliche Isolirung vertheuere und welche Vortheile die wirthschaftliche Association unter Umständen zu bieten vermöge, Beispiele an, welche den amtlich erhobenen Erklärungen großer Fabrikanten über den Großverkauf und sein Verhältniß zum Detailhandel entnommen sind. Der Inhaber einer großen Fabrik, welche porzellanene Knöpfe und Knöpfchen verfertigt, gibt an, daß im Jahre 1854 der Gesammtpreis des von ihm en gros abgesetzten Fabrikats 800,000 Fr. betragen habe, daß aber die Gesammtsumme, welche das Publikum auf dem Wege des Kleinhandels für diese Fabrikate bezahle, 11 Mill. Fr. betrage.

Wer will nun den Consumenten verargen, wenn sie sich im konkreten Falle gegen solche Vertheuerung durch den Zwischenhandel, welche sich weit über das Zehnfache beläuft, zu wahren versuchen? Wenn sie den gleichen Versuch machen gegenüber der Verschlechterung oder gar der Fälschung der Waaren, oder wenn sie durch Marken-Konsum-Vereine den willigen, ehrlichen und geschickten Lieferanten prämiiren gegenüber seinen Konkurrenten, welche es an einigen oder allen Qualitäten dieser Art fehlen lassen? Und folgt denn daraus, daß die Konsumenten zu diesem Mittel greifen für ihren Mehlverbrauch, weil sie gefunden haben, daß man anderwärts z. B. Schwerspath in das Mehl mischt, sie nun auch dazu greifen müssen für Handkäse, den der Bauer, der ihn bereitet, in unverfälschter Beschaffenheit und zu billigem Preise auf dem Markte selber feil bietet, — oder gar, daß sie für jedes Ding, das sie verbrauchen, unter allen Umständen auch einen Konsum-Verein gründen müssen, auch wenn der freie Kleinhandel so geschult und so ehrlich ist, daß er ihnen gute und billige Waaren liefert?

Alles das haben die Gründer der wirthschaftlichen Associationen nie behauptet, und wenn der Verfasser der „Denkschrift" solche hirnverbrannte Theorieen bekämpft, so streitet er wider seine eigenen Phantastereien, aber nicht wider das System von Schulze-Delitzsch, das sich bewährt hat;

— aber natürlich nur da, wohin es paßt. Er scheint selber zu fühlen, daß dieser Angriff unzulänglich ist. Er fügt daher noch eine politische Insinuation bei, welche noch weit mehr aus der Luft gegriffen ist. Er behauptet nämlich, „das unverkennbare und in ihrem thatsächlichen Verhalten ausgesprochene Ziel der Konsum-Vereine bestehe darin, Anknüpfungspunkte zu bieten für die Verbreitung derjenigen Ideen, welche in der Richtung der vom Industrialismus unserer Tage gegen den Staat gehegten und gepflegten (also feindseligen) Partei-Ansichten belegen sind".

Es ist wirklich schade, daß die Mitglieder unserer deutschen Konsum-Vereine solche „Denkschriften" zu lesen nicht geneigt und solchen Gallimathias zu kapiren kaum im Stande sind, sonst würde bei ihnen diese schöne Stelle gewiß ungeheure Heiterkeit hervorrufen. Die Zeiten, wo man einen Fritz Reuter zum Tode verurtheilte, weil er als Student ein schwarz-roth-goldenes Bändlein getragen, sind vorbei. Die Zeiten, wo man einen Mann, der gern billiges und unverfälschtes Mehl genießt und sich zu diesem Zwecke mit Anderen vereinigt, für einen Feind des Staates hält, werden niemals kommen, trotz aller Denkschriften. Wenn aber auch wir — nenne man uns Manchester-Männer oder Freihändler oder wie sonst — eine andere Meinung über das Verhältniß des Staats zur Wirthschaft haben, als Jene, welche meinen, derselbe müsse sich mit seiner Macht und seinem Gelde in industrielle Unternehmungen stürzen, während wir glauben, daß gute Geschäfte auch ohne den Staat Geld finden, und daß, wenn der Staat sein Geld nur in schlechte steckt, er nothwendig Bankerott macht, so fragt es sich doch sehr, welche Ansicht staatsfreundlich ist. Wir halten keine Ketzer-Gerichte! —

So viel über die Konsum-Vereine. Nun geht's an die Vorschuß-Vereine. Von ihnen gibt der Verfasser zu, sie seien weniger unerheblich als die Konsum-Vereine. „Uebrigens", sagt er, „sind sie doch nichts als Kredit-Einrichtungen, wie sie auch sonst vielfach vorkommen." Sie wirkten nur für das Handwerk und sonstige kleine Geschäfte, aber nicht für den Stand der Fabrikarbeiter. Ihre Eigenthümlichkeit sei die Solidarität, ein „Name" (soll heißen: ein Wort), der den meisten Betheiligten „nicht in seiner ganzen Tragweite verständlich sei".

Der Verfasser bewegt sich nun in schlangenhaften Windungen um den Begriff der Solidarhaft und glaubt endlich wohl hier den Punkt gefunden zu haben, wo er den Giftzahn mit Erfolg einschlagen kann.

„Nur dadurch," sagt er, „daß dem Gläubiger des Vereins die Möglichkeit eröffnet wird, sich eventuel bei jedem beliebigen Mitgliede Befriedigung zu schaffen, sollen die thatsächlich beschafften Kredite zu erlangen

gewesen sein. Wenn irgend etwas, so beweist dieser Umstand für die ungünstigen Bedingungen (soll heißen: für die Ungunst der Bedingungen), unter welchen die fraglichen Kredit-Einrichtungen Platz greifen. Wenn wirklich das erdenklich größte Maß der Haftbarkeit das Lebensprinzip dieser Institutionen ist, dann wird sich unter kritischen Verhältnissen zeigen müssen, ob die mißverstandene Berufung auf das Schlagwort der Solidarität den praktischen Gefahren zu begegnen vermögen werde."

Und schließlich gipfelt die Auseinandersetzung in einem Satze, bei welchem man nicht vergessen darf, daß diese provocatio ad agendum an den mächtigen Staatsmann an der Spitze der Regierung in der Form des Rathes und der Ermahnung gerichtet wird, also keineswegs bloß eine theoretische Spielerei ist, sondern die ganze schwere Verantwortlichkeit der intellektuellen Urheberschaft trägt, um so mehr, als es nicht des Rathgebers Verdienst ist, wenn der Rath von dem, welchen er ihn ertheilt hat, nicht befolgt worden ist. Der Satz lautet so:

„Bis jetzt sind die Regungen, welche innerhalb der Kreise der Vorschuß-Vereine selbst die Bedenklichkeit der Solidarhaft hervorkehren wollten, noch immer beschwichtigt worden; es fragt sich jedoch, ob eine gehörige Aufklärung des interessirten Publikums, namentlich wenn sie durch fühlbare Thatsachen unterstützt werden sollte, nicht geeignet sein dürfte, die im eigentlichen Sinne des Wortes prekäre und zweischneidige Natur der in Rede stehenden Kredite außer Zweifel zu setzen."

Ich muß gestehen: ich habe diese Stelle zweimal gelesen, und selbst als ich sie das zweite Mal las, däuchte mir der Gedanke, der hier, wie die Schlange, unter schnörkelhaft diplomatischen Redefloskeln lauert, so ungeheuerlich, daß ich mir vornahm, nachdem ich die „Denkschrift" zu Ende gelesen, noch einmal darauf zurückkommen.

Aber es ist nicht anders. Wenn man das ganze Werkchen studirt hat, wenn man in Erwägung zieht, von welcher Bosheit gegen die wirthschaftlichen Genossenschaften, und besonders gegen die gemeinsame, unbeschränkte Haft der Mitglieder der Kredit-Vereine dasselbe beseelt ist, wenn man das Ziel betrachtet, welchem der Verfasser zusteuert, nämlich auf dem Wege der gouvernementalen Einmischung in die industriellen Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit sich möglichst der Staats-Industrie zu nähern und dieselbe an die Stelle der Privat-Industrie zu setzen oder wenigstens die Regierung zum absoluten Herrn und Meister der wichtigsten Zweige der wirthschaftlichen Thätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu machen, — wenn man, mit diesem Interpretations-Material ausgerüstet, zu jenem diplomatischen Passus zurückkehrt, so ist es kaum möglich, in ihm etwas

Anderes zu erblicken, als eine an die Regierung gerichtete Aufforderung, etwa durch Ankaufen der Schulden der Kredit-Vereine und gleichzeitige Kündigung aller dieser Kredite oder durch sonstige derartige Maßregeln („durch fühlbare Thatsachen") den Credit dieser Vereine zu ruiniren („die prekäre Natur der Kredite außer Zweifel zu setzen") und damit, m ge nun im Uebrigen daraus werden, was da wolle, mögen auch alle jene Kapitalien, welche sich die Vereins-Mitglieder durch saure Arbeit, durch Fleiß und Sparsamkeit, durch Pünktlichkeit und Selbstbeherrschung erworben haben, zerstört und Tausende aus der Dürftigkeit zum Wohlstande emporstrebende Existenzen vernichtet werden, die Vereine selbst unmöglich zu machen — und das alles nur, um Schulze-Delitzsch lahm zu legen und eine gewisse Richtung des Pseudo-Konservatismus zu stärken.

Gewiß, es kommt einst die Zeit, wo die Mission der Schulze-Delitzschen Vorschuß-Vereine zu Ende geht. In Nordamerika, wo der Bankkredit sich auf viel weitere Kreise ausdehnt, als bei uns, sind sie schon jetzt überflüssig. Sie füllen bei uns eine Lücke aus. Auf wie lange? Nun, so lange bis dieselbe durch naturgemäße organische Fortentwickelung unserer wirthschaftlichen Kultur ausgewachsen ist. Je größere wirthschaftliche Freiheit gewährt wird, desto schneller kommt diese Zeit. Aber durch die Rezepte der Denkschrift führt man sie nicht herbei.



Vierter Brief.

Der Krieg des Wunder-Glaubens gegen die wirkliche Welt. Der Krieg der Projekten-Macher gegen die soziale Ordnung. Staats-Hülfe und Selbst-Hülfe. Versprechen und Halten. Zins-Taxe und Schuldhaft. Deren Aufhebung im Zusammenhang mit den Vorschuß-Vereinen und der Solidarhaft. Waaren-Kredit und Finanz-Credit. Greisenhafter Marasmus und radikale Himmel-Stürmerei.

Motto:

„Es hat die Weltgeschichte
Auch einen Januskopf.
Allein ein alter Tropf
Sieht nur ihr alt Gesichte."

Robert.

Vielleicht werden Sie sagen: „Ist es wohl der Mühe werth, soll man denn so viel Aufhebens davon machen, wenn ein Berliner Privat-Dozent um einer politischen oder national-ökonomischen Marotte willen die Vorschuß- und Kredit-Vereine gleich Ketzern an einem langsamen Feuer braten will, nur damit der aufwirbelnde Duft des Brandopfers die Nasen der Mächtigen angenehm kitzele? Haben ja doch die Mächtigen seinen Rath nicht befolgt. Hat er ja doch für den Rathgeber selbst statt der gehofften Früchte nur unangenehme Folgen gehabt! Erinnert er nicht an das Schicksal jenes Künstlers, welcher für Phalaris, den Tyrannen von Agrigent, einen ehernen Stier konstruirte, in welchem politische Ketzer geröstet werden sollten, und selber der Erste war, an welchem die Zweckmäßigkeit der Röstmaschine erprobt ward?"

Nun, ich meinerseits bestreite nicht das Treffende dieses Vergleichs. Aber ich möchte es doch nicht für etwas Gleichgültiges halten — das Symptom, daß Klassen-Hetzerei sich bis zur höchsten Stelle im Staate emporwagt und daß sie sich sogar gegen ein so gemeinnütziges Institut richtet, dessen (glücklicher Weise so leicht nicht realisirbarer) Ruin für Hunderttausende wirthschaftlich produktiver Menschen verderblich und nur für das Wucherthum, welches in unmoralischer Weise die Noth, den Leichtsinn und die Unkenntniß ausbeutet, nützlich sein würde.

Dann aber zeigt sich hier ein anderer Schaden unserer Zeit: der Wunderglaube an alleinseligmachende Projekte. Der Charlatan empfiehlt eine Universaltinktur, welche alle Krankheiten heilt; der professeur de jeu hat ein „système“ erfunden, pour corriger la fortune, mittelst dessen man sofort eine jede Spielbank sprengt; der alles beglückende Weltverbesserer rühmt sich eines Schemas, einer Chablone, mittelst deren man die soziale Ordnung auf den Kopf stellen und im Handumdrehen alle Krankheiten und Leiden der Gesellschaft heilen kann. Mögen ihre Mittel verschieden sein. Ihr Wunsch ist stets derselbe: Alle wollen sie Geld. Der heilkünstlerische Charlatan verlangt es von denjenigen, welche krank sind oder sich krank glauben. Der professeur de jeu verlangt es von den Adepten seiner Kunst. Der Weltverbesserer (der in der Regel nicht blöde ist und wenn er nur zum ersten Male den Mund aufthut, das große Wort von den hundert Millionen Thalern gelassen ausspricht), verlangt es vom Staate, oder vielmehr — da der Staat ja kein Geld hat, als das, was er von der bürgerlichen Gesellschaft bezieht — von den Steuerzahlern. Und wenn die Steuerzahler nur erst einmal diesen Zusammenhang der Dinge gehörig begreifen, dann werden sie etwas weniger gleichgültig sein gegen Projekte, welche so sehr darauf aus sind, ihre Kasse in Mitleidenschaft zu ziehen.

Ich kannte einen Projektenmacher — einen harmlosen Privat-Projektenmacher, der über dem perpetuum mobile brütete. Eines Tages kam er mit strahlenden Augen zu mir und versicherte, er sei dicht am Gelingen, die Maschine sei fertig, es fehle nur noch eine Kleinigkeit. „Und worin besteht diese Kleinigkeit?“ fragte ich. Er streckte den Zeigefinger der rechten Hand gerade aus, krümmte ihn, streckte ihn wieder u. s. w.; und nachdem er diese Procedur eine Zeit lang fortgesetzt hatte, sagte er: Es fehlt mir nur an einem kleinen Häkchen, das immer so macht.“ Dieses Häkchen hat er natürlich nie gefunden. Ueber dem Suchen danach ist er gestorben.

Das kleine Häkchen der Weltverbesserer ist ein (eben so wenig auffindbarer) Staat, der stets ungemessene Kapitalien zur Verfügung stellt, obgleich er nicht weiß, woher er sie nehmen soll, ohne zu stehlen. Ihre Kunst besteht im Versprechen. Sie ziehen Wechsel auf die Staatskasse, welche diese nicht honoriren kann und will.

Aus dieser eigenthümlichen Stellung erklärt sich ihr fanatischer Haß gegen diejenigen, welche nicht an die Staatshülfe, sondern an die Selbsthülfe appelliren, — welche nicht nur versprechen, sondern auch halten, nicht Wechsel reiten, sondern baar bezahlen.

„Alle sozialen Schäden werde ich heilen“ — das zu versprechen, ist leicht; es zu thun, ist schwer. Nein, nicht bloß schwer, es ist unmöglich, weil in dieser mangelhaft konstruirten Welt Gutes und Schlimmes, Gebrauch und Mißbrauch oft untrennbar mit einander verbunden sind, und derjenige, welche den absoluten Zwang an die Stelle der sittlichen Freiheit setzen will, sich in Gefahr begiebt, das Gute zugleich mit dem Schlechten auszurotten.

Das Versprechen ist um so leichter, wenn man für das Halten eine unrealisirbare Vorbedingung aufstellt. „Ich werde Das und Das thun, wenn mir der Staat dazu hundert Millionen Thaler giebt.“ Wie schön und wie einfach! Wer mich an die Erfüllung meines Versprechens mahnt, den verweise ich an den Staat. Möge er Den mahnen, daß er zuerst die Vorbedingung erfülle.

Und von diesem erhabenen Standpunkte aus ist die Kritik so leicht. „Was haben die Kredit-Vereine so wenig geleistet! Wie viel haben sie zu leisten übrig gelassen! Hätte ich nur erst meine hundert Millionen Thaler, die Welt würde staunen über mich. Im Vergleich zu mir ist Schulze-Delitzsch ein elender Stümper!“ — — — — — — — — —

„Pah, seine Vorschuß-Vereine“, sagt der Verfasser der Denkschrift, „sind sie doch nichts als ganz gewöhnliche Kredit-Institute!“ Das Ei des Columbus war auch ein ganz gewöhnliches Ei; hier aber handelt es sich um Kredit-Institute, welche für den Kreis, auf den sie berechnet sind, nämlich für die kleinen Handwerker und sonstigen Geschäftsleute ihren Zweck vollständig erfüllen, dem Bedürfnisse nach allen Richtungen hin genügen. Ist das etwa nichts? Was gäbe nicht der großstädtische Häuserbesitz, der landwirthschaftliche Großgrundbesitz dafür, wenn er solche Kredit-Institute besäße? Die Bundes- und Landesbehörden, die Juristen und die Volkswirthe, die Größen der Börse und die Finanzbeamten des Staats, die Rechtsgelehrten und die Männer der Verwaltung suchen nach solchen Formen, um dem Kreditbedürfniß des Grundbesitzes und des Grundbesitzers zu genügen. Bis jetzt sind sie noch nicht gefunden. Für den Handwerker und für den kleinen Geschäftsmann hat sie Schulze-Delitzsch gefunden; — und das ist fürwahr keine Kleinigkeit. Möge doch Dr. Dühring, statt diese Kredit-Institution für die kleine Geschäftswelt anzugreifen, sich einmal versuchen, etwas dem Entsprechendes für den Grundbesitz oder die Arbeiterwelt zu schaffen, — natürlich aus eigener Kraft und ohne die Hülfe des Staates!

Von doppeltem und dreifachem Werth aber sind diese „ganz gewöhnlichen Kredit-Institute“, auf welche der hochdiplomatische Blick des Ver-

fassers der „Denkschrift“ mit affektirter Verachtung heruntersieht, nun erst recht dadurch geworden, daß die Bundesgesetzgebung kürzlich zwei wichtige Reformen vorgenommen, nämlich die Zinsbeschränkungen abgeschafft und die Schuldhaft beseitigt hat. Erlauben Sie mir, daß ich, um dies zu erläutern, etwas weiter aushole.

Der kleine Geschäftsmann bedarf Kredit so gut, wie der große. Dieser Kredit kann ihm unter zwei Formen gewährt werden, nämlich entweder als Waaren-Kredit oder als Geld-Kredit (oder um die von J. E. Horn in seiner trefflichen Schrift „Bankfreiheit“ gebrauchten Ausdrücke zu adoptiren: Handels-Kredit oder Finanz-Kredit). Entweder nämlich willigt der Mann, welcher dem Handwerker oder dem sonstigen kleinern Geschäftsmanne die Rohmaterialien, Halbfabrikate und sonstigen Waaren, welche er zu seinem Geschäft bedarf, verkauft, darein, daß er nicht gehalten sei, sofort zu bezahlen; d. h. die dem Verkäufer schuldige Gegenleistung wird mit dessen Einwilligung vertagt oder dem Käufer gestundet; — das ist der Waaren-Kredit. Oder der Dritte stellt sein Geld-Kapital dem kleinen Geschäftsmann zur Verfügung für eine gewisse Zeit, nach deren Ablauf dasselbe zurück zu erstatten ist; — das ist der Geld-Kredit. Es existirt also Kredit, sobald der bewilligte Aufschub einer schuldigen Gegenleistung oder zeitweilige Entäußerung eines Geldkapitals zum Vortheil eines Anderen vorkommt. Da der Kreditnehmer mit dem Kredit Geschäfte treibt und Gewinn macht, so will der Kreditgeber natürlich auch gewinnen. Er verlangt daher eine Vergütung für die Gewährung des Kredits. Auf dieser und auf dem Vertrauen, daß bei dem Kreditnehmer das Kapital nicht verloren gehe, beruht der Kredit. Diese Voraussetzungen, welche mit einander in Wechselwirkung stehen, in so fern als das Sinken des Vertrauens die Vergütung für die Gebrauchsüberlassung steigen macht, bilden die Grundlage des Kredits. Sie unterdrücken, heißt den Kredit unterdrücken.

Vor Gründung der Vorschuß-Vereine hat der kleine Geschäftsmann in der Regel gar keinen Geld-Kredit und nur einen beschränkten Waaren-Kredit, der vielfach lediglich in der Schuldhaft wurzelte, — in dem Vertrauen in die Wirkung eines drakonischen Exekutionsmittels, wodurch das Vertrauen in die Redlichkeit, die Geschicklichkeit, den Fleiß und die Sparsamkeit des Kreditnehmers ersetzt wird. Der Waaren-Kredit wurde gewährt gegen Ausstellung von Wechseln, welche den Vollzug der Schuldhaft sicherten. Erfahrungsmäßig ist der Waaren-Kredit, der unter solchen Umständen gewährt wird, weit theurer, als der theuerste Geld-Kredit. Die Vergütung für die Kreditgewährung und die Assekuranz gegen Ver-

lust repräsentiren sich in dem theuren Preise oder in der schlechten Beschaffenheit der Waare, oder in Beidem. Außerdem verliert der Kreditnehmer die Freiheit des Einkaufsmarkts. Er kann fürder nur noch bei dem kaufen, dem er verschuldet ist. Er büßt dadurch den Schutz ein, welchen ihm sonst die freien Wechselwirkungen zwischen Angebot und Nachfrage gewähren würden.

Daraus ergiebt sich, daß ihm der Geld-Kredit wichtiger ist, als der Waaren-Kredit. Den ersteren haben ihm die Vorschuß-Vereine verschafft, indem sie die einzelnen Stäbe zu einem Bündel zusammenschnüren, das nun eine Kreditkraft besitzt, welche die Totalität der vereinzelten Stäbe früher entbehrte. Der Vorschuß-Verein setzt den kleinen Geschäftsmann in den Stand, Kasse zu halten und gegen Baar zu kaufen, d. h. sich gegen die Vertheuerung seiner Einkäufe und gegen den Waarenwucher zu wehren, weil er nunmehr für sich das besitzt, was für den großen Geschäftsmann der Bankkredit ist. Daneben kräftigt das Institut der Spareinlagen die sittliche Energie des Willens und die wirthschaftliche Mannszucht. Das Bewußtsein dieser Reserve und das Gefühl, daß „Alle für Einen und Einer für Alle" einstehen (das ist der deutsche Ausdruck für „Solidarität", und den verstehen die Leute; darauf mag sich Dr. Dühring verlassen), giebt den Leuten ein Selbstvertrauen, fast möchte ich sagen, ein erhöhtes soziales Standesbewußtsein, über welches ein wahrhaft Konservativer sich freut, anstatt sich zu ärgern.

Die Aufhebung der Schuldhaft wird manchen Fabrikanten und Großhändler gegenüber dem Detailverkehr mißtrauisch machen und ihn veranlassen, Waaren-Kredit da zu verweigern, wo er ihn bisher auf Grund der Möglichkeit der Vollstreckung an der Person bereitwillig gewährt hat. Der kleine Geschäftsmann, der diesen Kredit gewohnt war, wird ihn schmerzlich vermissen. Der Vorschuß-Verein aber wird ihm weit mehr als einfachen Ersatz gewähren; er wird ihn nicht nur in den Stand setzen, zu kaufen so wie bisher, sondern vielmehr besser und billiger als bisher. Denn er ersetzt den mangelhaften Waaren-Kredit durch einen bessern Geld-Kredit. Die Aufhebung der Zinsbeschränkungen macht dem kleinen Geschäftsmann zwar auch den Geld-Kredit zugänglicher als bisher, allein er läuft Gefahr, durch Unkenntniß oder Unüberlegtheit zu leiden. Freilich bei dem offenen und klaren Geschäft der freien Zinstaxe leidet er stets weniger, als bei dem verbrecherischen und dunkeln Geschäft der verschleierten Wuchertaxe. Immerhin aber mag er das Bedürfniß einer Kontrole, einer Assekuranz, eines Thermometers des jeweiligen Zinsfußes jetzt erst recht lebhaft empfinden. Der Vorschuß-Verein gewährt ihm das alles.

Und diese segensreiche Institution, die in ihrer ersten jugendlichen Blüthe steht, hält man für altersschwach und dem Untergange geweiht! Ja, man räth der Regierung, sie zu vernichten. Und der Rath geht aus von einem „National-Oekonomen". Und er wird ertheilt — in majorem rei — pseudo-conservativae gloriam!

So verwerflich solche Allianzen sind, so begreiflich ist deren Auftauchen in jedem Uebergangs-Stadium, das erhöhte Anforderungen an die Menschen stellt, weil es ihnen neue und höhere Ziele steckt.

Auf dem Marsche durch die Wüste erlahmen die überreifen Greise und die unreifen Jünglinge. Beide wenden ihre Wuth wider die Männer. Die Greise sehnen sich zurück nach den Fleischtöpfen Aegyptens. Die jungen erwarten von jedem kommenden Morgen den Einmarsch in ein Schlaraffen-Land, wo Milch und Honig fließt. Vereinigen sich beide mit einander und finden sie Unterstützung bei dem Unverstand und der Trägheit, so wird der Marsch durch die Wüste gehemmt, und durch diese Verzögerung werden die Leiden des Volks, welche mit jedem Uebergang untrennbar verbunden sind, unendlich gesteigert.

Als im sechzehnten Jahrhundert der Uebergang von der Natural- zur Geldwirthschaft sich vollzog, der nothwendig einige Schmerzen mit sich führen mußte, proklamirte Johann Bockelsohn, der Schneider von Leyden, das Königreich Zion, das alle Genüsse und alle Verheißungen verwirklichen und Jedermann zugänglich machen sollte, vorausgesetzt, daß er glaube an den neuen König von Zion und für ihn sein Fell zu Markt trage.

Heut zu Tage machen wir einen ähnlichen Uebergang durch. Die bisher getrennten Länder und Welttheile rücken enge an einander. Die Maschinen ersparen Kraft. Die Dampfschiffe, die Eisenbahnen, die Telegraphendrähte verkürzen Zeit und Raum und verlängern dadurch das menschliche Leben. Sie verlängern es intensiv, wenngleich sie vielleicht sein extensives Maaß für den Einzelnen kürzen. Der Ortsmarkt ist Weltmarkt geworden. Das Getrennte ist verbunden. Jeder muß mit Jedem konkurriren, weil Alles mit Allem zusammenhängt. Das Handwerk und die Landwirthschaft sind Industrie geworden, und die Industrie kennt keine Schranken, als die des Maßes des zur Verfügung stehenden Kapitals.

Dagegen empört sich der greisenhafte Pseudo-Konservatismus und der jugendliche Hyperradicalismus. Beide Extreme berühren einander. Sie harmoniren vollständig in dem einen Punkt, daß sie glauben, die Gesetze des Staats seien stärker, als die Gesetze der Natur und subjektive Willkühr könne den Schulmeister der Vorsehung spielen und der Weltgeschichte

das Pensum corrigiren. Beide erschrecken vor dem Fortschritt der Menschheit. Die Einen möchten am liebsten Telegraph, Dampfschiff, Eisenbahn und Maschinen wieder abschaffen. Die Andern wollen ihnen einen Meister geben. Dieser Meister soll der Staat sein. Er soll den Menschen die Freiheit nehmen, um sie glücklich zu machen. Er soll auf dem Wege der Besteuerung der wirthschaftlich-produktiven bürgerlichen Gesellschaft das Kapital entreißen, um eine Hand voll Projekten-Macher damit experimentiren zu lassen. Er soll das ganze Gemein-Wesen aus den Wurzeln reißen, es auf den Arm nehmen und mit ihm einen Sprung in das Dunkele riskiren.

Stürzt er dabei in den Sumpf, — was thut's. Er wird es machen, wie der berühmte Herr von Münchhausen; er wird sich an seinem eigenen Zopf wieder herausziehen. Er wird den Leuten, die gearbeitet haben, das Geld abnehmen und damit Diejenigen glücklich machen, die nichts arbeiten wollen.

Und so da Jemand sein sollte, der dies Evangelium des mit der Puerilität vereinigten marasmus senilis nicht glaubt, der ist ein Ketzer und muß gelyncht werden.

Fünfter Brief.

Lumpige hundert Million Thälerchen. — Fünfzehn harte blanke Thaler. Der Zinsfuß und die Kapital-Bildung bei den Vorschuß-Vereinen. Die Lichtseite der unbeschränkten Haftbarkeit bei den Vorschuß-Vereinen und die Schattenseiten der beschränkten Haftbarkeit bei den Aktien-Gesellschaften. Nothwendigkeit der Fortbildung der letzteren.

Motto:

„Echte Prinzen aus Genie-Land
Zahlen baar, was sie verzehrt.
Goethe, Schiller, Lessing, Wieland
Haben nie Kredit begehrt."
H. Heine.

Der Katechismus des pseudo-konservativen Sozialismus, welchen Dr. Dühring mittelst seiner „Denkschrift" dem preußischen Minister-Präsidenten unterbreitet, und den Geh. Rath Wagener der Oeffentlichkeit übergeben und dadurch auch uns Anderen, den profanen Menschen, zugänglich gemacht hat, hat auch zwei Theile, wie dies schon Hieronymus Jobs im Examen von einer jeden ordnungsmäßigen, nach der üblichen Schablone gebauten Predigt verlangte, mit dem erläuternden Zusatze:

Den ersten Theil versteht Jedermann,
Den zweiten Niemand verstehen kann.

Hier handelt der erste Theil von den bestehenden wirthschaftlichen Genossenschaften, und zwar in der Absicht, zu zeigen, daß dieselben eigentlich keinen Schuß Pulver werth seien. Der zweite Theil handelt von den noch zu gründenden „sozialen Koalitionen", welche dazu bestimmt seien, „die Grundlage eines neuen Staats- und Gesellschaftsbaues" in der Art zu bilden, daß diese Koalitionen von der einen Seite und die Staatsgewalt von der anderen „den Industrialismus unserer Tage" (d h. die Privat-Industrie und insbesondere die Groß-Industrie) dazwischen nehmen und ihm den Garaus machen.

Dieser zweite, der positive und organische Theil, ist, gleich der Jobsschen Predigt, ein wenig nebelhaft und unverständlich.

Der erste, negative und kritische Theil, ist deutlicher. Denn er handelt von bestehenden Dingen, über welche wir Alle aus eigener Erfahrung ein Urtheil haben können. Gestatten Sie mir daher noch ein paar Worte über den letzteren.

Dr. Dühring giebt zu, daß schon vor länger als drei Jahren — zwischenzeitlich sind natürlich in Folge der fortschreitenden Entwicklung alle diese Summen bedeutend gestiegen — die Genossenschaften 4½ Million Thaler eigenes Kapital und 300,000 Mitglieder hatten, daß jedes Mitglied zu 15 Thalern Kapitalist (Eigenthümer) und außerdem noch zu 60 Thalern Disponent ist, und daß für jedes Mitglied durchschnittlich ein jährlicher Umschlag von 200 Thalern stattfindet. Diesen Erfolg einer etwa 6—8jährigen Entwickelung scheint Dr. Dühring kaum der Rede werth zu erachten, so verächtlich spricht er davon.

Nun muß man freilich dem Herrn Verfasser der „Denkschrift" zugeben, daß der Ziffer nach 100 Millionen mehr sind, als 4½ Million. Allein, jene 100 Millionen, welche ein sozialistischer Agitator im Munde führte, sind doch nur versprochen, und zwar nach der Art des heiligen Crispinus, welcher die Schuhe aus anderer Leute Leder machte. Diese 4½ Million aber sind geschaffen, und zwar durch die Arbeit der Genossenschaften, durch die Geschicklichkeit, den Fleiß, die Sparkraft, das Ehrgefühl und die Selbstbeherrschung ihrer Mitglieder. Man kann daher jene 100 Millionen nur dann höher schätzen, als diese 4½ Million, wenn man der Meinung ist, 100 nicht vorhandene oder gemalte Pfunde Ochsenfleisch schmeckten besser, als 4½ Pfund in Natur vorhandenes, wirkliches, gebratenes Rindfleisch.

Die Geringschätzung, mit welcher Dr. Dühring von diesen 4½ Million wirklichen Thalern spricht, kann man nicht besser charakterisiren, als mit den Worten der bereits erwähnten Abhandlung in der Vierteljahrschrift von Faucher und Michaelis. Dort heißt es:

„„Fünfzehn Thälerchen; sechzig Thälerchen; zwei Hundert Thälerchen," sagte in Engel's „Tobias Witt" der Bürger, der im Armenhause endete. Der Andere aber, der es von Nichts zu einem ansehnlichen Wohlstande gebracht hat, der hatte immer gesagt: „Fünfzehn baare, blanke Thaler; sechszig volle, harte Thaler; zwei Hundert volle, harte, blanke, baare Thaler." Was? 300,000 deutsche Handwerker haben jeder 15 Thaler Eigenthum und daneben noch 60 Thaler an Kredit mehr, als sie vorher hatten, und das soll nichts sein? 4½ Million National-Kapital mehr ist eine Bagatelle? 1½ Million Stiefel, oder 3 Million Hemden, oder 300,000 Tuchröcke, oder 500 Häuser für je eine Familie, oder für drei

Tage Brod für die gesammte Bevölkerung des norddeutschen Bundesgebietes, — alles das ist der Rede nicht werth?

Aber ich gedachte ja schon in meinem vorigen Briefe der Idiosynkrasie derer, welche Wechsel reiten, gegen die, welche baar bezahlen, wie „die echten Prinzen aus Genie-Land".

Dr. Dühring beschuldigt ferner die Vorschußvereine eines allzu hohen Zinsfußes. „Man sollte erwarten, daß die unbeschränkte Haftbarkeit doch wenigstens den Erfolg haben könne, die sich im Zinssatze ausdrückende Bedingung und die Prämie für die außerordentliche Sicherheit zu ermäßigen. Allein, trotz der solidarischen Haftbarkeit ist es den Vereinen nicht möglich, zu dem marktgängigen, bankmäßigen Zinsfuße ihren Mitgliedern Kredit zu gewähren. Diese Thatsache würde nichts Bedenkliches haben, wenn es sich um geschäftsmäßig eingerichtete Banken und nicht um Institute handelte, in welchen die Kunden selbst solidarisch haften. So aber liegt in ihr eine stillschweigende Hinweisung auf das Mißverhältniß zwischen Aufwand und Erfolg. Der Gewinn entspricht nicht dem Einsatze; und der zum Theil dilettantische Charakter der Verwaltung, der nichts desto weniger geschäftsmäßige Salarirung erfordert, trägt wohl auch ansehnlich zu jenem Mißverhältnisse bei."

Der Verfasser der Denkschrift verwechselt hier allerlei Dinge in einer Art, die dem Rathgeber des obersten Beamten des Staates schlecht zu Gesichte steht. Zunächst unterscheidet er nicht den Zinsfuß, zu welchem der Vorschußverein von Dritten Geld anleiht, von dem, zu welchem er es an seine Mitglieder ausleiht. Die unbeschränkte Haftbarkeit und die Ansammlung eigenen Kapitals durch die Spareinlagen, welche letzteren in weit günstigerem Verhältnisse zu den Verpflichtungen des Vereins stehen, als das eigene Vermögen großer Banken zu den von diesen eingegangenen Verpflichtungen, also mit Einem Worte: die Solidität des Vorschußvereins, welche größer ist, als die des Bankgeschäftes, hat allerdings den Erfolg, daß der Verein zu geringem Zinse Geld von Dritten dargeliehen erhält. Und wenn der Verfasser hieran zweifelt, so befindet er sich in einer auffallenden Unkenntniß der Thatsachen. Es scheint jedoch — denn klar ist es nicht —, er spricht nur von dem Zinsfuße, zu welchem der Verein an Mitglieder ausleiht. Er findet ihn hoch, da der Verein nur an seine Mitglieder ausleiht, und diese Mitglieder doch schon das Risico unbeschränkter Haftbarkeit auf sich haben, dem sie sich nicht unterziehen müssen, wenn sie bei einem gewöhnlichen Bankgeschäfte borgen wollen. Diese Differenz zwischen dem höheren Zinsfuße des Vorschußvereins und dem geringeren des Bankgeschäfts kann jedoch nur für Den auffallend sein,

der nicht weiß, was doch heutzutage in Deutschland Jedermann weiß oder wenigstens wissen kann, nämlich, daß die Differenz zwischen dem Zinse, den der Vorschußverein giebt, und dem, welchen er nimmt, daß das Surplus, welches der letztere bildet, nichts ist, als der sich auf die Mitglieder nach Maßgabe ihrer Sparantheile distribuirende Gewinn der Gesammtheit, mittelst dessen der Verein sich sein eigenes Kapital bildet, und damit so lange fortfährt, bis er des fremden nicht mehr bedarf und ganz mit eigenem Vermögen operirt. Abgesehen von den in der Regel verhältnißmäßig nicht hohen Verwaltungskosten, giebt also in Wirklichkeit der Verein Kredit zu demselben Zinsfuße, zu welchem er ihn nimmt, und der letztere ist nicht höher, als der übliche Zinssatz oder das, was Dr. Dühring den marktgängigen, bankmäßigen Zinsfuß zu nennen beliebt. Die Differenz, welche er in seinem diplomatischen Gallimatthias andeuten zu wollen scheint, ist sonach gar nicht vorhanden. Wenn er polemisiren wollte, so könnte er, vollständige Sachkenntniß bei ihm vorausgesetzt, doch nur etwa dagegen ankämpfen, daß der Verein die Ansammlung eigenen Kapitals zu stark beschleunige, oder daß er das sich so bildende eigene Kapital distribuirt nach Maßgabe des Betrages der Sparantheile der Mitglieder, und nicht nach dem Betrage der Kredite, die jedes einzelne Mitglied entnimmt. Allein, eine solche Polemik würde nirgends Zustimmung finden. Denn Jedermann begreift, daß man nicht das Borgen, sondern das Sparen prämiiren muß, und daß der Verein der solideste ist nach außen, der am raschesten sein eigenes Kapital vergrößert. Diese Wechselwirkungen hat aber der Verfasser der Denkschrift nicht durchschauen wollen oder nicht durchschauen können; und auf diesem Boden der Unklarheit ist seine Polemik erwachsen.

Lassen Sie mich noch einen Augenblick verweilen bei demjenigen Einwande, welchen Dr. Dühring am stärksten betont: bei der unbeschränkten Haftbarkeit der Vereinsmitglieder. Er thut, als wenn eine solche Haftbarkeit nirgends in der Welt existirt, während sie doch in der mercantilen Welt das tägliche Brod ist, nämlich bei der offenen Handelsgesellschaft, die ja glücklicher Weise die Regel bildet. Er preist die beschränkte Haftbarkeit der Aktien-Gesellschaft (ich werde im nächsten Briefe darthun, warum), behauptet, die moderne volkswirthschaftliche Theorie und Praxis habe „das Prinzip der aktienmäßigen Betheiligung (mit beschränkter Haftbarkeit) als das natürliche und von der modernen Entwicklung sanktionirte anerkannt," und findet es auffallend, daß die Vorschußvereine hiermit in direktestem Widerspruche stehen.

Ich weiß nicht, von welcher „Theorie und Praxis" Herr Dr. Dühring

spricht. Die neueste Praxis, namentlich in England, hat gezeigt, daß ein Bankgeschäft dadurch, daß es von der Form der offenen Handels-Sozietät mit unbeschränkter Haftbarkeit aller Gesellschafter zu der der Aktien-Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit der Theilhaber übergeht, in der Regel nicht solider wird. Dieser Uebergang war dort während der letzten Krisis der Vorbote des Bankerotts. Das Haus Overend and Gurney, dessen Bankbruch fast dem ganzen Mittelstande von England unheilbare Wunden schlug und zahllose Wittwen und Waisen ruinirte, wählte sogar zum Zwecke des betrügerischen Konkurses gerade jene Gesellschaftsform, für welche Dr. Dühring so sehr schwärmt. Namentlich für Bankgeschäfte, die mit ihren eigenen Aktien und Berechtigungsscheinen Agiotage treiben, dieselben beleihen und anderen derartigen Unfug treiben können, ist, wie die Geschichte des Kredit Mobilier in Paris und die seiner Epigonen in Deutschland zeigt, die beschränkte Haftbarkeit schwerlich die mustergültige Form. Eben so wenig für Bergwerks-Gesellschaften, bei welchen weder eine maßgebende Jahres-Bilanz, noch auch eine unzweifelhafte Taxation des Vermögensbestandes möglich ist, und für die daher das System der „Zubuße" besser paßt, als das der beschränkten Haftbarkeit, das hier weder dem Unternehmen, noch den Unternehmern nützlich zu sein pflegt. Am besten paßt das letztere noch für Eisenbahnen und andere derartige große Bau-Unternehmungen, weil es sich hier um einen bezüglich seines Kapital-Werthes und seiner Rente verhältnißmäßig leicht taxir- und kontrolirbaren Grundbesitz handelt. Allein auch hier steht die jetzige Form der Aktien-Gesellschaft offenbar noch im Stadium der Kindheit und wird, je mehr die Aktionäre den Unternehmern an wirthschaftlicher Schulung und Kenntniß näher rücken und endlich sich mit ihnen gleich stellen, desto mehr eine den rechtlichen und wirthschaftlichen Interessen Aller (nicht blos, wie bisher, denen der Leiter, Gründer und Unternehmer) entsprechende Fortentwickelung erfahren, welche ihre Keime treiben und sie erst zu dem, was sie sein soll, aber noch nicht ist, machen wird.

Allerdings ist zeitweise an einigen Orten, wo die Anschauungen der Bank und der Börse dominiren, wie z. B. in Frankfurt a. M., der Gedanke aufgetaucht, auch für die Vorschußvereine die beschränkte Haftbarkeit einzuführen. Man würde aber denselben damit den schlechtesten Gefallen von der Welt erweisen. Denn nur dadurch, daß jedes Mitglied unbeschränkt haftet, ist es gezwungen, permanent zu kontroliren. Man hebe die unbeschränkte Haftbarkeit auf, und man wird, statt der lebendigen Wechselwirkung zwischen einem Jeden und Allen, einen Verband haben, in welchem die Gesellschaftsbeamten regieren und die Mitglieder — dupes

comme des actionnaires — sich um nichts kümmern und nur alle Jahre einmal Ja sagen. Jemand, dem die unbeschränkte Haftbarkeit gefährlich dünkt, ist nicht verpflichtet, beizutreten. Ein Kapitalist, dem sie nicht genügt, ist nicht verpflichtet, dem Vereine Geld zu leihen. Wenn aber die Vorschußvereine die großen Krisen der letzten Vergangenheit besser bestanden haben, als die Aktien-Banken, so danken sie dies der unbeschränkten Haftbarkeit ihrer Mitglieder.

Die Vorschußvereine sind keine Universal-Arznei für alle sozialen Leiden. Allein sie sind eine vortreffliche Ergänzung der Lücken, welche mangelhafte Gesetzgebung des Staates und mangelhafte Gewöhnung des Publikums in unserem Kreditwesen verursachen; und wir werden uns daher nicht beirren lassen durch die Polemik des pseudo-konservativen Sozialismus, der selbst dem „Si quid novisti rectius“ nicht zu genügen vermag.

Sechster Brief.

Gladstone über die Arbeiterfragen. Zur Geschichte des Arbeits-Lohns. Zwangs-Arbeit und freie Arbeit. Tage-Lohn und Stück-Lohn. Joh. Heinr. v. Thünen und Ferdinand Lassalle. Antheil am Unternehmer-Gewinn. Fabrik-Prämie und Spekulations-Prämie. Die Witterung bei der Landwirthschaft und die Konjunktur bei der Industrie. Die Produktiv-Genossenschaft und die sogenannte „industrielle Partnerschaft".

Motto:

„Nur Das, was der Geist des Menschen durch seine Thätigkeit an Stärke und Kraft gewinnt, ist sein unverlierbares Eigenthum."
J. H. von Thünen, an seinen Sohn.

So ein deutscher Reichs-, Land-, Provinzial- oder Kreistags-Abgeordneter-Kandidat leidet an einer eben so unbeschreiblichen als unausstehlichen, hochnasigen Bescheidenheit, die ihm hoffentlich durch das allgemeine Stimmrecht ein wenig wird ausgetrieben werden. Während der deutsche Kandidat sich ziert, vor seinen Wählern zu erscheinen und durch Darlegung seiner Grundsätze um deren Stimmen zu werben, während er oft sogar eine vorherige Erklärung über Annahme des Mandats weigert und nachher die auf ihn gefallene Wahl nur als eine gebührende Anerkennung seiner Verdienste betrachtet, sehen wir jenseits des Kanals von Allem das Gegentheil; und wir Deutsche, die wir uns mit unserer Demokratie so viel wissen, könnten uns in dieser Beziehung ein Muster nehmen an dem hocharistokratischen England, wo die angesehensten Männer der Politik und der Wissenschaft nicht den geringsten Anstand nehmen, in ihren Wahlbezirken als Reiseprediger zu fungiren. Ich denke, wenn ein John Stuart Mill und ein Gladstone dies in England thun, hätten sich Herr Ameyer und Herr Bemeyer dessen in Deutschland auch nicht zu schämen.

Gladstone hat während des Oktober 1868 so viele Volksversammlungen und Wahl-Reden gehalten, daß ein Londoner Blatt sagt, er arbeite, wie eine gut geölte Dampfmaschine, und es werde nachgerade den Telegraphisten, Setzern und Lesern schwer, mit ihm gleichen Schritt zu

halten, so oft und so lange habe er in den letzten Tagen gesprochen. Außer dem Haupt-Thema — Irland, Reform und Finanzen — berührte Gladstone, als er am 20. Oktober 1868 in Leigh (Süd-Lancashire) in dem großen Saale der dortigen Produktiv-Genossenschaft sprach, auch die Arbeiter-Frage. „Die Frage über die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit", sagte er, „wird von Manchen für eine der größten oder gar für die allergrößte Schwierigkeit gehalten, die einer gewitterschwangeren Wolke gleich über unsere Zukunft hange. Ich gestehe, daß ich dieser Meinung durchaus nicht bin. Ich habe so großes Vertrauen in den gesunden Menschenverstand aller meiner Landsleute aus allen Ständen, und namentlich aus den beiden zunächst betheiligten, daß ich mich der aufrichtigen Ueberzeugung hingebe, sie werden ihren Weg aus dem scheinbaren Labyrinthe dieser Frage zu einer befriedigenden Lösung zu finden wissen." Er prüft darauf die einzelnen Mittel und Wege. Zunächst sagt er von den Konsum-Vereinen, er erblicke in ihnen ein wichtiges Element für die Erreichung des anzustrebenden Zieles; denn sie flößten dem Arbeiter einige von den Gefühlen und Interessen des Kapitalisten ein, ohne ihn der Arbeiter-Klasse zu entrücken; daß der Detailhandel durch die Konsum-Vereine (wie dort Manche fürchten) zu Grunde gerichtet werde, sei unwahrscheinlich und auch nicht wünschenswerth; die Konsum-Vereine und der freie persönliche Detailhandel würden sich in die Befriedigung der Bedürfnisse theilen und mit einander wetteifern. Was die Produktiv-Genossenschaften betrifft, so bemerkt der Redner, daß er zwar deren Wichtigkeit nicht gering schätze, daß sie jedoch nur unter den vorgeschrittensten und wirthschaftlich am besten geschulten Arbeiter-Klassen ersprießlich ausgedehnt werden könnten, und daß die Gefahren und die Verantwortlichkeit solcher Unternehmungen jeder Zeit sehr ernster Natur seien; er (Redner) glaube daher zur größten Vorsicht auf diesem Gebiete mahnen zu müssen. Auf die industrial partnerships und sonstige Versuche, den Arbeiter am Fabrikations-Gewinn zu betheiligen, legt er den größten Werth. Eine Erweiterung und Verallgemeinerung des Arbitrations-Systems, wie es Mundella auf dem Birminghamer Kongresse für Sozialwissenschaft erläutert hat, gehöre zu den vorzüglichsten Methoden zur Lösung der Arbeiterfrage. So Gladstone.

Lassen Sie uns seine Aeußerungen einer näheren Betrachtung unterziehen. Sie verdienen es, weil sie sich zunächst auf die Zustände eines Landes beziehen, in welchem die Arbeiter-Bewegung am intensivsten ist; weil sie gethan wurden von einem Manne, der dort gegenwärtig an der

Spitze einer großen und mächtigen Partei steht und sich in nicht allzu ferner Zukunft wahrscheinlich an der Spitze der Regierung befinden wird; und weil sie gerichtet sind an eine Massen-Versammlung, die zum größeren Theil aus intelligenten Arbeitern bestand, welche zum ersten Male von ihrem politischen Stimmrechte Gebrauch zu machen haben und sich in ihrem eigenen Genossenschaftshause versammelt hatten, um über ihren Kandidaten zu Gericht zu sitzen.

In Betreff des Arbeitslohnes sucht man mit sehr gelehrten Gründen zwei einander entgegenstehende Meinungen zu vertheidigen. Die Einen behaupten, es sei ein ehernes Gesetz, daß dem Arbeiter kein höherer Lohn zukomme, als derjenige, welcher nothdürftig hinreiche, sein Leben und seine Arbeitsfähigkeit zu fristen. Die Andern aber wollen ihm einen Lohn vindiziren, welcher der von ihm, oder richtiger gesagt: unter seiner Mitwirkung erzielten Kapital-Vermehrung entspricht und ihn befähigt, an allen Genüssen des Daseins in gleichem Maße, wie die Andern, zu partizipiren. Jenes soll das Gesetz des Kapitals, dieses das Gesetz der Arbeit und deshalb der Krieg der Arbeit gegen das Kapital nothwendig sein, von welchem nur zu gewiß ist, daß er das Kapital und die Arbeit gleich sehr schädigen und uns in Zustände der Barbarei zurückwerfen würde.

Blicken wir zurück auf die Geschichte des Arbeitslohns, so finden wir, daß sowohl jenes als dieses Gesetz mit der historischen Entwickelung im Widerspruch steht.

Die Faktoren, aus welchen sich die Höhe des Arbeitslohnes ergiebt, und die Formen, mittelst deren diese Höhe bestimmt wird, haben sich immer höher zu entwickeln, zu kultiviren und gleichsam zu durchgeistigen gesucht, um ein richtiges Verhältniß zwischen Leistung und Gegenleistung zu erzielen. —

Sprechen wir nicht von der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Hörigkeit und Erbunterthänigkeit oder anderen mehr oder weniger gebundenen rohen Formen der Zwangsarbeit. Sprechen wir vielmehr nur von der freien Arbeit, welche allein dem Geiste unserer Zeit und unserer Kultur entspricht. Die primitive Form des Lohnes der freien Arbeit bildet der Taglohn. Der Taglohn in Naturalien, zunächst in Nahrungsmitteln, entspricht dem Uebergangsstadium von der Zwangsarbeit zur freien Arbeit; der Taglohn in Geld tritt ein, während und nachdem sich der Uebergang von der Natural- zur Geldwirthschaft vollzogen hat.

Der Tagelohn hat den großen Fehler, daß er nur die Zahl der Köpfe der Arbeiter und die Länge der Zeit, welche ein Jeglicher verwendet,

aber nicht den durch die Arbeit erzielten Erfolg, das Produkt der Arbeit, berücksichtigt. In einer Zeit, wo die wirthschaftliche Kultur noch in den Kinderschuhen steckt, ist freilich die Differenz zwischen Kopf- und Zeit-Ziffer einerseits, und Arbeits-Quantität und Qualität andererseits, in der Regel nicht allzu groß. Denn die Arbeiter sind Alle ziemlich gleich ungeschickt und machen Alle von ihrer Zeit keinen allzu intensiven Gebrauch. Sie unterwerfen sich der Gunst oder Ungunst der Verhältnisse, wie einem Natur-Ereigniß, ohne viel zu reflektiren. Krieg, Pest, Hungersnoth und „allgemeines Menschen- und Vieh-Sterben“ gehören in den alten Chroniken so zu sagen zum täglichen Brot.

Bei steigender Kultur erst treten die Mißstände des Tagelohns deutlicher hervor. Daß der treue, fleißige, gebildete Arbeiter, der viel leistet, nicht mehr erhält, als der träge, ungebildete und ungetreue, der wenig leistet, das ist kein „ehernes Gesetz“ der Natur, sondern nur ein Zeichen des vollständigen Mangels an wirthschaftlicher Einsicht der Menschen, bei dem Arbeitgeber, wie bei dem Arbeitnehmer. Nirgends ist dies leichter zu konstatiren, als in Deutschland, wo in Bezug auf die landwirthschaftlichen Arbeiter die verschiedensten Lohn-Systeme herrschen. Es wäre eine höchst dankbare Aufgabe für die offizielle Statistik, sich einer solchen Beweisaufnahme zu unterziehen.

Da, wo auch für den landwirthschaftlichen Arbeiter der Grundsatz des Geld- und des Stücklohnes existirt, steht die Bildung und die Wohlfahrt desselben auf einer weit höhern Stufe; und selbst im Falle von Mißernten hat er einen Reserve-Fonds zur Seite, welchen er sich aus seiner mehr als zureichenden Einnahme, sei es in Form von Grundbesitz oder von Geldkapital, hat bilden können; oder der Grundherr, welcher das Produkt höherer Intelligenz und Sittlichkeit aus Erfahrung schätzen gelernt hat, ist gerne bereit, gute Arbeiter durch die Ungunst der Zeit wie man sagt: „durchzufüttern“, damit er dieses friedliche Heer präsent und schlagfertig zur Hand hat, wenn der Kampf mit den Kräften der Natur wieder losgeht.

Wo dagegen Tag- und Naturallohn existirt, oder eine kulturfeindliche Verquickung der verschiedenen Systeme, wo z. B. der Tagelöhner im Sommer nur einen höchst kärglichen und unzureichenden Geldlohn erhält und darauf verwiesen ist, Ersatz zu finden in einer Tantième des Getreides, welches er im Winter ausdreschen hilft, leiden Unternehmer und Arbeitgeber (Gutsherr), sowie Arbeitnehmer (Tagelöhner) gleich sehr. Tritt der Fall der Mißernte oder des Nothstandes ein, dann strecken sofort beide das Gewehr und erklären sich für insolvent, indem sie die

Staatshülfe anrufen, welche doch der Natur der Dinge nach das ultimum refugium sein muß und erst dann angerufen werden darf, wenn alle anderen Mittel, — die der Privaten, der Gemeinden, des Kreises und der Provinz — bereits bis auf's äußerste in Anspruch genommen und vollständig erschöpft sind. Würden von allen Provinzen gleichzeitig die nämlichen Ansprüche erhoben, so würden sich dieselben unter einander bis zur vollständigsten Wirkungslosigkeit paralysiren. Denn der Staat ist ein armer Mann. Er hat kein Vermögen außer Dem, was er sich aus den Taschen der Steuerzahler holt; und wenn er versucht, sich auf andere Art „Geld zu machen", etwa mittelst der Papier-Presse und Notenfabrik, so ist dies der Anfang vom Ende, d. h. vom Staatsbankerott, welcher zwar auch ein Besteuerungs-System ist, aber ein wahnwitziges, das den Armen und Gedrückten heimsucht, um den Reichen und Gewitzigten zu verschonen.

Johann Heinrich von Thünen auf Tellow in Mecklenburg, der Verfasser des 1826 erschienenen „isolirten Staats", — eines Buches, in welchem mehr wirthschaftliche Weisheit enthalten ist, als in der ganzen gleichzeitigen national-ökonomischen Mode-Literatur Englands und Frankreichs, welche in unserem lieben deutschen Vaterlande immer noch blos deshalb, weil sie „weit her ist", wiederkäut wird — hat lange, bevor Ferdinand Lassalle auf die Idee kam, die Arbeiten des Dr. Karl Marx, eines eben so tiefen und scharfsinnigen, als einseitigen Denkers, für seine Agitationszwecke auszunützen und aufzuputzen, gleich als ob sie auf seinem eigenen Boden gewachsen wären, sich schon das Verdienst erworben, die Existenz jenes ehernen Gesetzes zu bekämpfen und nachzuweisen, daß es nicht nur im wirthschaftlichen Gesammtinteresse, im Interesse der Produktion, der Kapitalbildung und der allgemeinen Wohlfahrt, sondern auch in dem speziellen Interesse des Unternehmers, des industriellen oder landwirthschaftlichen Arbeitgebers, liegt, den Arbeiter nicht dadurch, daß man Alle ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit ihrer Leistungen über einen Kamm scheert, dem Produkte seiner Arbeit interesselos gegenüber zu stellen und ihn auf einen Lohn zu beschränken, der ihm höchstens die Erhaltung seiner Existenz und seiner Arbeitskraft kärglich ermöglicht, sondern den Lohn zu bestimmen nach dem direkten Erfolg der geleisteten Arbeit, damit nicht die Arbeiter dadurch, daß man für gute wie schlechte Arbeit gleich viel oder gleich wenig bezahlt, verleitet werden, für ihren Lohn möglichst wenig und möglichst schlechte Arbeit zu liefern. Unter Berufung auf den Erfahrungssatz, daß der Gutsbesitzer besser fährt, wenn er gute Arbeiter höher bezahlt, als wenn er für geringen Lohn schlechte

Arbeiter beschäftigt, lehrte Thünen, daß der landwirthschaftliche Lohn bestimmt werden müsse nach dem Produkt der geleisteten Arbeit und dem durch die Arbeit erzielten Erfolg. Bei dieser Feststellung steigt der Lohn des Arbeiters mit der schnelleren, besseren, sorgfältigeren und produktiveren Arbeit, welche die Arbeits-Werkzeuge und das Arbeits-Material gehörig zu Rath hält, und durch den auf diese Weise steigenden Lohn wird der Arbeiter in den Stand gesetzt, für sich und die Seinen durch bessere Erziehung und Schule an den Fortschritten der Bildung, an der steigenden Intelligenz und Sittlichkeit zu partizipiren. Herr von Thünen beschränkte sich nicht darauf, dieses Gesetz theoretisch zu lehren, sondern er hatte es schon lange, bevor er das Resultat seiner Forschungen der Oeffentlichkeit übergab, auf seinem Gute Tellow praktisch durchgeführt und dadurch erreicht, daß sich seine Arbeiter vor Anderen durch größere materielle Behaglichkeit, höhere Intelligenz und Sittlichkeit, und eben so sehr durch gesteigertes Selbstgefühl, wie durch treue Anhänglichkeit an ihren Gutsherrn, auszeichneten. Sein Sohn, der gegenwärtige Besitzer von Tellow, der mecklenburgische Reichstags-Abgeordnete von Thünen, setzte das System seines Vaters mit gleichem Erfolge fort. („Johann Heinrich von Thünen: Ein Forscher-Leben" Rostock 1868, und Dr. M. J. Schleiden: J. H. von Thünen und seine Bedeutung für die Landwirthschaft, in der von Rudolf Gottschall herausgegebenen Revue „Unsere Zeit". Neue Folge, IV. Jahrgang, 13. Heft, vom 1. Juli 1868; Leipzig, Brockhaus).

Es würde mich zu weit führen, wenn ich auf Thünen's System im Einzelnen eingehen wollte. Es hat nur einen Fehler. Um es durchzuführen, muß man ein Thünen sein und bei Allen, mit welchen man zu thun hat, als solcher gelten, — was man gerade nicht von sämmtlichen Gutsbesitzern verlangen kann.

Betheiligung der Arbeiter am Unternehmer-Gewinn! Aber wie machen? Und was ist Unternehmer-Gewinn? Er besteht offenbar aus zwei verschiedenen Faktoren, wovon der eine überwiegt, seitdem die wirthschaftliche Welt aus dem Zustande der Sklaverei zur Freiheit, aus dem der Isolirung zur Einheit, aus dem der Gebundenheit zur Verbundenheit auf der Basis des freien Austausches, der Vereinigung der Kräfte und der Theilung der Geschäfte übergegangen ist.

So lange die Produktion durch mangelnde Entwickelung der Kultur, durch Herkommen, Sitte und Gesetzgebung in Bezug auf den Ankauf der Werkzeuge und Materialien und in Bezug auf den Verkauf ihrer Waaren auf ein in Raum und Zeit enge begränztes Spatium angewiesen war,

so lange sie noch nicht die Gefahren der Konkurrenz und die Wechselfälle rascher und heftiger Schwankungen der Preise beim Einkauf und Verkauf zu bestehen hatte, so lange konnte in der That von einem reinen Fabrikgewinn die Rede sein, welcher vorwiegend ein Produkt der Lohn-Arbeit war. Bei der Landwirthschaft freilich kamen dann noch die Verschiedenheiten von Boden und Klima und die bis jetzt für die menschliche Kenntniß noch unberechenbaren Chancen der Witterung hinzu, an welchen selbst die beste Arbeit nichts oder nur wenig ab- und zuthun kann.

Heut zu Tage, in dieser nach allen Seiten hin zusammenhängenden, einheitlichen und freien Welt, in welcher unsere Landwirthschaft mit allen Welttheilen konkurriren muß, in welcher die Rohstoffe und Halbfabrikate, welche die Industrie verwendet, und die Waare, welche sie erzeugt und verkauft, allen Konjunkturen ausgesetzt sind, hat die Handels- und Konjunktur-Prämie — die Spekulation, bei welcher der Arbeiter nicht mitwirkt, deren Risiko er nicht trägt, nicht tragen kann und nicht tragen will — einen weit stärkeren Einfluß auf Gewinn oder Verlust, als die Leistungen industrieller Arbeit. Die Spekulations-Prämie verschlingt die Fabrik-Prämie.

Mit Ausnahme weniger Industriezweige, welche sich mehr auf dem Standpunkte des Handwerks gehalten haben, unterliegen alle übrigen den Schwankungen der Konjunktur; und es ist ein großes Kapital nöthig als Ballast, um zu hindern, daß diese schwankenden Wellen das Schiff nicht umwerfen. Wenn auch die Arbeiter ihre vollste Schuldigkeit gethan, wenn sie den Rohstoff mit Sorgfalt und Sparsamkeit bearbeitet, wenn sie die Maschinen und Werkzeuge mit Geschick und Schonung behandelt, nichts verdorben und nichts verhaust, wenn sie rasch in Quantität und Qualität ausgezeichnete Waaren geliefert und in jeder Beziehung das Interesse des Unternehmens gewahrt haben, so reicht doch eine ungünstige Konjunktur hin, um die Früchte ihres Fleißes derart zu vernichten, daß das Geschäft, statt mit einem Gewinn, mit einer Unterbilanz abschließt. Wenn der Rohstoff, welchen die Fabrik zu Hundert kaufte, in der Zwischenzeit im Preise fällt, wenn er zur Zeit der Fertigstellung und Verkäuflichkeit des Fabrikproduktes, das aus diesem Rohstoffe erzielt wird, nur noch Sechszig gilt, so hat das Unternehmen trotz des Fleißes, der Geschicklichkeit und der Redlichkeit der Arbeiter, mit Verlust gearbeitet. Solche Fälle können jeden Tag vorkommen und machen bedenklich, sowohl den Produktiv-Assoziationen, als auch der industriellen Partnerschaft gegenüber.

Gegen die letztere hat man geltend gemacht: Der Fabrikinhaber,

welcher eine solche Partnerschaft etabliren wolle, könne ja sein Geschäft so hoch schätzen, wie er wolle. Wie nun, wenn dasselbe nur 400,000 Thlr. werth sei, er schätze es aber auf 500,000 Thlr., wie das ja bei der Umwandlung von persönlichen Geschäften in Aktien-Unternehmungen erfahrungsmäßig zum Oefteren vorkomme, und lasse dann die 100,000 Thlr., welche den wirklichen Werth übersteigen, in Form von Aktien an seine Arbeiter ab, welche nicht im Stande sind, den realen Werth des Geschäftes zu ermitteln, und in der Regel geneigt sind, denselben zu überschätzen? Giebt die Arbeiterschaft dann nicht ihre Ersparnisse für ein Nichts hin? Ist dann nicht die Arbeiter-Partnerschaft nichts, als ein Mittel, erschütterten Unternehmungen noch eine Galgenfrist zu erwirken und faule Aktien an den Mann zu bringen? Wird dann nicht ein frevelhaftes Spiel mit Männern getrieben, die vor Allem vor einem solchen bewahrt bleiben sollten?

Es wird schwerlich bestritten werden können, daß derartige Fälle vorkommen können. Allein sie beweisen nichts gegen die Partnerschaft an und für sich. Alle Dinge und Einrichtungen, auch die besten, kann man mißbrauchen. Die Möglichkeit oder die nahe liegende Wahrscheinlichkeit des Mißbrauchs fordern zu Vorsicht oder gar zu Mißtrauen auf, aber sie reichen nicht aus, um den Stab über die Sache zu brechen. Sie müssen Anlaß geben zu Versuchen, verbessernde Formen zu finden, welche den Mißbrauch hindern, ohne den Gebrauch des Guten unmöglich zu machen. Vielleicht bietet das Arbitrations-System, welches Herr Mundella dem letzten englischen „Kongresse zur Förderung der Sozialwissenschaften" vorschlug, solche Garantien. Würden sie aber auch gefunden, so ist damit noch nicht das Hinderniß besiegt, welches ich oben angedeutet habe. Sollen sich die Arbeiter unter der Form der industriellen Partnerschaft den Konjunkturen aussetzen, welche heut zu Tage mit Einkauf und Verkauf nothwendig verbunden sind? Das Vorhandensein solcher Konjunkturen bei fast allen Unternehmungen läßt sich doch nicht leugnen. Man mag das beklagen, aber ändern läßt es sich nicht. Wer sie bestehen will, muß starke Reserven haben.

Soll nun der Arbeiter seine Ersparnisse in Industriepapieren anlegen und dabei riskiren, daß durch eine Konjunktur, an welcher er, der Arbeiter, gar nichts ab- und zuthun kann, das Papier entwerthet, die Dividende absorbirt und sogar noch ein Verlust herbeigeführt werden kann, zu dessen Deckung der Arbeiter Jahre lang alle seine Erübrigungen verwenden, oder gar umsonst arbeiten müßte? Der Arbeiter wird sich schwerlich solchen Gefahren exponiren wollen oder können.

Dieselbe Erwägung spricht gegen die Produktiv-Genossenschaften. Man wird vielleicht sagen, die Genossen und die Partner nehmen ja Theil an den Entschließungen über den Ankauf von Rohmaterial und Halbfabrikaten und über den Verkauf der Produkte, sie können dadurch ja Vorsorge treffen, daß keine Mißgriffe vorkommen, folglich können sie auch das Risiko übernehmen, d. h. die Verantwortung für das, was sie selbst thun. Ich fürchte, dies Argument ist nicht zutreffend. Auf diesem Gebiet kann der gewiegteste Kaufmann sich irren und die schwersten Verluste erleiden. Dem Arbeiter ist die Spekulation ganz fremd und er wird gewiß auf deren Gebiet straucheln. Dann aber sind hier vor Allem rasche Entschlüsse nöthig; und wenn man in Betreff solcher Fragen allemal erst die Generalversammlung berufen und nach einer erschöpfenden parlamentarischen Debatte entscheiden wollte, dann würde man mit seinen Entschließungen zu spät kommen und schon durch die Verspätung Schaden erleiden.

Mit den Produktiv-Genossenschaften verhält es sich in der That so, wie Gladstone sagt. Ihre Gefahren und Verantwortlichkeiten sind groß, und sie können etwa nur bei den vorgeschrittensten und wirthschaftlich bestgeschulten Arbeiterklassen Ersprießliches wirken. Die Erfahrung hat uns darüber belehrt. Wo sich unter den Genossen bei Gründung des Geschäftes ein Mann von kaufmännischer Begabung (zünftige kaufmännische Dressur ist gerade nicht absolut erforderlich) vorfand, oder wo ein solcher sonst irgendwie beschafft und an die Spitze der mercantilen Branche gestellt wurde, da ging die Sache gut, so lange dieser Zustand dauerte und wohl auch noch eine geraume Zeit darüber hinaus, d. h. so lange das Geschäft in den Geleisen verharrte, in welche es jener befähigte und redliche Mann gebracht hatte. Prosperirte es aber außerordentlich, so verlor es gar bald den Charakter einer Arbeiter-Genossenschaft und näherte sich mehr dem Begriff einer Aktien-Gesellschaft (mit beschränkter Haftbarkeit), welche durch bezahlte Beamte regiert wird. In vielen Fällen aber, wo jene günstigen Voraussetzungen nicht vorhanden waren, begann von vorn herein schon der Ruin, sei es in Folge schlechter kaufmännischer Leitung, sei es in Folge unglücklicher Konjunkturen, welchen das Geschäft nicht gewachsen war.

Ich will mit Alledem nur auf die Gefahren aufmerksam machen und zur Vorsicht mahnen, aber nicht sagen, daß man absolut nicht fortfahren dürfe, Versuche in der bezeichneten Richtung zu machen.

Wenn aber neuerdings die industrielle Partnerschaft als glorreiche und definitive Lösung der sozialen Frage, als Universalheilmittel gegen

alle und jegliche Leiden des Arbeiterstandes oder gar der Menschheit überhaupt, als der Messias des neunzehnten Jahrhunderts, angepriesen wird, so ist das allermindestens eine sehr arge Uebertreibung.

Mir scheint eine andere Richtung die denkbarere und für den Arbeiter nützlichere. Es ist die, welche der hochverdiente Professor Victor Aimé Huber früher einmal als die latente Genossenschaft bezeichnete. Sie bewahrt den Arbeiter vor der ihm höchst gefährlichen Theilnahme am Spekulations-Gewinn und also natürlich auch am Spekulations-Verlust, welcher mit jenem untrennbar verbunden ist, dagegen betheiligt sie ihn an dem Fabrikations-Gewinn in der Art, daß sein Lohn um so höher steigt, je mehr sich die von ihm gelieferte Arbeit durch Quantität und Qualität auszeichnet, d. h. je höher sich die gesammte produktive Kraft der Fabrik durch ihn hebt. Eine solche Betheiligung ist freilich nur für die Elite der Arbeiter, aber für diese auch sehr wohl möglich. Es wird dann Sache eines jeden Einzelnen sein, sich zur Elite emporzuschwingen.

Auf diesem Wege wird besser geholfen, als auf dem der Betheiligung an dem gesammten Reingewinn. Denn diese führt nothwendig auch zur Theilnahme am Verlust. Gesammt-Verlust und Gesammt-Gewinn hängen aber mehr von der Konjunktur, als von der Arbeit ab; und es würden über jede Bilanz endlose Streitigkeiten entstehen. Denn der Arbeiter würde sich, aus einem an und für sich materiell durchaus nicht unberechtigten Gefühle, sträuben, sich die Schäden aufladen zu lassen, welche dem Geschäfte erwachsen sind durch Konjunkturen und mercantile Aktionen, welche außerhalb seines Geschäftes, seines Gesichtskreises und seiner Verantwortlichkeit liegen.

Siebenter Brief.

Einige Notizen aus der Natur-, Kultur- und Rechtsgeschichte der menschlichen Arbeit. Der Staat und die Wirthschaft. Die Urheber der deutschen Kredit-Genossenschaften: Friedrich der Große und Schulze-Delitzsch. Der Staat und die sogenannte Manchester-Partei in Deutschland. Wilhelm von Humboldt und sein Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. Furor bureaucraticus gubernandi.

Motto:

„So sind die Rollen ausgetheilt
Und Alles wohl bestellt.
So wird die kranke Zeit geheilt,
Und jung die alte Welt. Vivallera!"
(Aus dem Commers-Buche.)

Diese lustige Melodie ist mir, während ich die vom Geh. Rath Wagener edirte „Denkschrift" des Herrn Dr. Dühring las, wer weiß wie oft durch den Kopf gegangen, und ich würde der durch dieselbe geweckten natürlichen Heiterkeit meiner Seele ihren vollen Lauf gelassen haben, wenn mir nicht jedes Mal die ganze Schwere der Thatsache auf das Herz gefallen wäre, daß dieses Buch auf Bestellung des obersten Beamten des Staates verfaßt, daß es von einem hohen Beamten, und zwar angeblich „im Auftrage der konservativen Partei", in wiederholten Auflagen edirt worden ist, und daß vor dem Kriege von 1866 die Möglichkeit nicht ausgeschlossen war, daß solchen Rathschlägen die verhängnißvollste praktische Folge gegeben würde.

Betrachten wir den positiven Theil der Denkschrift: Sie will neben dem Staatsrecht, dem Kriminalrecht, dem Civilrecht, dem Handelsrecht u. s. w. ein neues Recht konstituiren, nämlich „das Arbeiter-Recht", und zwar als einen Bestandtheil weniger des Privat-, sondern vielmehr des öffentlichen Rechts, namentlich des Staats-Verwaltungsrechts.

Als wenn damit etwas Reelles geleistet wäre, daß man einen neuen Zweig der Rechtsgelahrtheit erfindet und ihm seine Stellung in dem System der juristischen Gesammtwissenschaft anweist.

Das „Arbeiter-Recht" ist doch vorerst, wenngleich etwas Neues, denn doch nur ein neues Wort. Freilich läßt sich mit bloßen Worten sehr viel ausrichten, namentlich in Ermangelung von klaren und präzisen Begriffen.

Denn eben, wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.
Mit Worten läßt sich trefflich streiten,
Mit Worten ein System bereiten.
An Worte läßt sich trefflich glauben;
Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben.

Will nun aber das Wort „Arbeiter-Recht" etwas mehr sein, als ein Wort, so ist es entweder eine alte Geschichte, oder eine große Albernheit.

Ein Arbeiter-Recht hat es gegeben, so lange die Welt steht, oder wenigstens seitdem unsere Urahnen Adam und Eva aus dem Paradiese verjagt worden sind. Wir finden den Menschen zunächst nur bei jener Beschäftigung, welche er nöthig hat, um in einer reichen und freigebigen Natur unter einer glücklichen Zone aus der Hand in den Mund zu leben. Sie erfordert so wenig Anstrengung und liefert so unbedeutende Ergebnisse, daß sie den Ehren-Namen der heutigen „Arbeit" kaum verdient.

Wo die Natur offene Tafel hält für die Menschen und für das geringste Maß der Arbeit die reichste Belohnung giebt, da wird der Lebensunterhalt für den Einzelnen mit solcher Leichtigkeit erworben, daß jeder treibende Sporn um so mehr wegfällt, als gleichzeitig auch in solchen Gegenden nach Maßgabe der klimatischen und sonstigen Vorbedingungen die Bevölkerung ein weit geringeres Maß an körperlichem Konsumtions-Bedarf und an Komsumtions-Kraft hat. Wenn der Mann mit nur dreißig Arbeitstagen im Jahr seinen und seiner Familie Bedarf reichlich bestreiten kann, so ist es kein Wunder, wenn er die übrige Zeit mit Müßiggang hinbringt.

Solche Zustände haben wir nicht nur in den alten Zeiten in Indien, sowie in den Flußthälern des Euphrat und Tigris gehabt. Wir haben sie noch heut zu Tage mitten in dem zivilisirten Europa. Der Lazzarone in Neapel bedarf keine Wohnung; er schläft in der Vorhalle eines Palastes, einer Kirche, oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes. Seine ganze Ausrüstung besteht aus einer rothen Zipfelmütze und einer gelben Schwimmhose. Zu diesen beiden Artikel kommt im Falle eines luxuriösen Lebenswandels noch hinzu: eine Tabakspfeife, jedoch nur eine solche von primitivster Beschaffenheit, wie sie etwa schon zur Zeit der Pfahlbauten bestanden haben mag und nur zufällig noch nicht von Herrn Professor Dr. Virchow

entdeckt worden ist; — nämlich bestehend in etwas Schilfrohr und einem Stücke gebrannten Thon. Seine Nahrung besteht in einer Kruste Brot, einigen Zwiebeln, oder einer Melone. Wenn er in der Woche höchstens einen Tag arbeitet, dann kann er alle diese Bedürfnisse reichlich bestreiten.

Man sollte nun glauben, ein Land, wo man ein solches Schlaraffenleben führen kann, muß sehr glücklich sein. Das Gegentheil ist die Wahrheit. Die erst weit später, lange nach der Bebauung jener paradiesischen Regionen, in Angriff genommenen Länder, welche rauh genug sind, um eine unausgesetzte Arbeit nothwendig zu machen, um doch zugleich wieder milde genug, daß durchschnittlich bei jeder Arbeit ein entsprechender Erfolg sicher gestellt ist, haben stets bei ihren kräftigen Bewohnern zu der von Natur vorhandenen Arbeitskraft die durch Bedürfnisse geweckte Arbeitslust hinzugesellt und eine vernünftige wirthschaftliche Organisation gefördert, welche ihrer Seits wieder eine solide Grundlage der bürgerlichen Ordnung und der politischen Freiheit bildete.

Jene Paradiese, jenes Schlaraffenleben, haben die gegentheilige Erscheinung aufzuweisen. In jenen von der Natur mit allen Reichthümern und Schönheiten begabten Ländern ist der Boden fast werthlos, so lange er noch nicht gesalbt ist mit dem heiligen Oele der menschlichen Arbeit. Das vermeintliche Füllhorn des Glücks verwandelt sich in die Wiege des Despotismus und das Grab der bürgerlichen Freiheit.

Und Alles Das geht mit ganz natürlichen Dingen zu, wie uns Henry Thomas Buckle in seiner Geschichte der Civilisation gezeigt hat. (Siehe Bd. I. Kap. 2).

Das erste Bedürfniß des Menschen ist die Nahrung. Ihr nächster Zweck ist Erhaltung der Wärme des menschlichen Körpers. Dieser Zweck wird erreicht dadurch, daß der Sauerstoff, den wir einathmen, in unserem Organismus sich verbindet mit dem Kohlenstoff, den wir in den Speisen zu uns nehmen. Diese Verbindung erzeugt die Wärme, welche unsern Körper erhält. Nach den Gesetzen der Natur verbinden sich Kohlenstoff und Sauerstoff nur unter bestimmten proportionellen Voraussetzungen. Es ist daher nöthig, daß die kohlenstoffhaltige Nahrung vermehrt oder vermindert wird im Verhältnisse zu dem sauerstoffhaltigen Quantum der Luft, die wir einathmen.

In einem kalten Klima nun ist aus zwei Gründen ein größeres Quantum kohlenstoffhaltiger Nahrung erforderlich. Erstens ist die Luft dichter, folglich nehmen die Menschen mit einem jeden Athemzuge hier eine größere Masse Sauerstoff ein, als in einem milderen Klima, wo die

Luft durch die Hitze verdünnt ist. Zweitens beschleunigt die Kälte das Athmen; der Nordländer athmet in derselben Zeit häufiger als der Südländer. Aus diesen beiden Gründen konsumirt er mehr Sauerstoff. Folglich muß auch der Verbrauch von Kohlenstoff zunehmen; denn sonst tritt nicht jenes Verhältniß ein, welches die Verbindung von Kohlen- und Sauerstoff bedingt; und ohne diese Verbindung ist es nicht möglich, den menschlichen Organismus im Gleichgewicht zu erhalten.

Aus diesen chemischen und physiologischen Naturgesetzen ergiebt sich, daß in einem kalten Lande mehr und in einem warmen weniger kohlenstoffhaltige Nahrung verbraucht werden muß. Diese Schlußfolgerung findet ihre Bestätigung in der Erfahrung. Der tropische Mensch ißt Früchte und Reis. Der Deutsche wird, auch wenn der Zollverein den Reis-Zoll abschafft, wie auf dem letzten volkswirthschaftlichen Kongresse die Herren von Behr und Dr. Wolf richtig ausgeführt haben, stickstoffhaltigen Nahrungsmitteln stets vor Reis den Vorzug geben. In den Polargegenden lebt man von Oel, Fischthran und Fett. Oele enthalten sehr wenig Sauerstoff, dagegen sechsfach so viel Kohlenstoff, als Früchte. Die gewöhnliche Pflanzennahrungs-Substanz, Stärke, besteht beinahe zur Hälfte aus Sauerstoff.

Nun ist aber kohlenstoffhaltige Nahrung schwerer zu bekommen, als sauerstoffhaltige. Die wilden und starken Thiere, welche uns Fleisch, Fett und Thran liefern, sind minder häufig und es ist schwerer und gefahrvoller, von ihnen Besitz zu ergreifen, als dies bei den Früchten des Bodens der Fall ist, deren Hauptbestandtheil Sauerstoff bidet. Die kohlenstoffhaltige Nahrung ist also theurer, und folglich müssen die Menschen, die ihrer bedürfen, weit mehr arbeiten; zugleich entwickelt sich aber auch bei ihnen ein kühner Sinn und ein unternehmender Charakter, ohne welchen es im Norden kaum möglich ist die Existenz zu fristen, während da, wo man mehr Sauerstoff bedarf, und wo die gütige Natur solche Nahrung von selbst und ohne Kampf gewährt, (— nach J. Malcolm, History of Persia, II. 380, haben in einigen Theilen von Persien Früchte fast gar keinen Werth —), die Bevölkerung in stumpfe Indolenz und Gleichgültigkeit versinkt. Dagegen zeigt sie hier eine weit stärkere Neigung zu raschem Wachsthum, als in kalten Gegenden, wo die Lebensmittel von Natur spärlicher sind. Das rasche Anwachsen der Bevölkerung in den warmen Zonen führt zu einem starken Angebot der Arbeit; und da die angebotene Arbeit zudem in Folge der herrschenden Trägheit sehr schlecht ist, so mußte der Arbeitslohn immer mehr sinken, während er in den kälteren Gegenden eine stets steigende Tendenz zeigt. Da, wo ein über-

schwänglicher Vorrath von Nahrungsmitteln das Wachsen der Bevölkerung ungemein begünstigt, sinkt die arbeitende Klasse immer tiefer in Armuth. Statt ihre Arbeit zu multipliziren, simplifizirt und reduzirt sie ihre Bedürfnisse so lange, bis sie schließlich zu einer Art von Arbeitseinstellung gelangt. Da aber die besitzende Klasse ebenso an Wohlstand gewachsen, wie jene gesunken, und der Zwischenraum zwischen beiden in Bezug auf geistige, körperliche und wirthschaftliche Kraft immer größer geworden ist, so gebraucht die herrschende Kaste ihr Uebergewicht, um sich zwangsweise diejenige Arbeit zu beschaffen, welche ihr freiwillig kaum mehr in hinreichender Weise geleistet wird; und da auch später die herrschende Kaste, welche nur noch auf der ungesunden Grundlage der Zwangsarbeit (der Sclaverei) ruht, im Wohlleben ausartet, so geräth auch sie unter die Knechtschaft eines Einzigen, etwa eines kriegerischen Häuptlings, der die Andern an geistiger und körperlicher Spannkraft und Härte, an Energie und Elastizität, überragt; (le premier des rois fut un heureux soldat, sagt Voltaire); und so vollzieht sich, ich möchte sagen: nach dem Darwinschen Gesetze, das für die Menschen eben so gut gilt, wie für die Thiere, der oben aufgestellte Satz: Der überschwingliche Reichthum der Natur wird zur Wiege des Despotismus und zum Grabe der Freiheit.

Die Sclaverei und der Sultanismus haben in Europa nie die Rolle gespielt, wie in Afrika nnd Asien; und was Europa anlangt, so haben sie im Norden nie so unheilvoll gehaust, wie im Süden.

In Amerika, wo die alten Pflanzstätten der Kultur ihren Sitz in den südlicheren heißen Regionen hatten, beginnt die Arbeit mit der Sclaverei und die Civilisation mit der Unterwerfung. Die nördlichen Staaten dagegen wußten sich von vornherein frei zu halten von dieser Kinderkrankheit der wirthschaftlichen Kultur. Die Südstaaten der Union wollten sie über die durch die natürliche Entwickelung gezogenen Grenzen hinaus konserviren. Sie gingen daran zu Grunde. Kinderkrankheiten sind für Erwachsene in der Regel gefährlich.

Kein Land in Asien ist, Dank germanischem Fleiße, so genau wissenschaftlich durchforscht, wie Hindostan. Es zeigt uns im Wesentlichen heute noch dieselben Zustände, wie vor dreitausend Jahren. In Befolgung jenes oben hervorgehobenen chemisch-physiologisch-ökonomischen Naturgesetzes lebt die Bevölkerung besonders von Reis, der eine außerordentliche Menge sauerstoffreicher Stärke enthält und dem Landwirthe einen wenigstens sechszigfachen Ertrag gewährt. Die hohe Temperatur schwächt dort die körperliche und geistige Kraft des Menschen und macht eine Nahrung

nothwendig, deren Ertrag auch bei geringer Arbeit reichlich ist. Die herrschenden Klassen in Hindostan sind enorm reich, die unteren sind in klägliche Armuth versunken. Nirgends findet sich eine größere Ungleichheit in der bürgerlichen, politischen und sozialen Stellung der verschiedenen Klassen der Gesellschaft. Die ungeheure Mehrzahl des Volks lebt unter dem Drucke der härtesten Armuth von der Hand in den Mund; sie ist seit Jahrtausenden in einem stets gleichen Zustande der Dummheit und der Niederträchtigkeit geblieben. Durch unausgesetztes Unglück niedergebeugt und gebrochen, vor seinen Oberherren in den verächtlichsten Unterwürfigkeit kriechend, ist das Volk nur geschaffen, um selbst Sclave zu sein, oder um in den Krieg geführt zu werden und Andere zu Sclaven zu machen.

Lassen Sie uns den Blick von diesem traurigen Bilde abwenden, welches uns zeigt, daß eine despotische Uebermacht des Herrschenden wahrlich nicht geeignet ist, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern; lassen Sie uns die Lage der Arbeiter in den gemäßigten Klimaten in das Auge fassen. Dort walten ganz andere Verhältnisse ob. Die Arbeiter haben der Staatsgewalt und der Gesetzgebung wenig, und beinahe Alles ihrem eigenen Verdienst und der Gunst der natürlichen Verhältnisse zu verdanken. Und worin besteht diese Gunst? Sie besteht einfach darin, daß das kältere Klima dem Arbeiter in Betreff der Wohnung, Nahrung und Kleidung härtere Bedingungen und größere Bedürfnisse auferlegt, und daß er, um diese Bedürfnisse zu befriedigen, um so energischere Anstrengungen machen muß, je karger die Natur in diesen Zonen mit ihren Schätzen ist. Diese scheinbar grausame Nothwendigkeit vermehrter Anstrengung war für uns die größte Wohlthat. Sie hat unseren Geist geschärft und unseren Willen gekräftigt. So ist es bei uns gekommen, daß die arbeitende Bevölkerung in verhältnißmäßig kurzer Zeit die Sclaverei mit der Hörigkeit und die Hörigkeit mit der Freiheit vertauscht hat. Sobald die germanischen Völkerschaften aus dem Zustande des permanenten Krieges, welcher die Sclaverei der Besiegten zum Begleiter hat, zu geordneten und dauernden Zuständen übergingen, machten sie die Besiegten nicht mehr zu Sclaven, sondern nur zu Tributpflichtigen oder zu Hörigen. Ja, sie gestatteten ihnen sogar nach ihrem eigenen, romanischen oder keltischen, oder sonstigen nicht-germanischen Rechte zu leben.

Die Hörigkeit dauerte so lange, als die Gebundenheit der Zustände, auf welchen sie beruhete; als mit steigender Kultur die geistige, sittliche

und wirthschaftliche Bildung der Arbeiter stieg, verbesserte sich auch ihre rechtliche Stellung, welche Herr Dühring mit dem schielenden und doctrinären Worte „Arbeiter-Recht" bezeichnet. Je mehr die Arbeiter sich durch eigene Bildung und Vervollkommnung in den Stand setzten, ihre sozialen Pflichten zu erfüllen, desto schneller vermehrten sich auch ihre sozialen Rechte.

An die Stelle der Naturalwirthschaft trat die Geldwirthschaft. An die Stelle der wirthschaftlichen Gebundenheit trat die wirthschaftliche Freiheit. Das Lehen und die Erbleihe mußten dem Eigenthum und der Zeitpacht weichen, die Natural-Pachtsumme der Geld-Pachtsumme. Hofrecht und Hörigkeit machten dem Dorfrechte und der Personalfreiheit Platz. Die Regalien, welche den priviligirten Staat in eine feindselige und übermächtige Konkurrenz setzten gegen die Arbeit der Bürger, wurden abgeschafft oder beschränkt; die Uebertragung der Ausübung der Regalien an Private hörte auf. Die Privilegien, Monopole, Bann- und Zunftrechte mußten immer mehr dem guten Recht der freien Arbeit weichen.

Allerdings gab die Freiheit dem Arbeiter in demselben Maße auch die Selbstverantwortlichkeit. In dem nämlichen Grade, in welchem sie ihn emanizipirte von dem Zustande der Gebundenheit, beraubte sie ihn jener Stützen, welche er an dem Erb- und Grundherrn, an der Gutsherrschaft, an der Zunft und der Korporation hatte oder zu haben glaubte. Aber diese Stützen waren ohnedies schon morsch und würden, auch wenn man sie nicht beseitigt hätte, unter der Wucht der modernen Entwickelung zusammengebrochen sein. Dies zeigen uns deutlich die geringen Reste von den Niederschlägen des sinkenden Mittelalters, welche wir im neunzehnten Jahrhundert noch vorfinden.

Was nützte den gewerblichen Lohnarbeiter in Hannover die Zunft? Welchen Vortheil gewähren in Mecklenburg die Privilegien, Rechte und Pflichten der Ritterschaft dem landwirthschaftlichen Lohnarbeiter? Der Zunftmeister und der Erbherr ist nicht mehr das naive Geschöpf von ehedem. Die fortschreitende Entwickelung der Natural- zur Geldwirthschaft hat ihn industriell gemacht, industriell machen müssen. Ja, er ist noch raffinirter, als jeder andere Industrielle, weil er seine moderne schneidige Natur hinter dem täuschenden Anschein der biderben Konservirung treuherzig patriarchalischer Zucht verbirgt und letztere als Mittel zur Erreichung der Zwecke und Intentionen der ersteren gebraucht und mißbraucht.

Wären aber auch jene Stützen zu erhalten gewesen, so waren sie für den Arbeiter völlig werthlos, ja gemeinschädlich, nachdem sich der

Umschwung und der Uebergang von der Gebundenheit zur Freiheit, von der Isolirung zum Zusammenhange auf allen anderen Gebieten bereits vollzogen hatte, in der Art, wie ich es am Schlusse meines vierten Briefes zu schildern versuchte. Da kann nur noch die Freiheit dem Arbeiter nützen. Wenn Alles übrige frei, und er allein gebunden ist, gebunden durch die alte Zunft oder durch die moderne vom Staat beherrschte und geregelte Dühring'sche Koalition, oder durch was sonst, dann muß er zu Grunde gehen. Sowohl unter zünftiger als unter Dühring'scher Beschränkung wäre es z. B. gradezu unmöglich, daß ein Borsig sich vom einfachen Arbeiter zum Industriellen erster Größe emporschwingt.

Wer sich je mit kulturhistorischen Studien befaßt hat, muß wissen, wie unendlich sich die Stellung des gewerblichen Lohnarbeiters in sozialer und politischer Beziehung im Laufe des letzten Jahrtausends gehoben und daß hierzu die Staatsgewalt am allerwenigsten beigetragen hat. Letztere ist Egoist und muß es sein, um den Staat zu konserviren inmitten der anderen Staaten, welche nicht minder egoistisch sind und zuweilen von unruhigen Köpfen regiert werden, welche mehr der Leidenschaft als der Vernunft folgen und mehr ihren eigenen kriegerischen Gelüsten, als den politischen, sozialen und wirthschaftlichen Bedürfnissen und Wünschen der Beherrschten Gehör schenken. Der egoistische Staat also denkt zunächst an diejenigen Klassen, welche er direkt für seine eigenen speziellen Zwecke in Anspruch nimmt, oder wenn es nöthig ist, auch für dieselben opfert.

Ich will Ihnen dies an zwei berühmten Namen klar machen, — an Friedrich dem Großen und Schulze-Delitzsch.

„Wie in aller Welt kommen denn die Zwei zusammen?" werden Sie fragen. Ich erwidere: Nichts einfacher als dies; beide sind Erfinder von Kredit-Genossenschaften welthistorischer Bedeutung; Friedrich der Große für den ritterschaftlichen Grundbesitz, Schulze-Delitzsch für den kleinbürgerlichen Gewerbe-Betrieb. (Ich benutze in Parenthese die Gelegenheit, hierdurch Herrn Dr. Dühring, welcher die Kreditgenossenschaften für staatsfeindlich hält und — wie wir im dritten und vierten Briefe gesehen haben — denselben gerne an den Kragen möchte, den wirklichen und wahren Urheber derselben, dessen vor mehr als hundert Jahren für den Grundbesitz aufgestelltes Prinzip Schulze-Delitzsch nur auf den Gewerbebetrieb angewandt hat zu denunziren: nämlich Friedrich den Großen; mit demselben Rechte, wie Schulze-Delitzsch, muß man, wofür man freilich

nicht leicht Gläubige finden wird, auch den großen König für staatsgefährlich erklären.) Der König dachte an seine Ritterschaft; denn sie lieferte die Offiziere; und die Offiziere führten die Armee, durch welche er ganz Europa trotzte und den Grundstein legte zu Preußens Macht sowohl als zu Deutschlands Einheit. Der Bürger dachte an die Soldaten des Friedens, deren schwielige Hände das mächtige Fundament gelegt haben, worauf Staat und Gesellschaft beruhen.

So soll nur immer Jeder an seinem Platze das Richtige thun; dann gedeiht auch das Ganze. Möge die Gesellschaft die Wohlfahrt, der Staat das Recht und die Macht pflegen.

An dieser Stelle erinnere ich mich unwillkührlich daran, wie Sie mir kürzlich Ihre Verwunderung darüber zu erkennen gaben, daß Sie mich nie anders, als mit Achtung und Ergebenheit von dem Staat reden hörten. „Sie sind ja doch", so sagten Sie, „auch Einer von jenen Manchester-Männern, von welchen ich in konservativen sowohl als in radikalen Blättern gelesen habe, sie negirten den Staat und wollten ihn abschlachten zu Gunsten der wirthschaftlichen Gesellschaft."

Gestatten Sie mir ein Paar Worte der Aufklärung über diesen an sich klaren aber verworren gemachten Gegenstand. Die deutschen Publizisten haben unter verschiedenen anderen Unarten auch die unberechtigte Eigenthümlichkeit, daß sie Parteibezeichnungen und sogenannte Spitznamen aus Frankreich und England entlehnen und auf deutsche Verhältnisse übertragen, für welche sie nicht gemacht sind und auf welche sie nicht passen. So gefällt sich z. B. der Abgeordnete Wagener-Neustettin, früher Redakteur der Kreuzzeitung und jetzt Herausgeber der Dühring-schen Denkschrift, darin, meine Freunde und mich als Manchester-Partei zu bezeichnen, obwohl er sehr gut weiß, daß wir in unseren Ansichten über das Wesen und den Beruf des Staats durchaus nicht übereinstimmen mit der Partei, welche in England den Namen führt, den man uns aufhängen will. Ich will diese meine Ansichten hier nicht näher auseinandersetzen. Ich habe schon einige Mal versucht, dieselben öffentlich zu begründen, so namentlich in einer im XIV. Bande der von Faucher und Michaelis herausgegebenen Vierteljahrschrift publizirten Abhandlung über „Staats- und Gemeinde-Steuern im Zusammenhange mit Staats-, Heeres-, Kommunal- und Agrar-Verfassung" und in einer im Oktober 1868 veröffentlichten kleinen Streitschrift wider den Partikularismus, betitelt „Frankfurts Schmerzens-Schrei und Verwandtes", (Fünftes Kapitel „Centripetal- und Centrifugal-Kraft"). Ich verlange allerdings eine richtige Grenzregulirung zwischen dem Staate und der Gesellschaft, sowie

zwischen der Centralgewalt, einerseits, und Territorium, Provinz, Kreis und Kommune, andererseits; aber ich will ebenso wenig, daß in Zukunft die Gesellschaft den Staat abschafft, wie ich es billige, daß bisher der Staat die Gesellschaft absorbirt und die Lokal-Verbände, namentlich diejenigen, welche ausschließlich oder vorzugsweise wirthschaftliche Zwecke verfolgen, ihrer Selbstständigkeit beraubt hat. Ist diese Grenzregulirung erfolgt, dann ist der Friede hergestellt, und der Staat wird, auf das wirkliche Bereich seiner eigentlichen Wirksamkeit zurückgeführt, intensiv an Kraft nur gewinnen; er wird alle jene Kraft, welche er jetzt an allerlei Bevormundungen und Unternehmungen, an Stadtverordneten- und Realschuldirektoren-Bestätigungen, an Katechismus- Gesangbuchs- und Schulregulative-Angelegenheiten, sowie an sonstige Versuche, den Menschen ein vermeintliches Glück und Wohlthaten, wonach sie gar nicht verlangen, von oben herunter zu oktroyiren, verschwendet, an höhere Aufgaben wenden können und, neben der Zeit, sich Aerger ersparen und seines guten Rufes leichter und bequemer warten.

Wie das Alles nach der Ansicht unserer Gegner mit der alten Manchester-Schule von England, welche dort nie Veranlassung hatte, solche spezielle Fragen zu diskutiren, zusammenhängen soll, ist mir bis jetzt nicht klar geworden. Will man unsere Auffassung an einen Namen knüpfen, so ist es kein geringerer, als der Wilhelm's von Humboldt, welcher ihr zuerst Bahn gebrochen hat in seinen „Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen", einer Schrift, die er 1792 auf Veranlassung des Freiherrn von Dalberg, damals Erzbischof-Koadjutor von Mainz, später Fürst-Primas und Großherzog von Frankfurt a. M., schrieb in der wohlmeinenden Absicht diesen Mann, bei dem es freilich nichts half, von seiner Viel-Regiererei-Manie (furor bureaucraticus gubernandi) zu kuriren.

Allerdings bin auch ich der Meinung, daß wenn man der Regierung zumuthet, daß sie außer ihren eigenen Geschäften auch noch die aller anderer Leute führen soll, sie entweder jene, oder diese, oder alle beide schlecht führt; — und daß, wenn man das Staatsgerüste, das ohnehin schon schwer genug zu tragen hat, auch noch mit dem Selbstbetrieb des Handels und der Industrie in Regie und mit der Beschaffung der Geldmittel für die Kreditbedürfnisse Aller, insbesondere der Grundeigenthümer, also schließlich auch noch mit dem Betriebe der Landwirthschaft, beladen will (wie dies unsere doctrinären Staats-Kommunisten verlangen), es diese Lasten alle zusammen zu tragen nicht im Stande sein,

sondern eines Tages krachend zusammenstürzen wird, um Millionen zu zerschmettern, oder unter seinen Trümmern seines Daches zu begraben, unter welchem dieselben Schutz, Recht und Sicherheit gesucht hatten.

Sie glauben vielleicht, ich schweife von meinem Gegenstande ab. Ich will für heute diesen Vorwurf auf mir sitzen lassen, aber nur um in meinem nächsten Briefe mich desto gründlicher von demselben zu reinigen.



Achter Brief.

Dr. Dühring's „Arbeiter-Recht". Der Lohnarbeiter in der Landwirthschaft hat es schlechter als der Lohnarbeiter in der Fabrik, folglich wäre die „Denkschrift" auf den Großgrundbesitz noch anwendbarer, als auf die Großindustrie. Brandstifterische Gelüste und leges barbarorum. Fortschritt der Wirthschafts-Entwickelung von der Gebundenheit zur Verbundenheit, von der Isolirung zur Einheit, von der Sclaverei zur Freiheit. Professor Glaser und Dr. Michaelis. Allmählige Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Der Bauer und der Fabrikarbeiter. Russische und deutsche Kultur. Die Gesetze des Staats und die Gesetze der Natur.

Motto:

„Man kann mit kleinen Mitteln Großes leisten; aber nur durch eigene Anstrengung und Opfer."
A. T. Wislicenus.

Kommen wir also noch einmal zurück auf das „Arbeiter-Recht", welches Herr Dr. Dühring in der Gesetzgebung und in der Wissenschaft neben dem Staatsrecht, dem Kriminalrecht, dem Civilrecht als ein neues Recht aufpflanzen will. Damit, daß formell in den Gesetzbüchern ein neuer Titel und in den Kompendien ein neues Kapitel steht, ist natürlich keinem Menschen geholfen, und namentlich auch nicht den Arbeitern. Eben so gut, wie für Fabrikarbeiter, könnte man dann doch auch für landwirthschaftliche Lohnarbeiter ein besonderes Kapitel reklamiren. Denn sie beziehen kaum die Hälfte des Lohnes, wie jene, und sind überhaupt in jeder Beziehung übeler daran. Warum sie Herr Dr. Dühring so ganz mit Stillschweigen übergeht, ist schwer zu begreifen. Denn wenn der Grundbesitz etwa einmal die Absicht haben sollte, dem Gewerbebetrieb die Fabrikarbeiter auf den Hals zu hetzen, um ihn politisch zu paralysiren oder zu balanziren, sollte denn nicht etwa die Industrie in gleich wohlwollender Absicht auch einmal dem Grundbesitzer das ländliche Proletariat in ähnlicher Weise zurecht machen können? Das Letztere hat doch weit geringere Schwierigkeiten, als das Erstere; und das Objekt der Theilung ist hier weit greifbarer. Die Industrie könnte sagen: „Bei uns bekommt der Arbeiter 10 bis 25 Sgr. pro Tag, bei Jenen aber nur 3 bis 7½;

Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener Sünder Einer" u. s. w. Sie könnte sagen: „Ihr ländlichen Arbeiter habt durch Euren Schweiß die Aecker Eurer Herren gedüngt; Ihr habt sie erst zu Dem gemacht, was sie sind; ergo" u. s. w. Sie könnte die durch Konservative publizirte und empfohlene Denkschrift einfach aus dem Industriellen in das Landwirthschaftliche übersetzen.

Aber es müßte doch sehr sonderbar zugehen, wenn jemals der wirkliche, ernsthafte und große Grundbesitz auf solche selbstmörderische und brandstifterische Gedanken gerathen sollte; namentlich in Preußen, wo er ja so untrennbar mit der Industrie verwachsen ist, wo er Zucker- und Sprit-Fabriken, Ziegeleien und Brennereien, Brauereien und eine Menge verwandter Industrie-Zweige, — von Bergbau und Hütten-Betrieb gar nicht zu reden — in ausgedehntestem Umfang selbst betreibt. Soll man denn von dem Grundbesitzer präsumiren, daß er mit einer in der Entwickelung gestörten Jungfrau das Gelüste theile, auf das eigene Dach den rothen Hahn zu setzen?

Also Herr Dr. Dühring sollte, wenn er sich präzis und korrekt ausdrücken wollte, nur von einem „Fabrik-Arbeiter-Recht" sprechen; die nothwendige Konsequenz, wenn man auf diese neue Doktrin eintritt, wäre aber, daß man neben jenes erste Kapitel ein zweites, betitelt: „Landwirthschafts-Arbeiter-Recht" setzen müßte, welches dieselben Grundsätze auch auf diesen Produktionszweig analog anwendete, natürlich hier mit gleicher Bosheit gegen das Grundkapital, wie dort gegen das Geldkapital.

Daraus aber würde dann mit Nothwendigkeit weiter folgen, daß auch eine jede andere Gesellschafts-Schichte und jede andere Berufsart mit demselben Rechte, wie die Fabrikarbeiter, verlangen kann, daß auch für sie ein besonderes „Recht" und namentlich ein besonderes „Arbeiter-Recht" geschaffen werde. Hinter allen diesen Spezialrechten aber würde das allgemeine bürgerliche Recht völlig verschwinden. Man würde vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. An die Stelle des Bürgers und des Menschen würden lauter einzelne chinesisch-japanesische Kasten treten, die einen organisirten Krieg gegen einander führen. Wie zur Zeit der Leges barbarorum würde Jeder nach seinem aparten Rechte für sich leben; und das einzige gemeinsame Recht für alle durch jene Sonderrechte von einander abgepferchten Klassen der Bevölkerung eines und desselben Landes, wäre nur die Gewalt, und zwar nach Dühring die absolute Gewalt eines unverantwortlichen Herrschers über Person und Eigenthum.

Eine solche Gestaltung der öffentlichen Zustände, abgesehen davon, daß sie Angesichts der Kultur des neunzehnten Jahrhunderts auf die Dauer absolut unmöglich ist, wäre geradezu eine Rückkehr zur Barbarei, eine affen-avitische Rückbildung nach Karl Vogt. Ich glaube daher nicht zuviel gesagt zu haben, wenn ich in meinem vorigen Briefe bemerkte, Dühring's „Arbeiter-Recht" sei, wenn es etwas Neues bedeuten solle, eine große Albernheit, und wenn es auf etwas Vernünftiges abziele, nichts Neues.

Denn ein „Arbeiter-Recht" in vernünftigem Sinne hat es ja von jeher gegeben, und es wird auch in aller Zukunft existiren. Ich habe in dem vorigen Briefe einen kurzen Ueberblick über dessen historische Entwickelung, im Zusammenhang mit dem übrigen Rechts- und Kulturleben, gegeben, welche auch auf diesem Gebiete den Satz, daß das Loos des Menschen ursprünglich ein vollkommenes und glückseliges gewesen sei und sich im Laufe der Zeiten immer mehr verschlechtert habe, widerlegt und uns auch für die Kultur- und Wirthschaftsgeschichte „die sehr thatsächliche, sehr harte und mühselige Arbeit des Menschengeschlechts an seiner zwar unendlich langsamen, aber ununterbrochenen stetigen Vervollkommnung" als den rothen Faden aufweist, der sich durch Alles hindurchzieht.

Allerdings ist das Gesetz nicht immer und nicht aller Orts gleich deutlich erkennbar. Die Entwickelung verläuft, so weit sie für das menschliche Auge ersichtlich ist, nicht in einer direkten graden Linie, sondern manchmal wellenförmig sich hebend und senkend, manchmal spiralförmig und scheinbar dem Punkte, zu welchem sie aufstrebt, mit zentrifugalen Windungen ausweichend. Sie scheint sogar zuweilen zu stocken und öfters auch rückgängige Bewegungen zu machen. Aber sobald wir sie durch eine lange Periode hindurch verfolgen, finden wir, jene scheinbaren Abweichungen sind nur optische Täuschungen; wo die Entwickelung stockte, da hat sie sich vertieft; wo sie zurückwich, hat sie Kräfte zu einem neuen Anlaufe gesammelt; wo sie serpentin- oder spiralförmige oder wellenartige Linien wählte, suchte sie allmählig eine Steigung zu überwinden.

Aber niemals hat sie, gleich einem verirrten Wanderer, der im Nebel in eine seinem Ziele entgegengesetzte Richtung gerieth, plötzlich Halt und Umkehr gemacht, um nun von da an in Zukunft von Dem, was sie bisher verfolgte, in Allem das direkte Gegentheil zu thun.

Diese Entwickelung fordert stets Reformen. So lange wie Menschen sind, werden stets Mängel bleiben. Und je mehr wir reformiren, desto mehr werden unsere Aufgaben und Arbeiten wachsen. Denn jede

Reform deckt von Neuem Mißstände auf demselben und auf verwandten Gebieten auf. Diese Mißstände wurden bisher aus Indolenz als gewohnte und selbstverständliche Dinge zusammen mit den Andern getragen. Erst in Folge jener Reform werden sie empfunden, in Frage gestellt und selber beseitigt.

In diesem Sinne, aber auch nur in diesem, ist es richtig, daß jede Reform ein recht gründliches Mißbehagen in dem Kreise der Interessenten zur Folge hat. Aber sollen wir deshalb aufhören zu reformiren, sollen wir uns deshalb zu jener Weltanschauung des Egoismus und Quietismus bekehren, welche vor mehr als zweitausend-vierhundert Jahren Buddha und dieser Tage wieder Arthur Schoppenhauer gepredigt hat, und wonach die Weltgeschichte ein Schwindel und eine Prellerei, oder wenigstens ein Wirrwarr, ein Unsinn, ein Unglück ist, und der Einzelne nichts Besseres thun kann, als sich im Vertrauen auf die Gewalt des Herrschers auf sich selbst zurückziehen.

Ich erinnere mich immer mit großem Vergnügen der geistreichen Art, mit welcher der Abg. Dr. Otto Michaelis (jetzt Rath im Bundes-Kanzler-Amt) im preußischen Abgeordneten-Hause den Professer Dr. Glaser, jetzt in Marburg, abfertigte, der auch zu den Akolythen des pseudo-konservativen Sozialismus gehört und damals behauptet hatte, es werde in der Welt immer schlechter, weil die Bevölkerung weit schneller wachse, als das Kapital, und der Staat müsse deshalb den Kapital-Bedürftigen helfen.

„Wenn Sie Recht hätten," entgegnete ihm lächelnd Dr. Michaelis, „so würden Adam und Eva zu jener Zeit, als sie ausschließlich auf ihre beiderseitigen Feigenblätter angewiesen waren, ohne Zweifel im Besitze des größten Kapitals gewesen sein. Wüchse die Bevölkerung wirklich rascher, als das Kapital, dann müßten die Arbeiter von Jahrhundert zu Jahrhundert und von Jahr zu Jahr schlechter leben und weniger ihre Bedürfnisse befriedigen können. Dann müßte von Jahr zu Jahr die Anwendung von Maschinen und Erfindungen, der konzentrirte und intensive Gewerbebetrieb, minder möglich werden. Die Geschichte beweist aber das Gegentheil."

Ich verweise in dieser Beziehung auf den in dem „Jahrbuch für Volkswirthschaft", von Dr. Wolfgang Erns, erster Jahrgang (1868), publizirten trefflichen Aufsatz von A. T. Wislicenus, betitelt: „Der Arbeiter — sonst — jetzt — und einst", dem ich das Motto zu diesem Briefe entlehnt habe.

Ich verweise ferner auf eine Parallele zwischen dem heutigen Loose

des Fabrikarbeiters und dem des Bauern, und zwischen ihren Schicksalen im Laufe der letzten Jahrhunderte.

Auch die Lage der Bauern hat sich in den letzten drei Jahrhunderten in Deutschland aus dem tiefsten Verfall zu einem erfreulichen Wohlergehen emporgearbeitet. Als die Bauern vor 343 Jahren ihre „Zwölf Artikel"*) aufstellten, in welchen sie weder „Staatshülfe" mittelst „lumpiger hundert Million Thälerchen", noch Abhülfe ihrer „Kreditnoth" durch den Staat, noch sonst etwas Kommunistisches oder Sozialistisches, sondern nur wirthschaftliche und bürgerliche Freiheit begehrten, wurden sie von den privilegirten Ständen, namentlich von dem weltlichen und geistlichen Kleinfürstenthum, traktirt, wie tolle Hunde, die man mit dem Knüppel todtschlägt. Sie wurden enthauptet, gerädert, gepfählt, lebendig begraben. Die Ueberlebenden verloren auch noch den geringen Schatten menschlicher Existenz und bürgerlicher Rechte, welche sie früher besessen hatten. Selbst ein Martin Luther schrieb bluttriefende Streitschriften wider sie. Ein damals regierender deutscher Bischof hat mit allerhöchsteigenen landesväterlichen Händen einige hundert seiner aufständigen Bauern selbst geköpft; und ein anderer frommer Großwürdenträger des „heiligen römischen Reichs teutscher Nation" rühmte sich dessen, daß für ihn, für den hochwürdigsten Herrn, „das Todthetzen flüchtiger blutender Bauern ein kostbar Vergnügen sei, gleich der Sau-Jagd und andern nobeln Passionen."

Die wirthschaftlichen Forderungen der zwölf Bauern-Artikel von 1525 waren vernünftig. Die Artikel und die ursprüngliche Bewegung für dieselben beabsichtigten nicht, mittelst kulturfeindlicher Gewaltthaten die soziale Ordnung auf den Kopf zu stellen, sondern die begonnene Entwickelung in etwas rascherem Tempo weiter zu fördern. Jene vernünftigen Forderungen, heute — nach kaum vierthalb Jahrhunderten — sind sie bis zum letzten Buchstaben erfüllt, — Dank der französischen Revolution, die den Anstoß gegeben, und meinem verehrten speziellen Landsmanne, dem großen Freiherrn Karl vom Stein, dem fränkischen Regenerator Preußens, der das Werk zu Ende geführt hat. Hätte man das jenen hochwürdigsten geistlichen Herrn, die in ihren Mußestunden den nobeln Passionen des Scharfrichtens und der Bauern-Hetze oblagen, vorausgesagt, sie würden das für die grauenhafteste „Anarchie" erklärt haben, die nothwendig das Ende aller Dinge im Gefolge haben werde.

*) Die neuesten und gründlichsten Forschungen über deren Urheber oder Redakteur enthält die Schrift: „Ueber die zwölf Artikel der Bauern" und einige andere Aktenstücke aus der Bewegung von 1525, von Dr. Alfred Stern (Leipzig 1869, Verlag von Dr. Salomon Hirzel).

Jedenfalls hätten sie behauptet, daß sei eine Empörung gegen die Gottheit, Thron und Alter sei in Gefahr. Nun, alle jene Forderungen sind heute erfüllt; und trotzdem steht der nationale Thron in Deutschland fester, als jemals, wenn auch die Fluthen der Weltgeschichte die kultur- und volksfeindlichen Throne jener blutigen Bischöfe hinweggeschwemmt haben, und inzwischen wohl auch noch manches andere Thrönlein klanglos zum Orcus hinabging, nur von bezahlten Klage-Weibern betrauert.

„Aber warum unterlagen denn die Bauern 1525? Warum ist es erst heute ihren Enkeln gegönnt, sich dessen zu freuen, was ihre Ahnen vor vierthalb Jahrhunderten begehrt, und wofür man sie damals geköpft, gerädert und gepfählt hat?"

Zur Beantwortung dieser Frage will ich nur auf drei Umstände hinweisen:

Erstens vertrauten die Bauern die Vertheidigung ihrer wirthschaftlichen Interessen dritten Personen — Gelehrten und Halbgelehrten, Doktoren, Pfaffen, Schulmeistern und sonstigen Schreibern — an, welchen allerlei theologische und politische Ziele weit mehr am Herzen lagen, als die wirthschaftliche Emanzipation der Bauern und welche nur deshalb sich der gährenden Massen bemächtigten, um sie als Mittel für jene Zwecke zu gebrauchen. So pflegte und hegte man denn damals den Hang zu jenen, die Thatkraft lähmenden dogmatischen Schrullen, welchen leider noch immer der mehr nach Innen, als nach Außen gewandte grübelnde Deutsche mit bedauerlich trübsinnig-tiefsinniger Leidenschaft nachhängt. Man reizte jene unglückselige Neigung zum „Streit um des Kaisers Bart", von unseren westlichen Nachbarn „Querelles Allemandes" genannt, d. h. zu nachhaltendem, immer giftiger und bitterer werdendem Streiten über Kleinigkeiten und Nebendingen, worüber die Hauptsache vergessen zu werden pflegt. Man kultivirte vor Allem jenen mißgünstigen, kleinlichen, knissigen pseudo-demokratischen Krähwinkeler Neid, der auch heute noch den sonst so vortrefflichen deutschen Nationalcharakter verunziert; — jenen Neid, welcher denkt: „Weil es meinen Nachbarn gut geht, geht es mir schlecht", während er denken sollte: „Wenn es meinen Nachbarn gut geht, geht es auch mir gut", und der einen Jeden, der eine andere Frisur hat, einen anderen Rock trägt, oder einen anderen Dialekt redet, bloß deshalb schon bis auf das Blut haßt, als wär er sein bitterster Todtfeind; — jenen Neid, von dem die Fabel erzählt, daß ihm von einem Zauberer die Erfüllung eines Wunsches gewährt war, mit der Maßgabe, daß stets des Wünschenden Nachbar das Doppelte von dem erhalte, was er selber sich wünsche, und daß darauf der Neid, weil er lieber sich selbst etwas

Schlimmes auferlegte, als daß er seinem Nachbarn etwas Gutes gönnte, ausrief: Großer Zauberer, mache mich auf einem Auge blind, damit mein Nachbar es auf beiden werde.

Aus diesem ersten Fehler ergab sich der zweite. Damals, im sechzehnten Jahrhundert, blühete die geistige und wirthschaftliche Kultur im deutschen Reiche; der dritte Stand hatte sich mächtig emporgehoben; die Geister waren in hoffnungsreicher Gährung. Die Städte und die Ritterschaft hatten mit den Bauern verwandte Interessen. Auch sie litten unter dem Drucke des geistlichen und weltlichen Kleinfürstenthums. Auch sie wünschten „zur Bändigung dieser kultur- und volksfeindlichen centrifugalen Gewalten einen volksthümlichen gewaltigen Herrn und Kaiser, — freilich einen andern, als jenen spanisch-habsburgisch-byzantinischen, der so eben erst in Spanien alle kommunalen und politischen Freiheiten und Rechte, welche bis dahin dort noch existirten, dem Moloch des fanatischsten Absolutismus zum Opfer geschlachtet hatte. Die Bauern aber, statt ihre Aufgabe in harmonischer Zusammenfassung aller verwandten Interessen und ihre Stärke in deren Vereinigung zu suchen, verschmähten den Beistand, welcher sich ihnen in den Städten und einem Theil der Ritterschaft bot, ähnlich wie auch heut zu Tage ein Theil der Arbeiter, sagten sie: „Ihr seid der dritte Stand, wir sind der vierte; der dritte und der vierte Stand sind Gegensätze und folglich Feinde; lieber, als daß wir an Eurer Seite fechten, unterwerfen wir uns wieder der Knechtschaft des ersten und des zweiten Standes, der weltlichen und geistlichen Kleinfürsten; in den Städten haust das Menschen fressende Geldkapital, es ist der Feind des Grundkapitals; Bürger und Bauer können nicht Hand in Hand gehn, — deshalb Krieg den Städten — Krieg bis zum Messer!"

Die Bauern, irregeleitet von Führern, die fremde Zwecke verfolgten, hatten vergessen, daß der Stand unterliegt und unterliegen muß, welcher sich in einen feindseligen Gegensatz zu allen übrigen Ständen setzt und dadurch eine Koalition gegen sich heraufbeschwört, welcher er allein nicht gewachsen ist. Denn alle übrigen Stände widerstreben der Alleinherrschaft des Einen, und kein einzelner Stand ist stark genug, die Diktatur auf die Dauer zu führen. Die Bauern hatten nicht bedacht, daß die verschiedenen aufstrebenden Interessen der Gegenwart unter sich, mitten unter den wirklichen oder auch nur scheinbaren Differenzen, den harmonischen Punkt suchen müssen, in welchem sie übereinstimmen, und daß es nur einer, um diesen Mittelpunkt gruppirten Gemeinschaft gelingen kann, sich das Recht der Existenz zu erringen gegenüber den Mächten der Ueber-

lieferung und der Vergangenheit, welche den Zauber der Autorität, die Macht der Gewohnheit und die Weihe des Herkommens zur Seite haben.

Die Gährung des neunzehnten Jahrhunderts hat viel Aehnlichkeit mit der des sechzehnten.

Es würde mich zu weit abführen, wenn ich diese Parallele bis in die Details weiter verfolgen wollte. Vereinigen wir uns in der hoffnungsvollen Ueberzeugung, daß die Deutschen, die doch wahrlich in jenen viertehalb Jahrhunderten etwas Tüchtiges gelernt haben, nicht wieder so thöricht sind, eine gesunde Gährung in eine krankhafte Essiggährung überzuleiten und wie damals muthwillig einen Krieg Aller gegen Alle zu beginnen, welcher den Wohlstand, die Freiheit und die Bildung vernichtet und das aus tausend Wunden blutende Vaterland zum Tummelplatz und zum Kampfpreis der Fremdlinge macht. Kehren wir zu unsern Bauern zurück:

Der dritte Grund, warum sie unterlagen, war ihr übereilter Appell an die Gewalt. Statt, wie Wislicenus den Arbeitern des neunzehnten Jahrhunderts räth, mit ununterbrochener zäher und harter Arbeit allmählich vorzurücken und mit kleinen Mitteln Großes zu erreichen, griffen sie zum Schwert und setzten Alles auf eine Karte. Nicht ohne eigenes Verschulden, das ich in Obigem nachwies, verloren sie das Spiel und ihre Freiheit; und dieser Niederlage folgten später die Drangsale des dreißigjährigen Krieges, in welchen sie Unsägliches litten.

Erst ihr eigenes unablässiges Ringen während zweier Jahrhunderte, unterstützt zuerst durch die Aufklärung und den wohlmeinenden Absolutismus des achtzehnten Jahrhunderts, auf welches so Manche von uns mit einem albernen Hochmuth zurückblicken, während wir doch seinem viel geschmähten „Aufkläricht" so unendlich Vieles verdanken, — und später unterstützt durch die Wiederbelebung des nationalen Geistes, durch die Impulse von 1813, von 1848 und von 1866, hat ihnen in fast allen deutschen Territorien zu den Rechten verholfen, für deren Erringung sie 1525 mit so traurigem Erfolge zum Schwerte gegriffen.

Hätten sie damals auch gesiegt, dem Siege wäre ein Rückschlag gefolgt, so gut wie 1849 der nationalen Erhebung, welche ja auch im ersten Anlauf siegreich war. Denn die eine wie die andere Bewegung war sich in Zweck und Mitteln unklar und mit heterogenen Stoffen geschwängert. Die eine wie die andere mußte sich erst reinigen, klären, vertiefen, um nach dem Grundsatze und der Lehre Machiavelli's vom „Ritorn' al segno" nach wiederholten Anläufen zu siegen.

Die Erfüllung der Emanzipations-Bestrebungen der deutschen Bauern mußte sich gedulden, bis sich der Uebergang von der Natural- zur Geld-

wirthschaft bis zu einem gewissen Grade vollzogen und das Gefühl hiervon allen Gesellschaftsklassen zu hinreichend klarem Bewußtsein gekommen war, sowohl bei den Bauern, welche in Folge dessen sich zur Abschaffung veralteter bäuerlicher Einrichtungen und zu einem rationellen intensiven Wirthschaftsbetriebe verstanden, als auch bei den übrigen Klassen der wirthschaftlichen Gesellschaft, welche die Ueberzeugung erlangten, die Forderungen der Bauern seien gerecht, und es liege nicht nur im Interesse der Gesammtheit, sondern auch in dem eines rationellen und weit blickenden Egoismus der übrigen Berufs-Stände, ihnen freiwillig entgegen zu kommen. So war es ja bekanntlich der dritte Stand, das Bürgerthum, welches während des dritten, vierten und fünften Jahrzehnts des gegenwärtigen Jahrhunderts am eifrigsten die Ablösungen und die Befreiung des bäuerlichen Grundeigenthums verfochten, und dessen Mitwirkung der Bauernstand hauptsächlich seine Emanzipation im neunzehnten Jahrhundert zu verdanken hat, während er im sechzehnten Jahrhundert, sich als vierter Stand fühlend, in einem einseitigen, schroffen und bornirten Standesbewußtsein die Unterstützung der Städte zurückwies.

In Deutschland hat diese Emanzipation des vierten Standes ihre Früchte getragen, weil sie reif war, weil vorher schon frei entwickeltes, individuelles vererbliches Grundeigenthum, basirt auf eine vernünftige Flurverfassung, vorhanden und der Bauer zur Genüge wirthschaftlich, intellektuell und sittlich gebildet war.

In Rußland hat man zwar durch den Emanzipations-Ukas vom 19. Februar 1861 die Leibeigenschaft aufgehoben, aber ohne damit auch nur im Entferntesten eben so glückliche Wirkungen in Bezug auf das wirthschaftliche Leben des vierten Standes zu erzielen, wie in Deutschland. Vor Allem fehlt in Rußland der dritte Stand, oder er ist fast nur durch Ausländer vertreten. Die russischen Städte, wie Petersburg u. s. w., haben keinen eigentlich russischen Bürgerstand. Der letztere ist deutsch, französisch, kosmopolitisch, Alles, — aber russisch ist er nicht. Es fehlt daher das Bindeglied, welches in Deutschland dem Bauernstand so gut als Sprosse zum Aufsteigen gedient hat.

Dann aber hat in Rußland, oder wenigstens in dem weitaus größeren Theil seiner Territorien, der Bauer kein persönliches und vererbliches Grundeigenthum. Alles gehört der Gemeinde. Alle 9 oder 12 Jahre wird es nach Köpfen verloost, wobei natürlich immer ein vollständiger Wechsel eintritt.*) Der Einzelne wurzelt nur in der Gemeinde, die ihn

*) Ich benutze diesen Anlaß zu einem Akte der Gerechtigkeit. In der deutschen Presse wird gegenwärtig das zehnte Heft der „Etudes sur l'Avenir de la Russie" von

beschützt, überwuchert und absorbirt. Er hat kein Bewußtsein der Seßhaftigkeit und steht halbwegs wenigstens noch in den Schuhen des Nomaden. Er besitzt nur zu vorübergehendem Gebrauche und hat daher nicht die geringste Neigung zu schwerer Arbeit oder zu bleibenden Meliorationen, welche nur einem Dritten zukämen, dem sie nach Ablauf der neun Jahre das Glück in den Schoß wirft. Der deutsche Bauer wurzelt in der Familie und in seinem Gut. Letzteres ist sein Stolz. Er kann es durch Fleiß verbessern und durch Ankauf vergrößern. Er hinterläßt es seinen Söhnen. Jeder Bauer in Deutschland kann — was der russische Bauer nicht versteht — lesen, schreiben und rechnen. Unsere Ackerbau-Bevölkerung vereinigt in sich das dynamische Kapital, welches aus Arbeit und Bildung, und das statische Kapital, welches aus Besitz, Werkzeugen und Vorräthen besteht. Dem russischen Bauer fehlt es an der einen wie an der andern Art. Deutschland hat ein wohlgeregeltes Münzwesen und einen gesunden Geldumlauf. Es kennt nicht jene Valuta-Störungen und Schwankungen, welche in Rußland die Folge des Zwangskurses eines uneinlösbaren Papiergeldes sind. Ein solcher Zwangscurs ist schon eine Art von Staatsbankerott, oder wenigstens ein kleiner Anfang dazu. Mirabeau rief: „Was ist der Staats-Bankerott anders, als die grausamste, ungerechteste und abscheulichste aller Steuern?“ (Qu'est ce donc que la banqueroute, si ce n'est le plus cruel, le plus inique, le plus désastreux des impôts?) Die Härte und Ungerechtigkeit dieser Steuer zeigt sich besonders darin, daß sie vor Allem auf den unteren Volksklassen lastet, welche sich nicht so wie die Andern dagegen zu wehren verstehen und daher unter Benutzung der Valuta-Störungen von den wirthschaftlich besser geschulten Klassen grenzenlos ausgebeutet werden.*)

Schédo-Ferroti (Berlin bei E. Block) betitelt: „Le patrimoine du peuple“ vielfach besprochen und es wird hervorgehoben, der Verfasser schlage vor, zwar das Eigenthum der Gesammt-Gemeinde (des Mir) an ihrer Mark im Prinzip aufrecht zu erhalten, jedoch die einzelnen Parzellen in Erbpacht zu geben und den Erbleih-Trägern zu gestatten, dieselben zu theilen, zu vergrößern, zu verkleinern und zu veräußern. Herr K. D. Schédo-Ferroti hat allerdings (neben unserem Freiherrn August von Haxthausen) das Verdienst, Westeuropa mit den russischen Agrar-Zuständen bekannt gemacht zu haben. Allein das Verdienst jenes Vorschlags gebührt nicht ihm, sondern Herrn Wladimir Besobrasoff, Mitglied der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, der schon vor Jahr und Tag diese Reform auf das Wärmste empfohlen und deren Nothwendigkeit nachgewiesen hat. Bei den großen Verdiensten, welche sich Herr Besobrasoff um deutsche Wissenschaft und namentlich um die der Volkswirthschaft erworben hat, ist es Pflicht ihm das Recht der Autorschaft und der Priorität zu revindiziren

*) Was hier von Rußland gesagt ist, gilt in gleichem Maße auch von Oester-

Hierunter hat in Rußland vor Allem die ländliche Bevölkerung zu leiden. Dann wird ihr nicht nur hierdurch, sondern auch durch ein unvernünftiges Schutzzoll-System Alles maßlos vertheuert, während jeder deutsche Bauer vermöge des freien Verkehrs und des persönlichen Eigenthums, mit Einkauf und Verkauf theilnimmt an dem allgemeinen Markt, an jenem großen Konkurrenz-Examen, auf welchem der wirthschaftliche Schulmeister seine Censuren — seine Prämien und seine Strafen — in Form von Vermehrung oder Verminderung des Vermögens austheilt.

Diese Vergleichung des Looses der deutschen und der russischen Landbevölkerung und des Einflusses, welchen die Emanzipation hier wie dort auf die Verbesserung ihrer Lage gehabt hat, ist sehr lehrreich für uns.

Sie zeigt uns die Grenzen, welche der von Herrn Dr. Dühring für allmächtig gehaltenen Staatsgewalt (nicht etwa durch Konstitutionen und Gesetze, sondern einfach) durch die Lage der Dinge gesetzt sind. Sie lehrt uns, daß die Gesetze der Natur stärker sind als die Gesetze des Staats.

Das durch keinerlei Verfassung beschränkte Oberhaupt eines mächtigen und großen Staats faßt den unwiderruflichen Entschluß, die Lage seiner Landbevölkerung durch Aufhebung der Leibeigenschaft zu verbessern und ihr ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten. Er erläßt ein Gesetz, welches an den wohlwollenden Intentionen seines Urhebers nicht den geringsten Zweifel aufkommen läßt; zehntausende diensteifriger Beamten beeilen sich, das Gesetz zu vollstrecken. „Staatshülfe" in ausgedehntestem Maaße wird zur Verfügung gestellt und aufgewandt.

Und was ist die nächste Wirkung? — vorerst der totale Ruin. Die noch bestehende kommunistische Agrar-Verfassung, die Unwissenheit, die Unkultur, die Trägheit einer geistig nicht unbegabten Bevölkerung, der Mangel an Unterricht, der Mangel an zirkulirendem Metallgeld, das Schutzzollsystem, ersticken die wohlthätigen Folgen, welche man sich von der Freiheit der Bauern versprochen. Der Zwang zur Arbeit ist bereits

---

reich. Hier leidet die Landbevölkerung und der Arbeiterstand außerordentlich unter der Valutastörung, welche die Preise steigert, ohne daß die Lohnsätze sofort dieser Steigerung folgen. In Deutsch-Oesterreich existirt gegenwärtig eine recht lebhafte Arbeiter-Bewegung. Aber bis jetzt hat noch Keiner daran gedacht, im Interesse der Arbeiter Aufhebung des Zwangskurses der Banknoten oder Einlösbarkeit derselben in Silber zu verlangen. Ebenso wenig denkt man an Aufhebung des Zwangs-Cölibats der Arbeiter. Statt dessen macht man in Sperl Phrasen über den „europäischen Menschen", womit man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt.

weggefallen, und die Lust zur Arbeit fehlt noch. Statt daß eigener Besitz und Freiheit der Bewegung zur produktiven Thätigkeit spornen, treibt die sozialistisch-kommunistische Agrar- und Gemeinde-Verfassung die Leute der Indolenz, der Trägheit, dem Trunke und der Lüderlichkeit in die Arme. Das Landvolk bearbeitet seine Aecker schlecht oder gar nicht. Es verzehrt die in den Magazinen aufgespeicherten Vorräthe früherer Jahre und legt sich dann auf das Vagabondiren. Seit dem Emanzipations-Ukas von 1861 hat die russische Landwirthschaft erhebliche Rückschritte gemacht. In einzelnen Landstrichen ist die Hungersnoth permanent und endemisch geworden. Es bedarf des ganzen Wohlwollens und der ganzen Willenskraft des Czaren, um nicht durch diese traurigen Erfahrungen sich von jeder Reform zurückschrecken zu lassen, und um die Emanzipations-Angelegenheit durchzuführen, für welche vielleicht dort ein so trauriges Untergangs-Stadium unvermeidlich war.

Die Beispiele, die ich Ihnen in diesem und dem vorigen Briefe vorgeführt habe, sind, denke ich, geeignet, den Satz zu illustriren, daß keine Gesetzgebung und kein Staat der Welt im Stande ist, die Gesetze der Natur umzustürzen, oder ihr das Pensum zu korrigiren, und daß man Niemanden Bildung, Freiheit und Wohlstand von oben herunter par ordre du Moufti oktroyiren kann, wenn er nicht selber die Kraft und den Willen hat, sie im Schweiße seines Angesichts zu erwerben und das Erworbene zu behaupten.

„Nur Der genießt die Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erobern muß!“

Ich habe in dem vorigen Briefe nachgewiesen, daß nicht die Leichtigkeit der Befriedigung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die Lage der arbeitenden Klassen verbessert, sondern daß sie unter Umständen mit Naturnothwendigkeit grade den entgegengesetzten Erfolg haben muß; — daß überhaupt diese Verbesserung sich nur erzielen läßt durch den allgemeinen Kultur-Fortschritt, und in Verbindung mit denselben, und daß jede Gesellschaftsklasse, welche sich von jenem separirt und eine feindselige Haltung gegen die Gesammt-Gesellschaft annimmt, ihre eigenen Interessen schädigt, indem sie den Widerspruch und den Widerstand aller Uebrigen gegen sich aufruft; — daß der Kultur-Fortschritt unter dem Einflusse der natürlichen Voraussetzungen, von Klima und Boden, von physiologischen und chemischen Fragen, von Land und Leuten steht, und daß die Gesetzgebung des Staats, der überhaupt weder allwissend noch allmächtig, sondern eine stets mangelhafte und verbesserungsbedürftige menschliche Einrichtung ist, an den Naturgesetzen nichts zu ändern vermag; daß sie z. B. um auf

bereits Erörterndes zurückzugreifen, nicht bewirken kann, daß sich der Nordländer Reis und daß sich der Südländer Fett zur Nahrung wünscht, während doch, wie ich gezeigt habe, von der Art des Nahrungsbedarfs in wirthschaftlicher und sozialer Beziehung so außerordentlich viel abhängt.

Genug, es kommen hier ganz andere Faktoren in Betracht, als die öffentliche Gewalt.

Ich habe mich vielleicht all zu lange aufgehalten bei der Geschichte der Bauern, welche namentlich auch in Deutschland ehedem als der „vierte" Stand bezeichnet wurden, zwischenzeitig aber — ein lehrreicher Fingerzeig für die Arbeiter, welche sich jetzt als den vierten Stand zu bezeichnen lieben — nicht etwa gegen das Geldkapital einen Krieg bis auf's Messer geführt und eine alle übrigen Stände tyrannisirende „Bauern-Diktatur" errichtet, sondern unablässig an ihrer eigenen intellektuellen, wirthschaftlichen und sittlichen Vervollkommnung gearbeitet haben und dadurch auf der sozialen Leiter emporgestiegen sind, der Art, daß sie nunmehr selbst einen Bestandtheil des dritten Standes bilden, und der Uebergang zwischen Stadt und Land längst aufgehört hat, ein schroffer zu sein.

Nun vergleiche man aber doch einmal die ökonomische Lage unserer Bauern mit der unserer Fabrikarbeiter. Ein mittlerer Bauer, also ein solcher, der in einer fruchtbaren Gegend 30—40 Morgen oder in einer minder fruchtbaren 60—80 Morgen Aecker und Wiesen hat, arbeitet mehr und lebt schlechter, als ein Fabrikarbeiter im Durchschnitt. Er selbst, seine Frau, seine Kinder beiderlei Geschlechts, müssen vom frühesten Morgen an die härteste Arbeit verrichten, um nur einfach ihren Lebensunterhalt herauszuschlagen. Sie versagen sich, mit Ausnahme der Kirchweihe, wo es hoch herzugehen pflegt, jeden Luxus und jedes Vergnügen und gönnen sich höchstens einmal die Woche Fleisch. Es fällt ihnen nicht ein, jeden Sonntag mit Kind und Kegel dem Plaisir nachzugehen und jeden Abend ein Glas Bier zu beanspruchen. Trotzdem gedeihen sie körperlich und geistig vortrefflich; und sie verlangen keine andere „Staatshülfe", als die, daß man ihnen nicht mehr Steuern abnimmt, als sie vertragen können. Sie prätendiren nicht, daß man ihnen giebt. Sie sind zufrieden, wenn man ihnen nicht zu viel nimmt.

Das würde aber geschehen, wenn man die Hunderte von Millionen für Herrn Lassalle aufbringen, oder sich auf die Experimente des pseudo-konservativen Sozialismus des Herrn Dühring einlassen wollte. Woher das Geld nehmen, ohne zu stehlen? Man könnte es doch nur auf dem Wege der Besteuerung beschaffen, und zwar, da ja Lassalle gleich-

zeitig auch alle indirekten Steuern abschaffen will, auf dem Wege der direkten Besteuerung, welche vorzugsweise den Grundbesitz treffen würde. Das thatsächliche Ergebniß der Verwirklichung solcher Theorien wäre also, daß man, unter Anwendung von Gewalt, der einen Gesellschaftsklasse das Geld abnähme, um es der anderen zu schenken. So lange eine solche Theorie auf dem Papier bleibt oder nur Denjenigen gepredigt wird, welche beschenkt werden sollen, geht Alles in Ruhe und Frieden ab. Aber man mache doch einmal den Versuch, sie auch Denjenigen zu predigen, welche beraubt werden sollen, oder sie in Vollzug zu setzen gegen Die, welche bezahlen sollen, zum Vortheile derjenigen, die weit besser leben, als die, welche geben sollen. Man wird sich dann erst überzeugen, mit welcher verhängnißvollen wirthschaftlichen Utopie man gespielt hat.

Sie ist auch in politischer Beziehung gefährlich. In einem der neuesten Hefte der Revue des deux mondes (vom 15. Oktober 1868) stellt die halbmonatliche Ueberschau Betrachtungen über die Macht und die Zustände Preußens an. Sie hält Heerschau über die sozialistischen und pseudo-konservativen Versammlungen, welche in den letzten Wochen in Deutschland und namentlich in Berlin stattgefunden haben, und kommt zu dem Ergebnisse, daß Preußen doch wenigstens in sozialer Beziehung ein stark angefressenes und völlig unterwühltes Land sein müsse, und daß daher seine staatliche Macht offenbar im Abnehmen begriffen sei. Welche Folgerungen sich daraus ergeben, liegt auf der Hand. Und dabei muß man noch im Auge haben, daß die Revue des deux mondes nicht zu den Preußenfressern gehört, sondern von allen französischen Blättern wohl mit am meisten sich bestrebt, Deutschland Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.

Wie nun Jemand, welcher von der aufrichtigen Absicht beseelt ist, Alles zu vermeiden, was die deutsche Mission Preußens beeinträchtigt, Angesichts der kritischen Konstellation des Augenblicks sich dazu verstehen kann, solchen Bestrebungen, welche Preußen im Auslande diskreditiren, Vorschub zu leisten, und noch dazu vom konservativen, oder gar vom gouvernementalen Standpunkte aus, das ist um so mehr unbegreiflich, da, wie ich nachzuweisen gedenke, dadurch auch die wirklichen Interessen der arbeitenden Klasse nicht im Allergeringsten gefördert werden.

Die „soziale Frage" wird überhaupt nicht im Handumdrehen und nicht über Nacht gelöst. Die Weltgeschichte arbeitet seit Jahrtausenden an ihr und sie wird noch Jahrtausende an ihr arbeiten; die Schnelligkeit, mit welcher ihre Arbeit vorrückt, wird einerseits von dem Fortschritte der

Gesammt-Kultur und andererseits von der wirthschaftlichen und geistigen Vervollkommnung des Arbeiterstandes selbst abhängen.

Wer aber die Lösung der sozialen Frage von den Schwindeleien eines Projekten-Machers, von den Träumereien eines Philosophen, oder den Halluzinationen eines Propheten; wer sie von den Agitations-Künsten eines Demagogen, oder den Hexenmeistereien eines Finanz-Genies; wer sie von der Taschenspielerei eines Gesetzgebers oder dem Mißbrauch der Gewalt; wer sie von einer Verschiebung der öffentlichen Gewalt, von einer Revolution oder einer Contre-Revolution erwartet, — der ist ein Thor!

Neunter Brief.

Die Arbeiter-Koalitionen als Grundlagen des neuen pseudo-konservativen Staats- und Gesellschafts-Baues. Die deutsch-chinesische Berufsgliederung als Basis des künstlich von oben herunter organisirten Krieges Aller gegen Alle. Der Staat als Vorsehung und Stellvertreter Gottes auf Erden. Der Staat schreibt Minimalsätze für den Lohn und Maximalsätze für die Preise vor. Er schafft Jedem Geld, mischt sich in Alles und macht schließlich Bankerott. Die fünf Leidens-Stationen des pseudo-konservativen Sozialismus. Bubbles.

Motto:

1) „The earth hath *bubbles*, as the water has —
And these are of them."
Shakespeare, Macbeth
Act 1, Scene 3.

2) „*Bubble* = onything, which wants solidity and firmness."
Johnson's Dictionary.

Sehen wir nun, wie Herr Dr. Dühring sein Arbeiter-Recht juristisch und wirthschaftlich zu konstruiren gedenkt.

Alle Arbeiter sollen in Koalitionen eintreten. Es ist vorausgesetzt, daß — was ich bezweifle — sie dies Alle wollen.

Diese Arbeiter-Koalitionen sollen zu einem politischen System erhoben werden. Auf der einen Seite sollen die Vorsteher der Arbeiter-Koalitionen, auf der andern die der Aktien-Gesellschaften (die der Verfasser wahrscheinlich nur deshalb so in das Herz geschlossen hat, wie wir bei seiner Vertheidigung der absoluten Herrschaft der beschränkten Haftbarkeit — vgl. Brief V. — gesehen haben), oder die Handelskammern, als Leiter und Vertreter der Unternehmungen, stehen. Sowohl jene als diese sollen nach und nach den Charakter von Standesrepräsentationen à la Chinois und sogar von wirklichen Behörden annehmen. Jene sollen die Interessen des Arbeiterstandes, diese die Interessen des Unternehmerstandes ex officio repräsentiren. So sollen sie eingefügt werden in den neuen deutsch-chinesischen „sozialen Staats- und Gesellschaftsbau", der sich „genau an die Berufsgliederung anzuschließen hat". Diese diametral einander gegenüber

gestellten Vertreter angeblich scharf kontrastirender Interessen sollen dann über letztere zunächst den organisirten Krieg mit einander führen. So sind die Rollen ausgetheilt und Alles wohl bestellt. Damit es aber an einer Entscheidung nicht fehle, so wird der Regierung das oberste wirthschaftliche Richteramt eingeräumt. Sie avancirt zur Allweisheit, zur Allgegenwart, zur Allmacht — kurz, zu den Funktionen der Vorsehung. Sie soll die Lohnsätze für die Arbeiter reguliren, und damit darüber die Unternehmer nicht zu Grunde gehen — denn sie soll die Löhne hoch, sehr hoch fixiren —, soll sie den Unternehmern Geld oder Kredit verschaffen, was sie dadurch zu bewerkstellen habe, daß sie sich des gesammten Bank- und Kreditwesens bemächtige.

Hören wir den diplomatischen Orakelstyl der Denkschrift. Die Regierung soll also die oberste Entscheidung in der „Lohnfrage" haben. Allein das ist nichts, als nur der „erste Schritt"; et ce n'est que le premier pas, qui coute.

„Um den ganzen Ernst", sagt die Denkschrift, „der künftig unvermeidlichen Einmischung der Staatsgewalt (in die Angelegenheiten der Privatwirthschaft) nicht zu unterschätzen, möchte den vorherrschenden Partei-Auffassungen gegenüber zu bedenken sein, daß die Intervention auf dem Arbeitsmarkt keine isolirte Maßregel bleiben würde, und daß auch in einer anderen Richtung hinreichende Gründe gegeben sind, den Umfang der Staatskontrole auszudehnen. Wenn bloße Privatgeschäfte im Stande sind, durch Bankerotte allgemeine Verkehrsstockungen zu erzeugen (was, beiläufig bemerkt, doch durch einen Staats-Bankerott und das, was ihm vorausgeht, wie Münz-Verschlechterung, Assignaten-Wirthschaft u. dgl., erfahrungsmäßig in noch weit umfangreicherem und erschöpfenderem Maße bewerkstelligt zu werden pflegt, als durch alle Privat-Bankerotte der Welt zusammengenommen, — so erlaube ich mir in Parenthese dem Herrn Dr. Dühring dazwischen zu werfen), und wenn sich die in solchen Fällen engagirten Summen so hoch belaufen, daß sie den Betrag ansehnlicher Bruchtheile des ganzen Staats-Budgets erreichen (— ja, aber beim Staats-Bankerott erreichen sie das Zehn- und Zwanzigfache des einjährigen Staats-Budgets! —), so möchte die Einmischung des Staates und namentlich die Ausdehnung des Ober-Aufsichtsrechts sehr wohl zu rechtfertigen sein."

Großer Gott, der gute Staat, als wenn er noch niemals „Pankerott gespelt" hätte, wie sich Möller Voß in „dat irste Kapittel" von Fritz Reuter's „Ut de Franzosen-Tid" auszudrücken beliebt. Wir wollen ihm ja keinen Vorwurf daraus machen. Bei Krieg und Niederlagen und

sonstigem Unglück kann's dem Besten passiren. Aber wenn der Staat solchen Rathschlägen folgen wollte, wonach er seine Hände, seinen Kredit und sein Geld in allen faulen Geschäften haben soll, dann würden ihm solche Unfälle weit öfter zustoßen und eine Entschuldigung für dieselben niemals zur Seite stehen. Doch, keine Unterbrechungen! Hören wir Dr. Dühring weiter:

„Die Ordnung des gesellschaftlichen Kredit-Systems ist eine Aufgabe, welche gerade an demjenigen äußersten Ende des volkswirthschaftlichen Getriebes gestellt wird, welches von der Sphäre der unmittelbaren Arbeits- (und Lohn-) Regulirung am weitesten entfernt ist. Hieraus folgt (sic!), daß sich die Staats-Intervention gerade an den zwei entlegensten Extremen des wirthschaftlichen Lebens indizirt findet. Dieser Umstand darf jedoch nicht überraschen; denn was zwischen jenen äußersten Gebieten in der Mitte liegt, wird in indirekter Weise durch die an den äußersten Grenzen Statt habenden Arrangements ohne Weiteres mitregulirt („mitruinirt" hätte ich beinahe geschrieben.) Die Thatsache jedoch, daß in Rücksicht auf Kredit-Operationen der angedeuteten Art der Staat in Mitleidenschaft gezogen wird — und die Aussicht, daß er auch früher oder später zur Mitthätigkeit Grund oder Veranlassung finden dürfte —, sind Umstände, die offenbar für das allgemeine Prinzip einer wohlbegrenzten Einmischung zeugen und namentlich die Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht mehr als einen isolirten und prinziplosen Eingriff der Staatswillkür zu betrachten erlauben." So wird die kranke Zeit geheilt und jung die alte Welt. Wenn man Alle auf den Kopf stellt, kann sich kein Einzelner beschweren; und der Begriff „Willkür" besteht nur durch seinen Gegensatz; er fällt folglich weg, wenn überhaupt Recht und Gesetz aufgehört haben, zu existiren.

So rückt die Argumentation vorwärts, bis sie diesen Gipfel erklommen hat.

Erste Station. Die Genossenschaften taugen nichts. Sie kuriren keineswegs alle sozialen Krankheiten; sie folgen der Richtung des Industrialismus unserer Tage. In ihnen hausen vielleicht gar gegen den Staat gehegte und gepflegte Partei-Ansichten. Fort mit den Genossenschaften!

Zweite Station. Probiren wir es einmal mit den Arbeiter-Koalitionen. Stellen wir ihnen die Aktien-Gesellschaften, über die der Staat ja schon die Aufsicht zu führen hat, und die Handelskammern, welche ja auch schon unter seinem Griff sind, gegenüber. Bewundernswürdige ständische Gliederung! Hie Unternehmer, hie Arbeiter! Hie Welf, hie Waiblinger! Natürlich giebts Streit.

Dritte Station. Divide et impera. Die streitenden Theile be-

dürfen eines Richters. Wer ist ein besserer, ein unparteiischerer Richter, als die Regierung, namentlich dann, wenn sie selbst einer ganz exklusiven, kleinen aber mächtigen Partei angehört? Ein Gesetzbuch ist nicht nöthig. Der Begriff des in dem Kopfe eines Berliner Privat-Dozenten embryonisch schlummernden „Staats-Arbeiterrechts“ oder „Arbeiter-Staatsrechts“ genügt. Die Gesetzgebung regelt ja jetzt schon die Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter. Warum sollte denn die Regierung nicht die Arbeiterverhältnisse schlechtweg auch ohne Gesetz überhaupt regeln? Sie beaufsichtigt ja auch jetzt schon die Aktien-Gesellschaften. Warum sollte sie denn nicht ihnen, so wie auch allen anderen Fabriken die Lohnsätze vorschreiben? Das geht vortrefflich, wenn nur „der Staat dafür sorgt, daß die Unternehmer Mittel erhalten, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen“. (Wörtlich!) Und nichts ist leichter, als das. Dazu hat der Staat nur nöthig, sich der Banken zu bemächtigen. „Im Zusammenhange mit den angedeuteten außerordentlichen Maßregeln, welche selbstverständlich nur bei Gelegenheit einer sehr kritischen Gestaltung der Verhältnisse (z. B. bei einem Verfassungs-Konflikte) zu ergreifen, dann aber dauernd festzuhalten sein würden (hört! hört!), bildet ja die Lohnfrage eine verhältnißmäßig leicht zu regulirende Angelegenheit.“ (Natürlich, Kinderspiel das!)

Vierte Station. Die wirthschaftliche Gesellschaft also, das haben wir bewiesen, kann sich weder auf dem Wege der Genossenschaften, noch auf irgend einem andern, selbst helfen. Bleibt keine Hülfe, als beim Staate, und natürlich der Staat — das ist die Regierung. Die Regierung also hat ausschließlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu reguliren. Kommen dabei die Unternehmer in das Gedränge, so muß sie ihnen natürlich doch beispringen. Sie hat's ja doch gemacht und ist also auch verantwortlich. Man kann doch dem Privatunternehmer nicht zumuthen, daß er bezahlt, was die Regierung schuldig bleibt. Die Regierung muß sich also „Mittel zur Erfüllung der Verbindlichkeiten des Unternehmers“ beschaffen. Steuern zu diesem Zwecke erheben, wäre aber doch höchst unpopulär, würde auch auf die Dauer nicht vorhalten; denn diese Ausgaben würden kolossal wachsen. Woher aber das Geld nehmen und nicht stehlen? Ei nun, um Banknoten zu machen, ist ja nichts nöthig, als Papier und eine Presse. Bemächtigen wir uns also des Bankwesens und machen wir Banknoten. Silber, um sie einzulösen, ist nicht nöthig. Will sie das Publikum nicht nehmen, dann geben wir ihnen Zwangs-Kurs. Das ist ja alles schon dagewesen. Hat nicht der Wohlfahrts-Ausschuß auch Assignate fabrizirt und Minimalsätze für den Lohn und Maximalsätze für die Lebensmittel festgesetzt? Freilich ging es damals schief. Allein wer kann

nach einem einzigen mißlungenen Versuch urtheilen? Der Wohlfahrts-Ausschuß hat ja die Sache nicht konsequent fortgesetzt. Wir aber, wir wollen „die Maßregeln, welche bei Gelegenheit einer sehr kritischen Gestaltung der Verhältnisse zu ergreifen wären, dauernd festhalten".

Fünfte Station. Vielleicht könnte Jemand glauben, wenn wir uns auf die Fixirung der Löhne durch die Regierung und auf die Fabrikation von Banknoten oder Assignaten durch dieselbe beschränkten, so bleibe von der jetzigen wirthschaftlichen Ordnung der Dinge noch allzu viel bestehen, und die neue soziale Staats- und Gesellschaftsumgestaltung gelange nicht zur Genüge zum Durchbruch. Wir können diese Befürchtungen eines Patrioten widerlegen. Man stelle sich die Sache nur einmal bildlich vor. Das Geld ist die Generalwaare. Alle Waaren erzeugt die Arbeit. Das Geld und die Arbeit sind also die beiden Zipfel des Betttuches, worauf die ganze wirthschaftliche Gesellschaft ruht. Haben wir nur erst einmal diese beiden Zipfel in der Hand, dann wollen wir die bürgerliche Gesellschaft wippen, daß ihr jeder Knochen im Leibe kracht und sich bei ihr das Oberste zu unterst kehrt, — ganz anders, als während der Schreckensherrschaft in Frankreich.

Das ist das Bild, welches die Hexen dem Macbeth vorgaukeln, und sein Begleiter Banquo sagt:

„The earth hath bubbles, as the water has, —
And these are of them".

Was unter Bubbles zu verstehen ist, darüber giebt die Stelle aus Johnson's Wörterbuch, welche ich unter 2. diesem Brief als Motto vorgesetzt habe, die nöthige Auskunft.

In der Wirthschaftsgeschichte nennt man die Schwindel-Projekte, welche 1711 in London auftauchten, die Bubbles. (Siehe die treffliche Schrift von Samuel Oppenheim, „Die Natur des Kapitals und Kredits". Mainz, von Zabern 1868).

Ein sehr hochgestellter österreichischer Staatsmann, der auf das dortige Geldwesen den größten Einfluß hatte, pflegte lachend zu sagen: „Unser Kalifornien ist Neusiedl". In Neusiedl werden nämlich die uneinlösbaren Zwangskours-Banknoten fabrizirt. Welche Schmerzen hat dieses damals mit so großem Wohlgefallen behandelte und besprochene Kalifornien nicht schon der Bevölkerung Oesterreichs verursacht.

Will man etwa nicht eher ruhen, als bis auch Preußen sein Papier-Kalifornien hat?

Zehnter Brief.

Die Produktiv-Genossenschaften und die Arbeiter-Koalitionen. Die Nothwendigkeit des Koalitions-Rechts. Zwang oder freier Wille? Verstärkung der autoritativen Gewalt oder Erweiterung der wirthschaftlichen Freiheit? Courcelle-Seneuil über den Sozialismus und die Organisation der industriellen Arbeit. Kriege des Staats wider die Gesellschaft, und der Regierungswirthschaft wider die Privatwirthschaft. Carey wider Manchester. Regierungs-Willkühr wider Privatrecht. „Regelnde und ordnende Antriebe" mittelst der Peitsche. Zuerst fabrizirt man die Anarchie und dann rettet man die Gesellschaft. Krupp'sche Kanonen.

Motto:

„Es ist schlecht Wasser," — sagte der Reiber — da konnt' er nicht schwimmen.

Ich bin Ihnen noch die wesentlichsten Sätze aus der Begründung der Denkschrift Dühring's schuldig. Ich will zugleich versuchen, Ihnen ein Bild von ihrer Taktik zu geben. Sie fängt ihre Argumentation in der Regel mit einem sehr unschuldigen Satze an, in welchem Wahres und Falsches gemischt ist. Im ferneren Verlaufe wird das Wahre in den Hintergrund geschoben und das Falsche tritt immer mehr hervor. Auch nehmen die Worte allmählich einen andern Sinn und Charakter an. Diese Verschiebung aber geht so unmerklich und allmählich vor sich, daß man sie kaum wahrnimmt, namentlich wenn Einem der Stoff fremd ist, oder wenn man nicht genau Acht giebt. Plötzlich ist das Wahre ganz verschwunden und aus den falschen Keimen ist eine ganze Saat von Unkraut üppig empor gewuchert. Dieses Unkraut wird nun dem Leser servirt, und zwar mit der äußersten Vorsicht, immer in halb verhüllenden und diplomatischen Formen und mit allerlei Zuthaten, welche für den Geschmack derjenigen Gesellschaftsschichten, welche man mit in das Interesse ziehen will, namentlich für den Großgrundbesitz und für die Fabrikarbeiter (— von der weit zahlreicheren Klasse der ländlichen Lohnarbeiter ist keine Rede in der „Denkschrift" —) mit der größten Klugheit ausgewählt und zurechtgemacht sind.

Den Uebergang zwischen dem ersten und dem zweiten Theile der Schrift bildet eine Abhandlung über die Produktiv-Genossenschaften, welche viel Richtiges enthält. Es ist wahr, die Produktiv-Genossenschaften sind nicht im Stande, die Einzelwirthschaft und die Handelsgesellschaften, bei welchen sich Geschäfts-Risico und Unternehmer-Gewinn die Wage halten, zu verdrängen und allein das ganze industrielle Gebiet zu occupiren; das kann aber auch gar nicht ihre Absicht sein, denn die übrigen Genossenschaften (Vorschuß-, Rohstoff-, Magazin- und Konsum-Vereine) haben ja gerade den Zweck, die Einzelwirthschaft zu heben und zu kräftigen; und von dem Stifter des deutschen Genossenschaftswesens wissen wir, daß er demselben nur den Beruf vindizirt, da einzutreten, wo die Einzelwirthschaft den Dienst versagt.

Auf dem Gebiete der Fabrikation wird dies nun allerdings da der Fall sein, wo die Unternehmer einer Lohnerhöhung oder einer Reform der Fabrikordnung, welche durch die Lage der Dinge wirklich gerechtfertigt oder geboten erscheint, ohne zureichenden Grund widerstreben, oder wo sich auf anderem Wege der Mangel an Kapital nicht heben, oder die Vereinigung der Kräfte nicht herbeiführen läßt.

Gleichwohl darf der Werth der Produktiv-Assoziation in ihrer Eigenschaft als Remedur gegen Sünden der Unternehmer nicht unterschätzt werden. Sie liegt innerhalb des Gebietes der berechtigten Selbsthülfe der Arbeiter, welche die Standesinteressen verfolgt, ohne sich deshalb mit den Interessen der Gesammtheit und denen der Produktion in einen feindseligen Gegensatz zu setzen.

Die Denkschrift aber spricht den Produktiv-Genossenschaften allen Werth ab, um dagegen die „soziale Koalition“ bis in den Himmel zu erheben, — aber immer nur für Fabrik-, nicht auch für ländliche Arbeiter.

Gewiß, der Werth der Koalition ist nicht zu verkennen. Sie steht der Produktiv-Assoziation zur Seite und ergänzt dieselbe, indem sie, freilich auf einem ganz anderen Wege, demselben Ziele der Remedur zustrebt. Freilich liegen Mißgriffe sehr nahe und mit dem Gebrauch wechselt der Mißbrauch. Aber die Folgen des letzteren fallen schließlich doch immer auf den Urheber; und man darf um des Mißbrauchs willen nicht den Gebrauch unterdrücken. Die Koalitionsfreiheit muß daher ihrem ganzen Umfange nach hergestellt werden. Schon vor drei Jahren hat der volkswirthschaftliche Kongreß sich dahin ausgesprochen, daß alle Eingriffe der Gesetzgebung in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, welche die Vereinigung derselben bei Auflösung ihrer Arbeits-Verhältnisse beschränken und irgend

eine Ausnahmestellung derselben gegen die übrigen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft begründen, dem gemeinschaftlichen Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer widerstreiten, mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit unverträglich und vom wirthschaftlichen Standpunkte aus verwerflich sind. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der nächste Reichstag alle noch bestehenden Beschränkungen des Koalitionsrechts aufheben wird. Alle Parteien haben darüber 1868 gleichsam einen stillschweigenden Pakt mit einander eingegangen, gerade so, wie er 1867 hinsichtlich der Aufhebung der Schuldhaft geschlossen und 1868 realisirt wurde

Ich bin also weit entfernt, dem, was Dr. Dühring zu Gunsten der Koalitionen sagt, zu widersprechen, stimme vielmehr dem meisten bei. Aber nun kommt wieder der Punkt, wo sich die Wege scheiden. Der des Dr. Dühring führt zum Zwang; ich bleibe auf dem der Freiheit. Und das ist die Hauptfrage. Courcelle-Seneuil in dem vor Kurzem in Paris (Guillaumin & Co.) erschienenen ersten Bande seiner Schrift: „Liberté et Socialisme, ou discussion des principes de l'organisation du travail industriel“, sagt sehr richtig: „Das Ganze reduzirt sich prinzipaliter auf die Frage: Sollen die Verbesserungen, die in den jetzigen wirthschaftlichen Zuständen angebracht werden können, auf dem Wege der Verstärkung der autorisirten Gewalt, oder auf dem einer Verstärkung der Freiheit gesucht werden?“ Seine Antwort auf diese Frage lautet: „Wir glauben zwar, daß die jetzige Weise der Aneignung und Vertheilung der Güter viel zu wünschen übrig läßt, daß sie verbessert werden könnte vielleicht durch einige Veränderungen in den Gesetzen, und noch viel mehr durch weit zahlreichere und wichtigere Veränderungen in den Sitten. Aber wir glauben, daß alle diese Reformen nur durch eine Vermehrung der Freiheit und nicht durch eine Verstärknng des Zwanges realisirt werden können.“

Dr. Dühring beantwortet die Frage im entgegengesetzten Sinne. Er will die Koalition, die wir im Namen der Freiheit und zu den Zwecken der Freiheit reklamiren, zu einer staatlichen Korporation, er will ihren Vorstand zu einer Behörde und die Regierung zum obersten Richter in allen Fragen der Privatwirthschaft machen, mit dem Rechte, sich in Alles zu mischen. Er will statt der Gesellschaft — den Staat, statt der Freiheit — den Zwang, statt der Privatwirthschaft — die Regierungswirthschaft. Seine Richtung ist sehr begreiflich. Denn erstens sind seine Rathschläge an den Mann an der Spitze der Regierung gerichtet, folglich werden sie, so glaubt er wohl, desto bereitwilligere Aufnahme finden, je mehr sie auf eine Vermehrung der Gewalt der Regierung abzielen. Zweitens

hat er ja die Absicht, vielleicht sage ich richtiger: die Prätention, nach einem ihm eigenthümlichen willkührlichen und phantastischen System eine neue gesellschaftliche Ordnung zu erfinden, welche den die Welt regierenden wirtschaftlichen Naturgesetzen Hohn spricht. Er ist klug genug, einzusehen, daß diese subjektive Willkühr und Absicht überall auf objektiven sachlichen Widerstand stoßen und im Schooße der bürgerlichen Gesellschaft nirgends freiwillige Auf- und Annahme finden wird. Man denke sich nun noch dazu: den Haß gegen die sogenannte „Manchester-Schule", der auch in des Verfassers übrigen Schriften überall mit den glühendsten Farben zu Tage tritt; den Aerger über Mangel an Anerkennung für seinen Carey und noch mehr für sich selbst; die Vorliebe des Gelehrten für sein „System" — und man wird es begreiflich finden, daß er zur Rettung seiner geliebten Idee an die alleräußerste Gewalt appellirt. Denn, sagt Mephisto im Faust:

So ein verliebter Thor verpufft
Euch Sonne, Mond und alle Sterne
Zum Zeitvertreib dem Liebchen in die Luft!

Und wenn Jemand in der gegenwärtigen Gesellschaft sich — mit oder ohne eigene Schuld — unbehaglich fühlt, dann erklärt er nicht sich, sondern die Gesellschaft für krank, wie — nach dem bekannten Sprüchwort — der Reiher das Wasser für schlecht erklärt, worin er nicht schwimmen kann.

Sehen wir nun, wie vorsichtig Dühring die Omnipotenz der Regierung begründet. Der Staat hat ja auch jetzt schon das Recht der Kontrole über Allerlei. Zwischen den Koalitionen der Arbeiter und den Arbeitgebern muß doch ein Vermittler sein. Und so wird denn aus dem Kontroleur ein Vormund und aus dem Vermittler ein Diktator der Industrie. Alles im Handumdrehen. Denn Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Hören wir:

„Je größer die Dimensionen des Fabrikbetriebes (warum denn nicht auch der Latifundien und der sogenannten „Plantagenwirthschaft"?) werden, um so weniger kann der Staat gleichgültig bleiben, wenn sich das industrielle Element innerhalb der Etablissements völlig einseitig entwickelt. Es ist daher ganz unvermeidlich, daß früher oder später die von den Unternehmern geübte Privatpolizei einige regelnde und ordnende Antriebe von Seiten einer Instanz erfahre, welche die Aufgabe hat, die verhältnißmäßige Anarchie der Privatwillküren durch ein allgemein verbindliches Recht zu ersetzen. Nicht blos die Fabrikordnungen, sondern der Gesammtverkehr der Lohnarbeiter mit dem Geschäftsinhaber, so wie überhaupt alle

nach außen und mit dem Gemeinwohl in Beziehung stehende Verhältnisse werden wenigstens theilweise Gegenstand staatlicher Kontrole und Einwirkung werden müssen." (Alles das könnte eine revolutionäre oder pseudokonservativ-sozialistische Regierung natürlich auch auf das Verhältniß der ländlichen Arbeiter zu den Grundbesitzern anwenden.)

Und weiter unten:

„Denke man sich an der Stelle eines bloßen Kampfes der Koalitionen der Arbeiter und Fabrikunternehmer (warum denn nicht auch: des ländlichen Proletariats und der Gutsherren? warum denn immer blos die Fabrik? Ist denn der Gutsherr nicht auch ein Industrieller?) ein mehr geordnetes Verfahren, bei welchem die Organe der Staatsregierung eine entscheidende Rolle spielen, so fallen alle Bedenken fort, die sich sonst unvermeidlich an die angedeutete Art von wirthschaftlicher Anarchie knüpfen. Eine Hauptvoraussetzung des Bestandes einer solchen Ordnung würde aber in dem entscheiden Charakter der staatlichen Einwirkung zu suchen sein. Es dürfte dem Ansehen der staatlichen Organe wenig entsprechen, eine bloß berathende Rolle zu spielen. Der Staat muß entweder auf die Einwirkung seiner Organe gänzlich verzichten, oder er muß in bestimmten Richtungen eine in letzter Instanz entscheidende Stimme führen."

Welche geschickte Verschiebung von Sinn und Wort! Die Fabrik-Ordnung heißt „Privatpolizei". Sie wird der Staatspolizei, was Stärke und Macht anlangt, vollkommen gleichgestellt, obwohl der Verfasser sehr wohl weiß, daß sich jener Jedermann entziehen kann und darf, daß sich aber letzterer Jedermann unterwerfen muß. Diesen handgreiflichen Unterschied ignorirt der Verfasser, weil er ja sonst nicht darthun könnte, daß die Privatpolizei unter der Staatspolizei stehen muß.

Die auf freiem Vertrage, auf den Wechselwirkungen zwischen Angebot und Nachfrage beruhenden Vereinbarungen sind „Privatwillkühren". Wenn aber die Regierung in Privatrecht und Privatwirthschaft willkührlich und zerstörend eingreift, wenn sie versucht, ihren subjektiven Willen an die Stelle der wirthschaftlichen Naturgesetze zu setzen, dann sind das „regelnde und ordnende Antriebe".

Weil das Gesetz zu Gunsten schutzbedürftiger Personen — wie Kinder, Weiber ꝛc. — ausnahmsweise Vorschriften in Betreff der Arbeitszeit ꝛc. aufstellt, deshalb muß auch die Regierung, und zwar allgemein und regelmäßig, das Recht haben, auf den Gesammtverkehr der Arbeiter zu den Arbeitgebern und überhaupt auf „alle Verhältnisse" einzuwirken, namentlich aber die Löhne zu fixiren!

Mit der bloßen Kontrole, den bloßen Einwirkungen, Antrieben und Vermittelungen ist aber nichts genützt. Denn erstens entspricht eine blos berathende Rolle nicht der Würde und Autorität der Regierung; und zweitens, nachdem wir einmal den Krieg zwischen den Koalitionen der Arbeiter und den Vertretern der Unternehmer so hübsch organisirt haben, müssen wir doch auch dafür sorgen, daß die Anarchie nicht zu schlimm wird; — und was bleibt uns da anders, als die Diktatur der Regierung! — Quod erat demonstrandum. Zuerst fabrizirt man Anarchie und dann rettet man die Gesellschaft.

Und dabei immer die „Staatsgefährlichkeit der Dimensionen des Fabrikbetriebs“! Merkwürdig, und das in einem Staate wie Preußen. Woher sollte denn der König seine Kanonen nehmen, wenn nicht das Krupp'sche Etablissement diese „staatsgefährlich großen Dimensionen“ angenommen hätte? Oder hält Herr Dühring die Kanonen für überflüssig? Will er etwa auch den äußeren Feind mit Broschüren und Denkschriften zermalmen?

Eilfter Brief.

Nicht Arbeiter-Diktatur, sondern Regierungs-Diktatur. Die „britischen Theorieen". Die Herren von Lerchenfeld, Moriz von Mohl und Dr. Dühring. Das Kapital als Menschenfresser und der Staat als Kapitalfresser. Das Ein-maleins. Die Konkurrenzfähigkeit. Die beiden Eckensteher. Die Petition der Lichterzieher um Abschaffung der übermächtigen Konkurrenz der Sonne.

Motto:

„Dieu merci, on ne verra bientôt plus des protectionistes que dans les cabinets d'antiquités."

Lord Brougham.

„Hier ist ein Wunder, glaubet nur!"

Mephisto in Auerbach's Keller.

Die Wagener-Dühring'sche Denkschrift also giebt der Regierung eine absolute Diktatur über die Arbeiter-Verhältnisse im Allgemeinen sowohl als auch insbesondere über die Lohnsätze der Fabrikarbeiter. Denn es ist immer nur von diesen die Rede. Von dem ländlichen Proletariat (von den Lohnarbeitern der Landwirthschaft) spricht die Denkschrift gar nicht. Es existirt für sie nicht, oder sie nimmt an, es schwelge im Ueberflusse und erfreue sich paradiesischer Zustände, womit denn freilich die in 1867 und 1868 in der Provinz Preußen gemachten Erfahrungen nicht ganz übereinstimmen dürften.

In welchem Sinne die Regierung von ihrer Diktatur Gebrauch machen soll, darüber läßt uns die Denkschrift nicht im Unklaren: sie soll die Löhne willkührlich steigern.

Die Denkschrift verdammt auf das entschiedenste die „britischen Theorieen". Damit meint sie die Lehren der Wissenschaft, der Volkswirthschaft. Sie befindet sich darin in rührender Uebereinstimmung mit dem großdeutschen Baiern, Freiherrn von Lerchenfeld, welcher die National-Oekonomie für einen „englischen Schwindel" erklärt, und mit dem schutzzöllnerischen Würtemberger Moriz von Mohl, welcher behauptet, das System des Freihandels sei hervorgegangen aus einer dunkeln und verruchten Verschwörung zwischen den englischen Fabrikanten und den hanseatischen Importeuren und habe keinen anderen Zweck, als den süddeutschen

und insbesondere den königlich würtembergischen Gewerbefleiß zu vernichten. Auch mit seinem großen Meister Carey, der alles Unglück der Welt den Engländern zuschreibt, befindet sich Dr. Dühring hier noch in Uebereinstimmung. Allein er geht im Sturmschritte über ihn hinaus.

„Die britischen Theorieen", sagt er nämlich weiter, „betrachten den Arbeitslohn nur von dem Standpunkte des Privatunternehmers und vertheidigen daher den Grundsatz, den Arbeitslohn möglichst niederzuhalten. Selbstverständlich wird dieser Grundsatz für die Privatwirthschaft stets Gültigkeit behalten; aber gerade um der Unvermeidlichkeit dieses Umstandes willen muß ein Gegengewicht geschaffen werden, welches die Gefahren dieses einseitigen Prinzips beseitigt."

Auch hier wieder die gewöhnliche Verschiebung der Begriffe. Der Standpunkt des Unternehmers oder des Kapitalisten, der Standpunkt der Privatwirthschaft, der Standpunkt der Volkswirthschaft oder, wie es Dr. Dühring nennt, „der britischen Theorieen" — das ist plötzlich alles eins und dasselbe. Es wird in der That schwer, zu glauben, daß eine solche Verwechselung der Begriffe bei einem so geschulten Kopfe eine unabsichtliche sei. Er weiß doch sicherlich, daß die wissenschaftliche Volkswirthschaft sich eben so wenig auf den einseitigen Standpunkt des Unternehmers wie auf den des Arbeiters stellt, sondern daß sie die Thatsachen festzustellen und aus diesen die Gesetze zu ermitteln sucht, nach welchen sich der Lohn und die sonstigen Wechselwirkungen zwischen Unternehmer und Arbeiter komponiren. Allerdings kommt bei den Faktoren auch das Kapital in Betracht, eigenes oder fremdes Kapital, das der Unternehmer verzinsen muß, Kapital, das nicht allein durch die Fabrikanlage oder die Werkstätte repräsentirt wird, sondern auch durch die Rohstoffe, welche sich auf Lager und in Arbeit finden, durch die Arbeitslöhne, welche zu zahlen sind, bis daß die Arbeit fertig wird, durch die noch nicht verkauften Waaren, von welchen Vorrath gehalten, ja, sogar durch die verkauften Waaren, für welche Kredit gegeben werden muß. Erhöht man willkührlich den Arbeitslohn so, daß das Kapital nicht mehr verzinst werden kann, so zehrt sich dasselbe auf und verschwindet. Nimmt der Staat, indem er seine augenblickliche physische Ueberlegenheit über die Privatwirthschaft mißbraucht, das Kapital weg, so verzehrt er es, und zugleich schreckt er alle Menschen davon ab, Kapital zu sammeln. Denn kein Mensch will arbeiten und sparen, lediglich zu dem Zwecke, daß eines schönen Morgens der Staat den Bienenwirth spielt und das Gesammelte wegnimmt.

Das Kapital wird also verzehrt und nicht wieder ersetzt. Ohne Kapital aber giebt es keine Arbeit oder wenigstens keinen Lohn. Und ohne

Kapital und Arbeit bekommt der Staat keine Steuern. Wenn also der Volkswirth die Nothwendigkeit der Verzinsung des Kapitals und eines dieselbe ermöglichenden Arbeitslohnes nachweist, so handelt er nicht im Interesse einer einzelnen Klasse, oder nur der Privatwirthschaft, oder nur der Staatswirthschaft, sondern im Interesse der Wissenschaft, d. h. im Interesse Aller, im Interesse des Unternehmers und des Arbeiters, der Privatwirthschaft und des Staates zugleich.

Wenn man behauptet, die wirthschaftlichen Gesetze seien für den Staat andere, als für den Privaten, so ist das ganz dasselbe, als wenn man sagen wollte, für den Privathaushalt sei zwar zweimal zwei vier, aber im Staatshaushalte sei es sieben.

So unvorsichtig, dies direkt zu behaupten, ist denn natürlich auch Dr. Dühring nicht. Er operirt behutsam, indem er argumentirt wie folgt:

„Eine Lohnerhöhung kann zwar offenbar nur innerhalb der natürlichen wirthschaftlichen Schranken Statt haben. Jedoch hängen die in diesen Beziehungen fraglichen Gränzbestimmungen zu einem wesentlichen Theile von der Lohnhöhe selbst ab. Die Dimensionen der Produktion unterliegen einer allmählichen Erweiterung, und die letztere ist selbst wiederum auf die Lohnbewegung zurückzuführen. Unter allen Ursachen, welche die Menge der wirthschaftlichen Erzeugnisse vermehren, dürfte es keinen mächtigeren Einfluß geben, als denjenigen, welcher auf einer Steigerung der einheimischen Nachfrage beruht. Nun wird der innere Markt einer Nationalwirthschaft nicht etwa blos durch die Volksvermehrung, sondern auch wesentlich dadurch vergrößert, daß die Masse der Konsumenten in den Stand gesetzt wird, das Gesammt-Quantum der Nachfrage zu steigern. Die Nachfrage ist der natürliche Antrieb zur Produktion. Sie spielt in der Bestimmung der Dimensionen des Volkswirthschaftsbetriebes mindestens eine eben so wesentliche Rolle, als die Summe der verfügbaren Produktivkräfte. Ja, sie hat sogar von den regulativen Wirkungen des möglichen Angebots eine sehr erhebliche Eigenschaft voraus. Sie ist nämlich das gleichsam drängende Motiv, während die produktive Thätigkeit selbst und mithin auch das Angebot zu einem wesentlichen Theile als abgeleitete Wirkung betrachtet werden muß."

Der Staat müsse daher die jetzige „soziale Herrschaftsform", weil sie unzweckmäßig geworden sei, abschaffen und hierdurch den einheimischen Markt und damit den beträchlichsten Theil der Produktion von den unnatürlichen Schranken befreien, in welche sie diese bisherige soziale Herrschaftsform gebannt habe. Jeder Groschen, den der Arbeiter mehr erhalte,

sei ein Gewinn für die gesammte Volkswirthschaft. „Denn", sagt er, „dieser Groschen repräsentirt nicht blos ein Plus in dem Geldbetrage der Produktionskosten, sondern auch eine Vermehrung der Einnahmen der Produzenten in den verschiedensten Richtungen. Die Hauptmasse des Absatzes gehört dem einheimischen Markte an; und es wird somit durch die (von der Regierung vorzunehmenden) Lohnerhöhungen, welche allgemein Platz greifen, eine erhebliche Veränderung der Bedingungen herbeigeführt, unter denen der Kreislauf von Produktion und Konsumtion der wichtigsten Artikel Statt hat."

Ganz gewiß: Eine merkwürdige Veränderung würde hierdurch herbeigeführt. Dies wird uns deutlich, wenn wir einmal die scholastisch-diplomatischen Worte der Denkschrift in die Sprache des gemeinen Lebens übersetzen.

Also die Regiernng soll mit Einem Schlage alle Löhne in allen Fabriken und Werkstätten auf ein Beträchtliches erhöhen. Natürlich würde sich der Preis der Waaren, welche aus diesen Fabriken und Werkstätten hervorgehen, ebenfalls in entsprechender Weise steigern.

Die Löhne würden natürlich nur im Inlande gesteigert. Denn die Gewalt der Regierung reicht ja nicht hinaus über die Grenzen des Landes, an dessen Spitze sie steht. Für die ganze übrige Welt blieben also die Löhne dieselben, wie früher, d. h. alle Welt würde billiger produziren und billiger verkaufen, als wir. Natürliche Folge: Jedermann will nur noch bei den Anderen, aber nicht mehr bei uns kaufen. Auch der innere Markt bezieht von auswärts.

Was dann? Die Antwort liegt bei einem Manne der Carey'schen Schule sehr nahe: „Man schließe das innere Wirthschaftsgebiet durch Prohibitiv- oder Schutzzölle ab." Aber dann verlieren wir den auswärtigen Markt! „Thut nichts; der einheimische Markt ist ja doch immer die Hauptsache. Hat der Arbeiter mehr Lohn, dann konsumirt er mehr, und durch diese Konsumtion steigert er die Nachfrage und folglich auch die Produktion; und gesteigerte Nachfrage wirkt besser als vermehrtes Angebot."

Nicht übel. Wenn der Arbeiter in der Baumwoll-Weberei mehr Lohn erhält, so kauft er sich öfter eine neue Blouse, er steigert die Nachfrage und folglich die Fabrikation, ergo ist dem Fabrikanten auch geholfen, und es wird ihm ein Leichtes sein, den höheren Lohn aufzubringen. Sie werden, ohne daß es nöthig ist, daß ich Sie darauf aufmerksam mache, finden, daß dieser Vorschlag eine gewisse verhängnißvolle Aehnlichkeit hat mit dem Verfahren jener beiden Berliner Ecken-

steher, welche sich ein Fäßchen Schnaps kauften, um es auf der Hasenhaide dem Publikum zu verzapfen, aber einander schon unterwegs gegenseitig Schnäpse à 1 Sgr. verkauften und, an Ort und Stelle angelangt, sehr erstaunt waren, zu finden, daß sie außer dem leeren Fasse nichts hatten als den Einen Silbergroschen, welcher hin und her gewandelt war.

Das Verfahren der beiden Eckensteher war jedoch durchaus nicht gemeinschädlich. Niemand als sie selber wurden das Opfer ihres Mangels an wirthschaftlicher Einsicht. Hierdurch unterscheiden sie sich von dem Schutzzöllner, welcher alle Welt in Mitleidenschaft ziehen will, oder, richtiger ausgedrückt: alle diejenigen, welche das Unglück haben, innerhalb der Grenzen des Landes zu wohnen, auf welches seine Utopie angewandt werden soll.

Dr. Dühring rechtfertigt seine durch Prohibitivzölle und Allgewalt der Regierung zu bewerkstelligende Lohnerhöhung mit denselben Gründen, mit welchen in Vor-Petroleumszeit die von Friedrich Bastiat verfaßte Petition der Pariser Lichterzieher und sonstiger Produzenten von Leuchtstoffen der schutzzöllnerischen Deputirtenkammer die Unterdrückung des Sonnenlichtes empfiehlt: „Wenn man das Sonnenlicht unterdrückt, wird man mehr Talg brauchen, und folglich wird sich die Viehzucht heben; es wird mehr Milch, mehr Fleisch, mehr Häute, mehr Leder, mehr Dünger produzirt werden. Man wird dann mehr Oel brauchen, folglich werden Mohn und Raps prosperiren. Man wird mehr Wachs brauchen, folglich wird die Bienenzucht floriren. Der Wallfischfang wird sich ausdehnen, die Handels-Marine wird wachsen, und aus ihr wird sich die Kriegs-Marine entwickeln. Und was wird erst an Bronze, Vergoldung, Glas und Krystall für Lampen, Lichter, Kandelaber und Kronleuchter drauf gehen! Welche Ermunterung für Landwirthschaft und Industrie!"

Gewiß Alles recht schön, wenn nicht die Heruntergemunterten viel mehr litten als die Aufgemunterten gewinnen; wenn nicht der Heruntergemunterten (der Konsumenten) so viele und der Aufgemunterten (Produzenten) so wenige, wenn überhaupt ohne Sonnenlicht Bienenzucht, Viehzucht, Ackerbau, Fischfang und Schifffahrt denkbar wären!

Zwölfter Brief.

Redeunt Saturnia regna. Dühring läßt die Welt in Wohlfahrt schwimmen. Alles steigt. Die Löhne und die Preise steigen. Die Produkte der Landwirthschaft und die der Industrie steigen ebenfalls im Preise, — und doch muß dabei der Staat, wie der Einzelne, Bankerott machen. Die schiefe Ebene und das Ende aller Dinge. „Der Bien' muß!". Thut nichts, der Jude wird verbrannt. Der Staat hilft mit der Peitsche der Trägheit der Cirkulation der Werthzeichen und der Arbeitskräfte ab. Die Kontinentalsperre. Napoleon I. und Dr. Dühring, eine Parallele.

Motto:

„Das rollt beständig.
Das klingt wie Glas:
Wie bald bricht das?
Ist hohl inwendig."
(Der Meerkater in der Hexenküche.)

Wie also die Lichterzieher der Welt alles Glück von der Unterdrückung des Sonnenlichts, so verspricht ihr die Denkschrift alle Wohlfahrt von der Unterdrückung der bürgerlichen und wirthschaftlichen Freiheit und von dem Prohibitiv-System, ohne welches jene bei uns nicht durchzuführen wäre. Auf die Einwände erwidert die Denkschrift Folgendes:

„Wäre die Lohnerhöhung eine bloß nominelle, so daß sie nur den Geldmaßstab aller Erzeugnisse änderte, dann würde allerdings von einer Erweiterung der Dimensionen des (einheimischen) Marktes und von einer besseren Fürsorge für die Bedürfnisse nicht die Rede sein können. Indessen ist jene Vorstellung, der zufolge sich gleichsam nur der Geldfuß des Austausches ändern, die von dem wirthschaftlichen Kreislaufe umgetriebenen Produktionsmassen aber dieselben bleiben sollten, als mit den wirklichen Vorgängen unvereinbar abzuweisen. Innerhalb gewisser Grenzen bringt eine vermehrte Nachfrage, die sich dauernd über das ganze Gebiet eines Volkswirthschaftsbetriebes erstreckt, auch stets ein vermehrtes Angebot mit sich. Eine Aenderung der Preise der verschiedenen Erzeugnisse darf bei diesem Hergange nicht überraschen. Verglichen mit den Fabrikaten, werden die Bodenprodukte gerade dann verhältnißmäßig hohe Preise erzielen,

wenn jener natürlichen Tendenz zur Konsumtion, die sich in den Bemühungen um höhere Arbeitslöhne bekundet, kein künstlicher Widerstand entgegengesetzt wird.“

Wir sahen in dem vorigen Briefe, wie der Fabrikant damit getröstet wird, daß in Folge der Lohnerhöhung auch der Preis des Fabrikats steige, und doch der Absatz nicht beeinträchtigt werde, weil man mit Schutzzöllen nachhelfen könne, und ja der Fabrikarbeiter in Folge der Lohnerhöhung selbst mehr Fabrikate konsumiren und sie besser bezahlen werde, daß also der Effekt nichts sei, als eine intensive Steigerung der Produktion.

Heute nun sehen wir, wie den Gutsbesitzern die huldreiche Versicherung ertheilt wird, in Folge der Regierungs-Diktatur und der mittelst derselben gewaltsam vorzunehmenden Lohnerhöhung werde der Preis der Bodenprodukte (also namentlich von Getreide, Fleisch, Gemüse, Holz, Oel, Baumaterial ꝛc.) verhältnißmäßig noch weit höher steigen, als der der Fabrikate. Es wird den Gutsbesitzern ohne Zweifel sehr erfreulich sein, dies zu hören. Allein bei näherer Ueberlegung werden sie, selbst in dem Falle, daß die Versicherung eben so wahr wäre, wie sie falsch ist, doch finden, daß die Sache ihre zwei Seiten hat, daß wenn die Industrie durch unverhältnißmäßig hohe Löhne ihr Kapital aufgebraucht hat und nicht mehr im Stande ist, die Arbeiter zu beschäftigen und zu ernähren, die Armenlast ausschließlich dem Grundbesitze zufällt, und daß wenn die Regierung mit „Staatshülfe“ intervenirt, sie die Mittel hierfür durch Steuern aufbringen muß, welche, wie ich bereits in meinem sechsten Briefe zu beweisen versucht habe, Niemanden härter treffen würden, als die Grundeigenthümer.

Die Grundeigenthümer werden sich daher der Dr. Dühring’schen Botschaft nicht lange freuen. Die Arbeiter werden ihrer gar nicht froh werden. Wenn sie hören, ihr Lohn solle bedeutend erhöht werden, so schenken sie ohne Zweifel Herrn Dühring vollen Beifall. Hören sie dann aber weiter, daß alle Preise steigen, nicht nur die der Fabrikate, sondern auch die der Rohstoffe, namentlich der Bodenprodukte, daß sie also, während ihr Lohn nur um zehn Prozent steigt, für Speise und Trank, für Heizung und Beleuchtung, für Wohnung und Kleidung vielleicht zwanzig Prozent mehr bezahlen sollen, dann wird in ihnen der Zweifel erwachen, ob sie sich dann nicht mit ihrem gegenwärtigen, etwas geringeren Lohne besser ständen. Und wenn dann endlich Dr. Dühring noch hinzufügt, die Regierung müßte nicht bloß Herr sein über den Betrag des Lohnes, sondern auch über alle Arbeiterverhältnisse schlechtweg, so tritt neben den Zweifel an der materiellen Verbesserung auch noch die

Gewißheit des Verlustes der persönlichen Freiheit, und der Arbeiter wird inne werden, daß auf diesem Wege nicht ihm, sondern ganz anderen Leuten geholfen werden soll.

Der Satz also, daß die Lohnerhöhung zur Erhöhung des Preises der Bodenprodukte führe, müßte, wenn er wahr wäre, die Arbeiter abschrecken von einer Maßregel, welche ihnen, den Arbeitern, vielleicht mehr Geld, aber gewiß nicht mehr, sondern weniger Kaufkraft zuführte und bei welcher nur ein Erfolg gewiß wäre, nämlich die Diktatur der Regierung.

Abgesehen davon aber ist der Satz grundfalsch. Für die wichtigsten Bodenprodukte bestehen gar keine oder nur geringe Zölle, und da die Transportmittel sich vermehren und die Transportpreise sich vermindern, so sucht sich der Preis der Bodenprodukte innerhalb des civilisirten Theiles der ganzen Erde immer mehr in das Niveau zu stellen. Diesem naturgemäßen Streben nach Gleichstellung der Preise gegenüber kann eine willkührliche und gewaltsame Erhöhung des Arbeitslohnes in einem einzelnen Territorium keinen Einfluß üben, namentlich wenn, wie Dr. Dühring will, diese Erhöhung nur den Fabrikarbeitern zu Theil wird, nicht aber den ländlichen Lohnarbeitern, welche Klasse die Mehrzahl bildet. Die Wirkung wird schon deshalb gleich Null sein, weil kein vernünftiger Mensch an die Dauer einer solchen Maßregel glaubt. Denn entweder zwingt der allmächtige Staat die Fabrikanten, die Lohnzuschläge aus eigenen Mitteln zu zahlen, dann werden sie es nicht lange aushalten nnd die Produktion einstellen müssen. Oder der allmächtige Staat deckt selbst das Defizit, indem er den Fabrikanten Zuschüsse giebt, und zwar, wie angedeutet, mittelst Banknoten, die nicht gegen Silber einlösbar und statt dessen mit Zwangskours ausgestattet sind; oder aber er übernimmt selbst den Fortbetrieb der Fabriken auf eigene Gefahr und Kosten, nachdem er die bisherigen Geschäftsinhaber ruinirt hat, dann werden, wenn er die von ihm gesteigerten Lohnsätze beibehält, die Naturgesetze der Volkswirthschaft sich sogar auch an dem allmächtigen Staate vollziehen. Die Strafe seines unwirthschaftlichen Verhaltens wird in Gestalt des Bankerotts an ihm vollstreckt werden.

Wie nun die Gutsbesitzer bei solchen Störungen und Stockungen der Geschäfte, bei dem Bankerott der Fabrikgeschäfte oder gar des Staates, prosperiren sollen, ist schwer zu begreifen. Schlimm für sie, wenn sie's glauben!

Der Verfasser der Denkschrift sieht offenbar selbst ein, es werde ihm der Einwand gemacht werden, die willkührliche Lohnerhöhung werde zur

Einstellung des Fabrikbetriebs führen. Wie dem vorbeugen? „Ganz einfach," sagt er, „der Staat muß das verbieten!"

„Die massenhafte Entlassung von Arbeitern ist so bedenklicher Natur", sagt er, „daß eine Regierung, welche die soziale Ordnung nicht willkührlichen Störungen Preis geben will, allermindestens eine formale Regelung dieses Aktes eintreten lassen muß. Die plötzlichen Geschäftseinschränkungen von Seiten der Unternehmer sind Maßregeln, in denen sich der Mangel der Rücksichtnahme auf den Arbeiterstand und eines Arbeitsrechts nur zu deutlich bekundet." Und unmittelbar vorher heißt es: „Die Forderung der Gleichstellung der Lohnarbeiter mit den Unternehmern schließt mindestens die Meinung ein, daß der Staat die Leiter der Industrie veranlaßt, selbst Maßregeln für die Aufrechterhaltung der Geschäftsthätigkeit zu ergreifen. Letztere Form wäre die gelindeste Einleitung einer die Arbeitskrisen betreffenden Kontrole. Falls die bestehenden Organe der Industrie und des Handels eine solche Aufgabe, als über ihre Kräfte hinausreichend, zurückweisen, würde die direkte Einmischung, und zwar zunächst in Form der Anweisung zur Arbeitsfortführung, gerechtfertigt sein."

Und wenn nun die Unternehmer dem Befehle, das Geschäft fortzuführen, nicht Gehorsam leisten, weil sie nicht können, weil ihnen über der Höhe der von der Regierung fixirten Löhne der Athem ausgegangen ist? Was soll dann geschehen? — Je nun, dann kommt wieder der Staat und wirthschaftet dazwischen, Anfangs mit dem Gelde und den Steuern seiner Unterthanen, und dann mit Banknoten und dann mit Assignaten, bis an das Ende aller Dinge, das auch hier — gerade wie 1866 im Welfenreiche — viel früher kommen würde, als die Verblendeten glauben.

Auch hier möchte ich Sie auf die Eigenthümlichkeiten der Denkschrift aufmerksam machen.

Vor Allem auf das leisetreterische, heimtückisch katzenartige ihrer Argumentation.

Der Anfang ist immer anscheinend ganz harmlos. Die Löhne sind nun einmal durch die Regierung willkührlich erhöht. Das ist fait accompli. Diese Erhöhung ist sogar im Interesse der Grundbesitzer; denn sie erhöht die Preise der Bodenprodukte. Das ist ja doch gewiß konservativ. Nun ist aber zu fürchten, in Folge der Lohnerhöhung, welche der Staat, d. i. die Regierung, dekretirt, ohne die Mittel zu der Auszahlung zur Verfügung zu stellen, werden die Fabrikunternehmer, welche den willkührlich von der Regierung dekretirten Lohnzuschlag bezahlen sollen und dies nicht können, ihren Betrieb einstellen oder wenigstens einschränken. In Folge dessen würden die Arbeiter auf das Pflaster geworfen. Das

könnte aber doch zu Dingen führen, welche geeignet wären, den Gutsbesitzern das antecipando eingeflößte Vergnügen an den in Aussicht gestellten höheren Preisen der Bodenprodukte gründlich zu verderben. Deshalb muß der Staat abermals einschreiten. Der bescheidene Verfasser will aber auch hier die Uebergriffe der Regierung vorerst auf die „gelindeste Einleitung" beschränken; auf Rath und Kontrole. Wird freilich auf den Rath nicht gehört, dann wird die Sache „bedenklicher Natur". Wenn der Fabrikarbeiter etwa so ketzerisch sein sollte, zu glauben, die Regierung habe durch ihre willkührliche Lohnerhöhung die Produktion gestört und unmöglich gemacht, dann muß ihm mit Anwendung von Gewalt begreiflich gemacht werden, daß „die Regierung (welche doch selbst die soziale Ordnung bereits gründlich auf den Kopf gestellt hat) nunmehr die soziale Ordnung durchaus nicht willkührlichen Störungen durch den Fabrikanten Preis geben will". Auf alle Einwendungen des letzteren, durch die Lohnerhöhung seien seine Waaren so vertheuert, daß sie Niemand mehr kaufen wolle, seine Kasse sei erschöpft, borgen wolle ihm auch kein Mensch mehr, denn man wüßte ja heute nicht, was die Regierung morgen mit ihm anfange, — auf alle diese Einwendungen, welchen uns profanen Menschen so ziemlich vernünftig und in Uebereinstimmung mit der von der Vorsehung bestimmten sozialen Ordnung zu sein scheinen, welche aber, nach Dühring frevelhafter Widerstand gegen die „soziale Ordnung der Regierung" sind, giebt es aber hier nur Eine Antwort. Es ist die, welche in Lessing's „Nathan" der Patriarch von Jerusalem allen Einreden des Tempelherrn zu Gunsten des Juden gegenüber in Bereitschaft hat, und welche lautet: Thut nichts, der Jude wird verbrannt. Freilich damit, daß der Jude, also hier der Fabrikunternehmer, verbrannt wird, ist dem wirklichen Interesse der Arbeiter schlecht gedient; denn der Verbrannte zahlt nicht mehr. Was bleibt da übrig? Die Lage ist bedenklich. Der Staat, der schon so viel eingeschritten, kann ja noch einmal einschreiten; „mit demselben Rechte, mit welchem unter Umständen der Umlauf von Werthzeichen durch staatliche Festsetzung gewährleistet wird, kann offenbar auch der Trägheit der Cirkulation der Arbeitskräfte nachgeholfen werden". (Wörtlich!) Der Staat hat zur Zeit der Kipper und Wipper die Münze gefälscht; Frankreich hat am Ende des vorigen Jahrhunderts Assignaten gemacht (mein Vetter in der Pfalz hat damit noch seinen Abtritt tapeziert!); in diesem Jahrhundert fabriziren andere Länder, in Anbetracht, daß das Papier billig und geduldig ist, Papiergeld, und wenn es die Leute nicht nehmen wollen, weil man nicht den Nominalwerth Silber dafür erhält, dann bestraft man die Leute, welche es nicht nehmen wollen; — was man

Zwangskours nennt. Wenn der Staat werthloses Papier mit seinem Werthzeichen stempelt und die Leute zwingt, es zu nehmen, warum soll er auch nicht werthlose Arbeit mit seinem Werthzeichen stempeln und die Leute zwingen, sie zu lohnen? Ist denn nicht etwa Alles schon dagewesen? Wie man hier vorschlägt, ein Minimum der Löhne zu fixiren, so hat 1793 in Frankreich die revolutionäre Regierung ein Maximum der Preise, z. B. für das Brod, fixirt. Die Bäcker wurden eine Zeit lang gezwungen, zu diesem Preise zu verkaufen. Das ging, so lange sie noch Geld hatten. Dann aber nicht mehr; denn wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Konvent und der Wohlfahrts-Ausschuß sein Recht verloren. Die Regierung übernahm selbst das Brodbacken. Aber dazu gehört abermals Geld. Sie hatte keins; sie entschloß sich daher, „unter diesen Umständen den Umlauf von (werthlosen) Werthzeichen durch staatliche Festsetzung zu gewährleisten". Man nannte das damals einfach: Assignaten. Sie waren gewährleistet von der Regierung. Aber wer gewährleistet denn eine Regierung, welche die soziale Ordnung auf den Kopf stellt? Trotzdem ist es begreiflich, wie eine revolutionäre Regierung zu alledem kommen konnte, kommen mußte. Aber wie eine konservative Regierung solchen Rath bestellt und wie die konservative Partei solche Rathschläge auf Kosten der Partei publizirt, — das ist etwas weniger begreiflich oder entschuldbar.

Dem Verfasser der „Denkschrift" geht es, wie Napoleon I. mit dem Kontinentalsystem. Das einmal aufgestellte falsche Prinzip reißt ihn immer weiter mit sich.

„Wir können nicht über den Ocean und folglich den Engländern nicht an den Kragen", sagte 1793 Barrère, „schließen wir deshalb England mit seinen Waaren vom Kontinente aus, damit werden wir es ruiniren." Diese thörichte Idee, die nur einer vollständigen Unkenntniß der Gesetze der Volkswirthschaft erwachsen konnte, eignete sich Napoleon I. an. Um sie auszuführen, mußte man entweder eine riesenhafte Flotte schaffen — was man nicht konnte —, oder Europa bewegen, jeden wirthschaftlichen Verkehr mit England abzubrechen. Da aber die meisten europäischen Länder sich in Güte hierzu nicht verstanden, so mußte man sie mit Krieg überziehen und erobern, von Madrid bis Moskau. Diese Konsequenz trieb Napoleon von Krieg zu Krieg, von Land zu Land.

Napoleon merkte nicht, daß, während er England isoliren wollte, er sich selbst und das von ihm eroberte Festland isolirte; daß der Blokus seine Spitze nicht gegen England, sondern gegen ihn selbst kehrte; daß er dadurch in Betreff der übrigen vier Welttheile ein Monopol für England schuf und daß die Schlußbilanz das Obergewicht England, den Rückgang

des Kontinents und die Schwäche des Kaisers nachwies. Er merkte es nicht, weil ihn die Konsequenz des von ihm adoptirten naturwidrigen Systems immer weiter trieb und treiben mußte. Nicht vom Brande Moskau's, sondern von dem Tage von Austerlitz, an welchem Napoleon die Kontinentalsperre dekretirte, datirte sein Fall. Das eben ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Hoffen wir, daß Herrn Dr. Dühring, Herrn Geheimenrath Wagener und denjenigen, welche die Publikation der „Denkschrift" auf Kosten und Gefahr ihrer Partei beschlossen haben, die Schicksale Napoleon's I. erspart bleiben.

Dreizehnter Brief.

Der ständische Partikularismus und die Klassenhetzerei. Ihre Folgen für die Interessenten. Das preußische Königthum im Kampf mit der Kleinstaaterei und dem Pfahlbürgerthum. Junker und Bourgeois. Solidarität der wirthschaftlichen Interessen. Der Grundbesitz als Basis der sozialen Ordnung. Grund-Kapital wider Geld-Kapital. Der Absolutismus führt Krieg wider das Eigenthum und erleidet die Strafe dafür.

Motto:

„— Mutato nomine de Te
Fabula narratur.“ —

Ich habe am Schlusse des vorigen Briefes der Denkschrift einige Beispiele aus der neueren Geschichte entgegengestellt.

Der Minister Fürst Schwarzenberg sagte einst: „Ich vermag aus der Lehre der Geschichte nichts zu lernen.“ Dasselbe müßten auch andere Leute von sich sagen, wenn sie eben so offenherzig wären, wie jener österreichische Staatsmann, welcher die Tage von Olmütz herbeiführte und die Tage von Sadowa leider nicht erlebt hat; denn die letzteren würden ihm den Beweis geliefert haben, daß es nicht gut ist, wenn für einen Minister die Lehren der Geschichte nicht existiren.

Die deutsche Geschichte, wie ich bereits an dem Beispiele des Bauernstandes im sechzehnten Jahrhundert gezeigt habe, lehrt deutlicher wie jede andere, daß ein jeder Stand, wenn er sich isolirt, wenn er für sein Interesse die Befriedigung nicht in der Harmonie des Ganzen, sondern im Gegensatze zu dem der andern Stände sucht, mit seinen Bestrebungen scheitern muß. Die deutschen Städte, die deutsche Ritterschaft, die deutschen Bauern erhoben sich nach einander, jeder Stand für sich allein, um jeder für sich allein niedergeworfen zu werden. So verschwanden sie von dem Schauplatze, um den geistlichen und weltlichen Territorialherren Platz zu machen, welche während der Zeit unserer Erniedrigung die große Rolle spielten und eine echt nationale Bewegung nicht wieder aufkommen ließen. Mit dem Kleinfürstenthum verbündete sich das Krähwinkler Pfahlbürgerthum, welches Göthe so trefflich zeichnete in den Versen:

Mit Frau und Kindern häuslich eingezwängt,
Von Grillenqual und Gläubigern gedrängt,
Sonst wackrer Mann, wohlthätig und gerecht,
Nach Freiheit lechzend, — der Gewohnheit Knecht,

ganz, wie jener Redner auf dem Wiener Schützenfeste, der für die „kurhessische Nation“ das Selbstbestimmungsrecht reklamirt, dabei aber nicht an die Freiheit, wonach er lechzt, denkt, sondern an die Gewohnheit, deren Knecht er ist, nämlich an die „süße Gewohnheit des kurfürstlichen Zwar-Daseins aber Nicht-Wirkens“.

So konnte denn in Deutschland die nationale Widergeburt leider nicht volksthümlichen Faktoren erwachsen. Es bedurfte der Intervention des absolutistischen Staats eines Friedrich Wilhelm I. und Friedrich des Großen, um einen nationalen Mittelpunkt zu schaffen und die centrifugalen Elemente, zum Theile mit Anwendung äußerster Gewalt, wieder um sich zu sammeln. Die Mißstände, die darin liegen, daß auf diesem Wege die Kontinuität der Rechtsentwicklung unterbrochen wurde und an die Stelle der Sympathie die Gewalt treten mußte, haben unsere Vorfahren verschuldet. Wir mußten sie mit in den Kauf nehmen. Um einen billigeren Preis ist einmal die Einheit nicht zu haben; und wer diesen Preis nicht will, der will die Einheit nicht. Mit allen schützenbrüderlichen Jeremiaden ist darüber nicht hinaus zu kommen. Oesterreich, das selbst in zwei Theile zerrissen ist, kann nicht uns die Einheit bringen, sondern uns höchstens als Kanonenfutter für seine eigenen dynastischen Streitereien im Innern und im Aeußern verwenden, wie es dies ja in dem Laufe der letzten Jahrhunderte so oft gethan. Auch die ministres-orateurs des Schützenfestes scheinen aus der Geschichte absolut nichts lernen zu wollen. — — —

Doch, verzeihen Sie diese Abschweifung. Lassen Sie uns auf unseren Hammel zurückkommen.

Die Programme, mit welchen sich die Städte, die Ritter, die Bauern erhoben, waren an und für sich zum größeren Theile wohl begründet. Sie haben, so weit sie vernünftig waren, im Laufe der Jahrhunderte ihre Verwirklichung gefunden. Namentlich die von den aufständischen Bauern geforderten wirthschaftlichen Reformen haben ihre Realisirung erhalten, und zwar durch die Agrar-Gesetzgebung der preußischen Monarchie, welcher die Kleinstaaten wohl oder übel folgen mußten. Aber die Verwirklichung hat drei Jahrhunderte, also lange, sehr lange auf sich warten lassen. Sie wäre früher gekommen, wenn jene nach Reform verlangenden Stände nicht jeder nur an sich, sondern auch an die anderen und an

das Ganze gedacht, und wenn sie im Verein mit dem Ganzen (dem Kaiser) und miteinander die große Sache der nationalen Wiedergeburt, und damit auch der Emanzipation ihres Standes gegen den gemeinsamen Gegner, die territoriale Viel- und Kleinstaaterei, verfolgt hätten.

Sie fragen, warum ich diese Reminiscenzen aus vergangenen Jahrhunderten wieder auffrische? Nun, um der Gegenwart zu zeigen, wie gut es ist (im Gegensatze zu dem Fürsten Schwarzenberg), sich die Lehren der Geschichte zu Herzen zu nehmen.

Auch heutzutage hat wieder jene verderbliche Hetzerei einer Gesellschaftsklasse gegen die andere in Deutschland Raum gewonnen. Die Schimpfworte Junker und Bourgeois fliegen herüber und hinüber, als wenn es sich um zwei feindliche Indianerstämme, deren Mitglieder Einer den Andern, wenn sie ihn fangen, am langsamen Feuer zu braten pflegen, handelte, und nicht um Angehörige einer und derselben Nation, deren Interessen, die politischen nicht nur, sondern auch die wirthschaftlichen, solidarisch verbunden sind.

Ich gehöre nicht zur konservativen Partei, aber ich bin weit entferrt davon, deren Berechtigung zu bestreiten. Ich meine natürlich: deren relative Berechtigung. Denn eine absolute Berechtigung, über den Staat und das Vaterland hinaus, gestehe ich keiner Partei zu; auch nicht meiner eigenen. Die Geschichte lehrt uns, daß ein wohlhabender und unabhängiger Grundadel der konstitutionellen Entwickelung sehr förderlich, ja, beinahe unentbehrlich ist.

Aber dieser Grundbesitz muß, wenn er seine Mission erfüllen will, nicht der nagende Wurm sein, der die Wurzeln der wirthschaftlichen Existenz anderer Gesellschaftsklassen anzufressen oder zu vernichten strebt, sondern er muß vielmehr die unerschütterliche Grundlage der politischen und sozialen Ordnung des Staates bilden. Nur wenn er das ist, dient er den Interessen des Staates und der Gesellschaft und zugleich seinen eigenen.

Untergräbt er die Idee des Eigenthums, oder nimmt er auch nur die Miene an, dies zu thun — vielleicht nur, um einen vorübergehenden Zweck zu erreichen, um eine feindselige gegnerische Partei einzuschüchtern, lahm zu legen, oder sie dadurch, daß man ihr einen Dritten auf den Rücken hetzt und sie mit diesem in einen hartnäckigen und erbitterten Kampf verwickelt, für sich selbst unschädlich zu machen — so untergräbt der Grundbesitz seine eigene Existenz. Mag er auch immerhin durch irgend eine gegen seinen Willen durchgesetzte Maßregel, wie z. B. durch die neueste Grundsteuer-Gesetzgebung in Preußen, sich mit Recht oder mit

Unrecht verletzt glauben, — eine derartige Rankune darf ihn nicht blind machen gegen seine eigenen Interessen. Die Entschließungen, welche man im Zorne ergreift und ausführt, pflegen nicht klug zu sein und unheilvolle Wirkungen mit sich zu führen. Wenn der Grundadel, oder wenn die sich auf den ländlichen Grundbesitz stützende konservative Partei ihren mächtigen Einfluß anwendet, um Krieg zu führen gegen das, was der Abgeordnete Wagener-Neustettin „das Geld-Kapital" nennt, so muß sie sich hierbei bewußt sein, daß dies das Signal ist zu einem allgemeinen Kriege gegen das Kapital und das Eigenthum überhaupt, mit inbegriffen das Grundeigenthum, welches schon deshalb in weit größerer Gefahr schwebt, weil es sich dem Zugriffe irgend einer Gewalt weniger leicht entziehen kann. Was jetzt eine solche „Denkschrift" dem Arbeiter der Fabrik oder der Werkstätte predigt, das wird mutatis mutandis gar bald auch dem ländlichen Arbeiter und dem geringen Grundeigenthümer gepredigt werden; und wenn das Bürgerthum, die Interessenten von Handel, Gewerbe und Industrie, in diesem, sich nun auch gegen das Grundeigenthum fortspinnenden Kampfe Revanche nehmen wollten, so würden sie sicherlich, auch wenn sie keine Universitäts-Professuren zu vergeben haben, auch Denkschriften-Verfasser finden können. Und was heute eine sogenannte konservative Regierung gegen das „Geld-Kapital" verübt, kann morgen eine revolutionäre gegen das „Grund-Kapital" verüben.

In der That, es ist eine traurige Erscheinung, daß dreiviertel Jahrhunderte, nachdem eine wissenschaftliche Größe ersten Ranges, die aus der Mitte des preußischen Grundadels hervorgegangen, die „Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen," schrieb, in Folge des Beschlusses der preußischen konservativen Partei (doch wohl nur eines Theiles der Alt-Konservativen; die Frei-Konservativen haben mit der ganzen Angelegenheit ganz gewiß nichts zu schaffen) eine für den ersten Staatsmann der Monarchie bestimmte Denkschrift publizirt wird, welche darauf aus ist, alle Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen öffentlicher Gewalt und Privatwirthschaft zu verwischen und zu Gunsten der Regierung die Theorie und Praxis des Eigenthums zu verleugnen.

Freilich ist auch das nichts Neues, daß der Absolutismus auch die letzten Schranken umzuwerfen sucht, daß er, um für gar nichts und gar Niemanden mehr verantwortlich zu sein, überhaupt schlechtweg leugnet, daß außer ihm selbst noch irgend Etwas existirt, und daß er öffentlich erklärt, auch das Privateigenthum eben so gut, wie die Staatskasse, gehöre dem

Fürsten. Ludwig XIV. ließ sich von den Doktoren der Sorbonne ein Gutachten geben „que tous les biens de ses sujets étaient à lui à propre, et quand il les prenait, il ne prenait que ce que lui appartenait.“ Eben so schrieb Louvois in seinem politischen Testamente, das für den König bestimmt war: „Tous Vos sujets, quels qu'ils soient, Vous doivent leurs personnes, leurs biens, leur sang, sans avoir droit de rien prétendre. En Vous sacrifiant tout, ils ne Vous donnent rien, puisque tout est à Vous“, und der König selbst schrieb in seiner Instruktion für den Dauphin: „Les rois sont Seigneurs absolus et ont naturellement la disposition pleine et libre de tous les biens qui sont possédés.“

Diese Theorie, in die Praxis übersetzt, bewirkte, daß Habgier und Willkühr, Eigennutz und Ignoranz, Gewissenlosigkeit und Leichtsinn sich vereinigten, um die Gesellschaft, angeblich zu Gunsten des Staates, zu plündern. Die Früchte dieser Saat gingen in der Revolution von 1789 auf. Das Königthum hatte die Gesellschaft geleugnet. Nun leugnete die Gesellschaft das Königthum. Wie vorher dieses, so behauptete nun jene, sie habe naturellement la disposition pleine et libre de tout. Alle, und vor Allem das Königthum und der Grundbesitz mußten büßen, was Wenige verbrochen hatten.

In Preußen giebt es glücklicher Weise keine Sorbonne, welche solche Rechtsgutachten macht. Auch hoffen wir, daß hier die konservative Partei die Eigenthümlichkeit des Fürsten Schwarzenberg, aus der Geschichte nichts lernen zu können, auf die Dauer nicht theilt. Die Entstehung der Dühring'schen Schrift vor 1866 ist begreiflich. Aber andere Parteien bestreben sich, die Bitterkeiten der Konfliktszeit zu vergessen; warum wärmt denn nun gerade die konservative Partei nach 1866 Dühring'sche Projekte wieder auf, deren Schneide sich nothwendig gegen sie selbst wenden wird?

Nothwendig? Ja, wenigstens sehr wahrscheinlich. Darüber nur noch ein Wort in meinem letzten Briefe, welcher das Kapitel: „Der Staat und das Eigenthum“, behandeln soll, — nicht erschöpfend, nur berührend.

Vierzehnter Brief.

A. Thiers über das Eigenthum. Seine Irrthümer. Das Eigenthum ist nur eine Schöpfung des positiven Rechts. Es giebt Zeiten und Völker, die es nicht kennen. Römische, Germanische, Keltische und Slavische Agrarverfassung. Die deutsche Mark-Genossenschaft und Flur-Gemeinschaft. Der russische Kommunal-Kommunismus. Sein Krieg wider das Eigenthum. Der russische Artell und die deutsche Koalition. Der Krieg der Barbarei wider die Kultur. Auf wessen Seite stellen wir uns in diesem Kriege?

Motto:

„Was Du nicht willst, das man Dir thu',
Das füg' auch keinen Andern zu."
Hodie mihi, cras Tibi.

Herr A. Thiers schrieb im Jahre 1848, als die Wogen des Kommunismus in Frankreich sehr hoch gingen und neben der von der Akademie der Wissenschaften ergangenen Aufforderung, das Eigenthum wissenschaftlich zu vertheidigen, ihm die Muße, welche ihm sein Durchfall bei der Wahl gab, Gelegenheit zur philosophischen Betrachtung gewährte, ein Buch, um die Institution des Eigenthums philosophisch, volkswirthschaftlich und juristisch zu rechtfertigen. (De la propriété. Par M. A. Thiers. Edition augmentée des discours sur le droit au travail et sur le crédit foncier. Bruxelles, 1848.)

Er behauptet darin, das Eigenthum sei eine unbestreitbare Thatsache zu allen Zeiten, in allen Ländern und bei allen Völkern gewesen; es sei untrennbar mit der menschlichen Natur verbunden; und eben so mit dem Begriffe des Staates; der Staat könne ohne Eigenthum nicht existiren, er habe daher diese Einrichtung stets geschützt und werde sie in alle Zukunft schützen.

Herr Thiers hat mit dieser Argumentation dem Eigenthume einen sehr schlechten Gefallen gethan. Denn alle Gründe, welche er in das Gefecht führt, sind einfach thatsächlich unwahr. Es hat Länder und Völker gegeben, ja, es giebt deren noch, welche die Institution des Eigen-

thums gar nicht kennen oder sie verwerfen, welche namentliches, vererbliches und veräußerbares Grundeigenthum nicht kennen, ohne daß deshalb dort die Leute aufhören, Menschen zu sein und der Staat hat nicht immer das Eigenthum geschützt, er hat vielmehr zuweilen die Rolle des Bocks als Gärtner gespielt, indem er das, was er für andere schützen sollte, sich selbst zu Gemüthe zu führen gedachte. Das Beispiel des Louis XIV., welches ich im vorigen Briefe anführte, die Vorkommnisse von Münzfälschung und Assignaten-Schwindel, das Beispiel orientalischer Staaten, wo der Sultan alleiniger Grundeigenthümer ist, reichen hin, um Letzteres zu beweisen.

In der That, wenn das Eigenthum keine anderen Gründe für sich hätte, als die so eben angeführten, wenn keine andere Macht für es aufträte, als die jeweilige Regierung des betreffenden Landes, — es wäre verloren.

Wenn man ehrlich sein will, so muß man gestehen, daß M. Payley Recht hat, wenn er behauptet, das Eigenthum sei kein absolutes Institut für den Menschen, es sei eine positivrechtliche Vorschrift, die sich aus der vorausgegangenen Kulturentwickelung ergeben habe, und es lasse sich aus keinem anderen Grunde vertheidigen, als weil es für die gegenwärtige Menschheit wohlthätig wirke.

Im ersten Beginne der historischen Zeiten finden wir kein persönliches Eigenthum, wie denn die Indianer in Nordamerika, bevor sie von der europäischen Kultur ergriffen wurden, auch noch gemeinschaftlich die Ernte sammelten und die von den „weißen Gesichtern" eingetauschten Waaren in die gemeinsamen Vorrathshäuser brachten, worin man die gemeinschaftliche Habe des ganzen Stammes verwahrte. Auch die ältesten Zeiten, wovon uns die Bibel erzählt, kennen nur Eigenthum in fahrender Habe, namentlich an Vieh — aber nicht an liegenden Gründen. Nur Wasserquellen und der Boden, dem sie entspringen, sind Gegenstand des Grundeigenthums. Ueber sie werden Verträge abgeschlossen. Ackerbau existirt nicht. Die Weidegründe hat, wer sie occupirt. Verläßt er sie, so occupirt sie jeder beliebige Andere.

Auch der Uebergang zum Ackerbau läßt noch nicht persönliches Eigenthum entstehen. Wenn die Nomaden zur Landwirthschaft sich niederlassen, halten die Stammes- und Familiengenossen zusammen, sie behaupten sich als Gemeinwesen in dem Territorium, das sie occupiren, und woran Jeder, sein Recht aus der Gemeinschaft und nur aus der Gemeinschaft herleitend, zu seinem herkömmlichen Antheil betheiligt wird. Dieser Zustand läßt sich gleichmäßig bei den Römern und bei den Germanen,

bei den Kelten und bei den Slawen nachweisen. Periodisch werden die einzelnen Parzellen an die Einzelnen zur Benutzung verloost; ein Eigenthum des individuellen Mannes an dem individuellen Grundstücke existirt nicht. Unverkennbare Spuren dieser, jedes persönliche Eigenthum ausschließenden Gemeinschaft finden wir noch heute, z. B. in einzelnen Gegenden von Baiern (vergl. Barth, Urgeschichte der Deutschen, Bd. 2., S. 257), auf dem linken Rheinufer in den Gebirgen, welche die Mosel durchzieht (Meitzen, die landwirthschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. 1., S. 348 ff.), in dem Landstrich an der Sieg, der Dill und der oberen Lahn (Achenbach, die Hauberg-Genossenschaften des Siegerlandes). Die deutsche Flur- und Gewann-Verfassung läßt sich (abgesehen von später erst Statt gehabten Kolonisationen) überall noch auf jenen ursprünglichen Vertheilungs- und Verloosungsmodus reduziren.

In dem größeren Theile von Rußland kennt der Bauer heute noch kein individuelles Grundeigenthum. Die Aecker werden periodisch verloost. Diese Einrichtung hat sogar die Aufhebung der Leibeigenschaft überdauert. Alle neun, alle zwölf oder alle fünfzehn Jahre findet ein Wechsel Statt. Jede „Seele", d. h. jede erwachsene männliche Person, erhält einen gleichen Antheil an der Gemarkung zugeschnitten. Die Gemeinde (der Mir) ist Alles, der Einzelne gar nichts. Der Letztere ist auch in Bebauung und Benutzung der ihm zugelooſten Fläche von der Gesammtheit und deren Beschlüssen abhängig. Ein Unterschied in der Güte des Bodens wird nicht gemacht. Niemand ist darauf aus, durch individuelle Arbeit dem einzelnen Grundstücke, das er jeweilig benutzt, einen besonderen Werth zu geben. Denn er weiß ja, daß er es bald wieder an einen Andern abgeben muß. Jeder läßt sich von der Gemeinschaft tragen, ohne besondere Anstrengungen für diese oder für sich selbst zu machen. Die Gemeinsamkeit der Arbeiten zwingt vielleicht einmal einen Einzelnen, der sich sonst ganz auf die faule Haut legte, zu lauer Thätigkeit, wie sie unter seinen Genossen üblich ist, aber über die roheste und unterste Stufe kommt die Landwirthschaft bei diesem Kommunismus natürlich nicht hinaus. Die Leute dagegen, die nicht in einer Gemeinde (Mir) seßhaft sind, vereinigen sich in der Form von Artells zu einer kommunistischen Arbeits- und Lebensgemeinschaft, in welcher ein gewählter Vorstand, ohne sonderlich Rechenschaft abzulegen, eine Art Diktatur übt und dem Einzelnen nach Belieben seinen Brocken und seine Arbeit zuschneidet. So ist denn Jeder, der Eine in den „Mir", der Andere in den „Artell" gebannt. Beide soziale Formen lassen eine freie individuelle Entwickelung nicht aufkommen. Sie sind nur möglich bei der Leichtigkeit, mit welcher sich der

Russe jedem klar und entschieden ausgesprochenen fremden Willen unterwirft, bei der Neigung zur fügsamen Angliederung, welche ihren Grund in Denkfaulheit, Gleichgültigkeit und Leichtsinn hat, und welche den gemeinen Russen, trotz seiner entschiedenen Befähigung (oder soll ich es Gelehrigkeit nennen?) in seiner Entwickelung so sehr hemmt.

Nun, der Verfasser und die Verbreiter der „Denkschrift", die Anhänger des von ihr gepredigten pseudo-konservativen Sozialismus, wollen offenbar, ohne selbst zu wissen, was sie thun, die deutsche Industrie und Gewerbethätigkeit in die durch unsere viel weiter vorgeschrittene Kultur-Entwickelung längst überholte Form der russischen „Artells" zurückführen. Sie verbergen die Sache unter dem wohlklingenden Namen der „sozialen Koalition". Allein der Unterschied besteht eigentlich nur darin, daß in dem russischen „Mir" und „Artell" der gewählte Vorstand absolut regiert, während in der Dühring'schen Koalition die Regierung es thun würde. Wir sollen also weit hinter die Russen zurück. So will es Herr Dühring. Stat pro ratione voluntas.

Wenn man nun aber für die gewerbliche Arbeit die individuelle Freiheit und Selbstverantwortlichkeit im kommunistischen und sozialistischen Sinne beseitigt, was anders ist die Konsequenz, als daß sie auch für die landwirthschaftliche Arbeit aufgehoben werden muß? Ihr, die Ihr für Fabrik und Gewerbe den russischen „Artell" einführen wollt, könnt Ihr Euch widersetzen, wenn man für den Grundbesitz den russischen „Mir", den Kommunal-Kommunismus vorschlägt? Ist nicht der „Mir" die Ergänzung des „Artell" und umgekehrt?

Der neuere russische Agrar-Sozialismus der vorpetrinischen Partei, der Partei dieser „russischen Altdeutschen", welche hinter die Zeiten Peter's des Großen zurück wollen, strebt offen und eingestandener Maßen diesem Ziele zu. Sie finden in dem individuellen Eigenthume ein Attentat auf die altnationalen slawischen Kulturformen, (richtiger „Unkultur"-Formen). Sie hassen es als einen Ausfluß der westeuropäischen Civilisation, insbesondere des Deutschthums. Im Namen der Deutschenfresserei, vielleicht richtiger Germanophobie genannt, verlangen sie dessen Abschaffung. Sie verlangen nicht nur Beibehaltung des Agrar-Kommunismus, wo er besteht, sondern auch dessen Einführung da, wo er nicht besteht. Sie verlangen Vernichtung der Kultur, Restauration der Barbarei. Den Deutschen in den Ostsee-Provinzen wird es unheimlich, je näher ihnen diese Bewegung auf den Leib rückt, welche die wirthschaftliche Entwickelung um ein Jahrtausend zurückwerfen, welche an die Stelle einer hochkultivirten Landwirthschaft jenen Zustand setzen will, welcher den Uebergang vom

Nomaden zum Bauern, von der wandernden Viehzucht zum seßhaften Landbesitz kennzeichnet.

Die deutschen Gutsherren in Rußland ahnen wohl kaum, daß, während sie von dieser Gefahr der Barbarisirung bedroht sind, einzelne ihrer Standesgenossen in dem ihnen so nahe verwandten Nachbarlande Preußen eine „Denkschrift“ begönnern und verbreiten, welche der nämlichen Tendenz in die Hände arbeitet, nämlich der Aufhebung des individuellen Eigenthums, der individuellen Freiheit und Selbstverantwortung.

Schwärmt ja doch schon der deutsche Freiherr von Haxthausen in seinen russischen Studien mit echt deutscher rückwärts blickender Romantik für jene Eigenthümlichkeit des slawischen Nationalgeistes, „weil eine größere Produktion für Rußland nicht nöthig und der russische Nationalcharakter jeder dauernden und ernsthaften Anstrengung abgewandt sei“. Freilich hat inzwischen in Rußland die Hungersnoth gelehrt, wie falsch und gemeinschädlich eine solche romantische Schönfärberei und wie nothwendig es ist, eine Agrarverfassung aufzugeben, welche verhindert, daß der Bauer Liebe und Anhänglichkeit gewinnt zu der Scholle, welche er bearbeitet, und daß er ihr den möglichst hohen Ertrag abzugewinnen sucht.

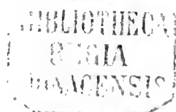
Doch ich glaube kaum, weiterer Auseinandersetzungen zu bedürfen, um den Großgrundbesitz in Preußen zu warnen vor dem Agrar-Sozialismus oder Agrar-Kommunismus, wie er gegenwärtig in Rußland grassirt. Er wird ohnehin wenig Vorliebe für diese Krankheit haben. Aber wenn die Grundbesitzer in Preußen für den Agrar-Kommunismus durchaus keine Neigung haben, warum predigen sie denn den Gewerbe-Kommunismus, der der jüngere Bruder von jenem ist? Warum protegiren und verbreiten sie eine „Denkschrift“, welche dem Geldkapitale den Krieg erklärt, während doch der Untergang des Geldkapitales den gleichzeitigen Untergang des weit leichter erreichbaren und theilbaren Grundkapitales mit Nothwendigkeit herbeiführen muß? Kann der Staat, der das Geldkapital vernichtet, das Grundkapital noch beschützen? Sollte man es für möglich halten, daß politischer Partei-Fanatismus auch nur vorübergehend eine solche Verblendung bewirken mag, welche hindert, zu sehen, daß, wenn man einer Fläche auf der einen Seite die Unterlage entzieht, worauf sie ruht, sie sich senkt und dadurch auch die andere Seite nothwendig in Mitleidenschaft zieht, auch wenn diese ihre Unterlage vorläufig noch behält, und daß auf dieser schiefen Ebene, welche sich durch das Wegziehen der einen Unterlage bildet, auch die Dinge in das Rutschen gerathen, welche man hat erhalten wollen.

Glaubt man denn wirklich, daß man die Welt in Brand stecken und,

wenn sie halb abgebrannt ist, dem Weltbrande für die andere Hälfte Einhalt gebieten kann? Weiß man denn nicht, daß die heutige Landwirthschaft schon längst nicht mehr Natural-, sondern auch Geldwirthschaft, daß der Betrieb eines großen Gutes auch Industrie ist, gerade so gut, wie der Betrieb einer Fabrik?

O, Ihr pseudo-konservativen, sozialistischen Zauberlehrlinge, Euer verwandelter Besen trägt nicht Wasser, sondern Feuer! Und Ihr seid die Letzten, die ihn in seine Ecke wieder zurückzaubern können, wenn das Werk der Zerstörung einmal begonnen!

Das Eigenthum ist eine zarte Pflanze, und wenn sie das Rechtsbewußtsein der Nation, das Kulturbewußtsein der ganzen civilisirten Welt nicht mehr schützt — die Staatsgewalt allein kann sie nicht schützen, auch wenn ihr Wille und ihre Kraft noch so stark wären.





Druck von G. Bernstein in Berlin.



